

## Medienmitteilung

Montag, 6. April 2009

# Bewährte Wachstumspolitik statt kurzfristiger Aktionismus

## Lagebeurteilung und Prioritäten des Dachverbands der Schweizer Wirtschaft

**Der globale Wirtschaftseinbruch erfasst die stark exportorientierte Schweiz mit voller Wucht. Anstelle von überschüssenden Konjunkturprogrammen fordert der Wirtschaftsdachverband eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Den protektionistischen Tendenzen muss auf nationaler wie internationaler Ebene konsequent entgegengetreten werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, geschlossen und dezidiert die nationalen Interessen in einem härter werdenden Umfeld zu vertreten.**

Nachdem das vergangene Jahr zu einem „Annus horribilis“ für die Finanzbranche geworden ist, wird dies für 2009 für weite Teile der Industrie gelten. Für economisesuisse-Präsident Gerold Bühler ist klar: „Gerade für eine offene Volkswirtschaft wie die Schweiz muss der Fokus nach wie vor auf einer langfristig orientierten Wachstumspolitik liegen.“ Voraussetzung dafür ist allerdings, dass das Vertrauen in die Institutionen wieder gestärkt wird. Für economisesuisse gelten darum folgende Prioritäten:

- Aussenwirtschaftlich stehen die Umsetzung des bilateralen Wegs mit der EU, weitere Freihandelsabkommen mit wichtigen Drittstaaten sowie im Rahmen der WTO entschiedenes Engagement gegen aufkeimenden Protektionismus im Vordergrund.
- Im Bildungs- und Forschungsbereich müssen ETH und Fachhochschulen gestärkt und dabei insbesondere die Naturwissenschaften und technischen Richtungen gefördert werden.
- Eine preislich kompetitive und umweltfreundliche Energieversorgung bedarf unter anderem eines zeitgerechten Ersatzes auslaufender Kernkraftwerke.
- Wettbewerbspolitisch sind weitere Märkte zu öffnen.
- Im Steuerbereich sind die Interessen der Schweiz entschieden zu verteidigen.

Dass die Schweiz trotz ihrer Zugeständnisse im Bereich des Bankkundengeheimnisses auf eine nach willkürlichen und fragwürdigen Kriterien zusammengestellten grauen Liste fungiert, erachtet Bühler als inakzeptabel.

Pascal Gentinetta kritisiert den internationalen konjunkturpolitischen Aktionismus. Der Direktor von economisesuisse warnt davor, die Fehler des Auslands zu kopieren. Viele politisch erzwungene Konjunkturprogramme verpuffen oder seien gar kontraproduktiv, wenn sie ungezielt, verspätet oder strukturerhaltend ausgerichtet sind. Eine präventive Geldpolitik, automatische Stabilisatoren sowie der Verzicht auf prozyklische Steuer- und Abgabenerhöhungen wie z.B. bei der geplanten MWST-Erhöpfung für die IV sind gemäss Gentinetta die geeignetsten Mittel in der gegenwärtigen Lage. Das stufenweise Vorgehen des Bundesrates sei absolut korrekt. „Die Aushebelung der Schuldenbremse, die zur Uferlosigkeit nach ausländischem Muster führt, wird von uns entschieden bekämpft“, betont Gentinetta.

Entscheidender als Konjunkturprogramme ist insbesondere für die Exportwirtschaft und KMU ein weiterhin ungestörter Zugang zu Kapital. Dabei gilt es, die Entwicklung auf dem Kreditmarkt sorgfältig zu beobachten.

Zur konjunkturellen Lage: Nach dem starken, exportbedingten Abschwung in diesem Jahr wird zunehmend auch die Binnenkonjunktur vom Rückgang erfasst. Auch der Finanzindustrie dürften weitere Korrekturen bevorstehen. Entscheidend für einen Aufschwung bleibt der Wirtschaftsverlauf in den USA. Die weltweit steigende Arbeitslosigkeit belastet den Konsum und damit auch die exportorientierte Schweizer Wirtschaft. Rudolf Minsch, Chefökonom von *economiesuisse* verdeutlicht: „Die Schweiz muss sich darauf einstellen, dass die Wachstumsraten während mehr als zweier Jahre tief bleiben werden.“

Rückfragen:

Urs Rellstab

Telefon: 079 669 56 10

## Jahresmedienkonferenz economiessuisse

Montag, 6. April 2009

Es gilt das gesprochene Wort

# Der weltweite Wirtschaftsabschwung – V oder L?

Rudolf Minsch, Chefökonom economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

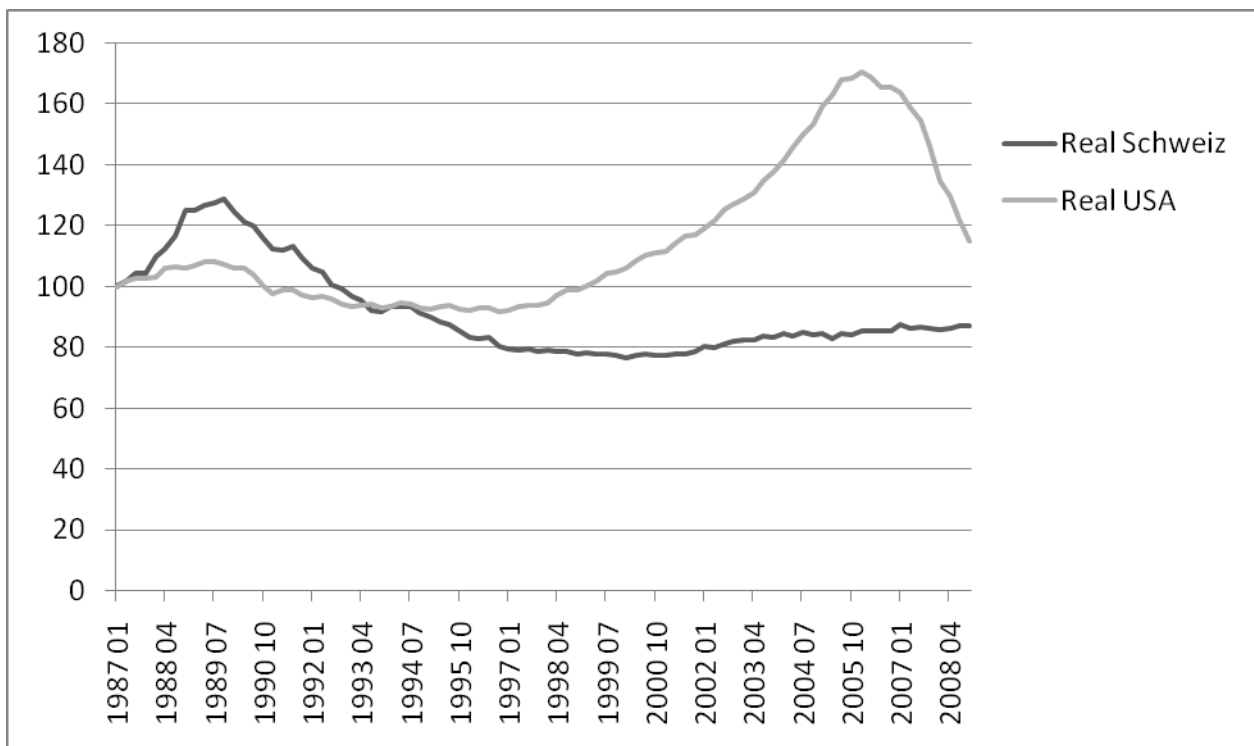
Die aktuelle Lage auf den Weltmärkten ist besorgniserregend. Die Weltkonjunktur hat sich so stark abgekühlt wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Innerhalb weniger Monate sind alle OECD-Länder in eine starke Rezession abgeglitten. Die Prognosen für 2009 und 2010 werden laufend und drastisch nach unten korrigiert. Der IMF rechnet für dieses Jahr mit einer durchschnittlichen Weltwachstumsrate von – 0.5 Prozent. Lediglich einige Schwellenländer wie China und Indien wachsen weiter. Wir haben es damit auch mit einer historisch aussergewöhnlichen Situation zu tun. Das Welthandelsvolumen ist im Januar gegenüber dem Vorjahr um über 17 Prozent eingebrochen. Während sich der Abschwung noch im Herbst 2008 auf einzelne Branchen wie die Autozulieferindustrie und die Textilindustrie konzentrierte, sind mittlerweile alle Exportbranchen in die Krise hineingezogen worden.

Wie konnte es so weit kommen? Ausgangspunkt des aktuellen Wirtschaftsabschwungs ist die Entwicklung auf dem US-Immobilienmarkt. Bereits am Anfang des neuen Millenniums haben einige Finanz- und Wirtschaftsexperten vor einer Überhitzung des amerikanischen Häusermarktes gewarnt. Tatsächlich gibt es bei der jetzigen Krise erstaunliche Parallelen zu vergangenen Spekulationsblasen im Immobilien- und Bankensektor. Grosse Preissteigerungen des entsprechenden Wirtschaftssektors, enorme Kapitalimporte, eine massive Zunahme der öffentlichen Verschuldung, ein stark anwachsendes Leistungsbilanzdefizit sowie eine Reduktion des realen Wirtschaftswachstums ein bis zwei Jahre vor der Krise sind klare Indizien einer Überhitzung.<sup>1</sup>

Rückblickend sprachen sämtliche Indikatoren der USA eine eindeutige Sprache. Die Grafik zeigt die durchschnittlichen Preise für Einfamilienhäuser für die USA im Vergleich zur Preisentwicklung in der Schweiz seit 1987. Ab dem Jahr 2000 stiegen die Preise für Häuser in den USA stark an. Besonders ausgeprägt war die Preisentwicklung in den Jahren 2004 und 2005. Ab 2006 sanken die Preise zuerst leicht, dann aber erfolgte ein rasanter Einbruch. Offensichtlich platzte die Immobilienblase.

<sup>1</sup> Reinhart, Carmen und Kenneth Rogoff, 2009, The Aftermath of Financial Crises, NBER Working Paper No. 14656, Januar 2009

**Grafik 1:** Reale Immobilienpreisentwicklung USA, CH



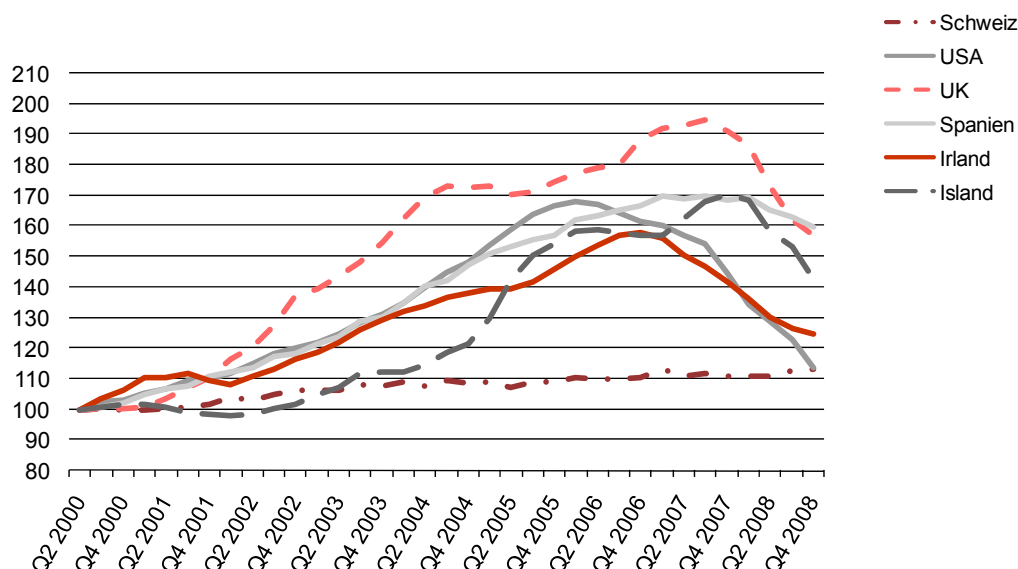
Quelle: Wüest&Partner, S&P Case-Shiller, Bundesamt für Statistik, Bureau of Labor Statistics, Quartalsdaten

Die Grundproblematik einer Spekulationsblase liegt darin, dass sie erst dann mit Sicherheit als solche entlarvt wird, wenn sie platzt. Steigen die Vermögenspreise über einen längeren Zeitraum stärker an als in der Vergangenheit, wird dieses Überwachstum rationalisiert: Der Preisanstieg sei aufgrund von Produktivitätssteigerungen und Technologiefortschritt gerechtfertigt oder die Zeiten hätten sich eben geändert. Solche Aussagen der Analysten hörte man auch in Zeiten massiver Preissteigerungen auf dem amerikanischen Häusermarkt. Der US-Immobilienboom sei keinesfalls eine Spekulationsblase, sondern liesse sich durch Finanzinnovationen sowie durch den grossen Kapitalimport aus asiatischen und ölexportierenden Schwellenländern begründen. Gerade die internationale Kapital- und Kreditverflechtung reduziere die (Ausfall-)Risiken auf ein Minimum. Die tiefen Volatilitäten auf den Finanzmärkten schienen diese These zu bestätigen. Selbst das aussergewöhnlich hohe Leistungsbilanzdefizit der USA, das zu Bestzeiten in etwa zwei Drittel der weltweiten Leistungsbilanzüberschüsse ausglich, wurde mit der flexiblen Wirtschaftsstruktur, dem Technologieboom und der grossen Innovationskraft der USA begründet.

Die US-amerikanische Zentralbank erhöhte ab 2004 sukzessive die Zinsen. Ab 2006 stieg die Ausfallquote der Hypothekenrückzahlungen stark an, die Risikoprämien schossen in die Höhe, und die Banken und andere Finanzinstitute hatten massive Abschreibungen auf Kredite und Kreditderivate zu verbuchen. Zusätzlich erwiesen sich die neu geschaffenen Finanzkonstrukte als undurchschaubar. In der Folge sanken nicht nur die Häuserpreise rapide. Es machte sich auch – zeitlich verzögert – ein starkes Misstrauen unter den Banken breit, da nicht mehr abschätzbar war, wer die entstandenen Verluste zu tragen hatte. Spätestens mit dem Zusammenbruch von Lehmann Brothers im September 2008 eskalierte die Bankenkrise zur Finanzmarktkrise.

Neben den USA gab es aber auch eine Reihe anderer Länder, bei denen die Indikatoren darauf hingewiesen haben, dass sich eine Spekulationsblase auf dem Immobilienmarkt gebildet hatte. Gleichzeitig hatten diese im Immobiliensektor eine ähnliche Entwicklung vollzogen. Grafik 2 beschreibt einen Ländervergleich auf dem Häusermarkt. Während in Deutschland kein und in der Schweiz nur ein moderater Preisanstieg stattfand, explodierten die Preise in Ländern wie Grossbritannien, Frankreich oder Spanien.

**Grafik 2:** Reale Immobilienpreisentwicklung

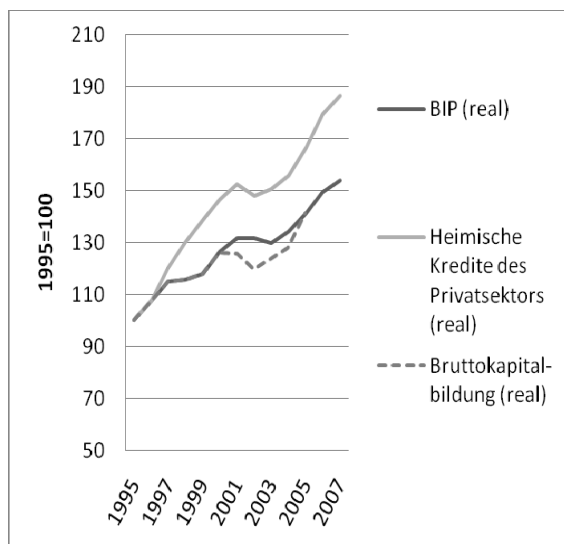


### Steigende weltweite Kreditvergabe

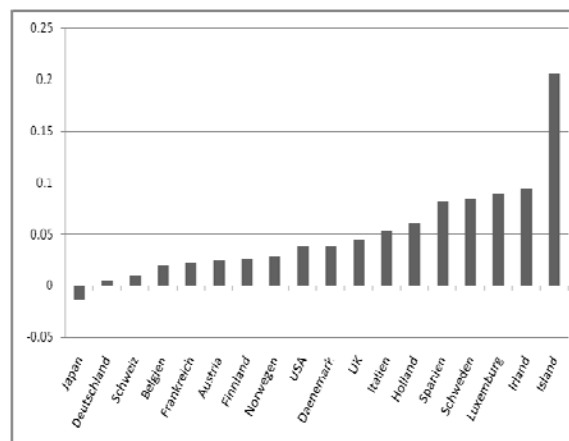
Der zentrale Treiber für die Blasenbildungen ist das weltweite Wachstum der Kreditvergabe, das durch das sinkende Zinsniveau und der damit verbundenen grossen Liquidität begünstigt wurde. Nicht nur in einzelnen Ländern wuchsen die inländischen Kredite überproportional zum BIP; auch aggregiert stieg die weltweite Kreditvergabe stärker als die weltweite Wertschöpfung. Während die Welt-Bruttokapitalbildung – also der Wert des physischen Kapitals wie Brücken, Eisenbahnen, Maschinen, Fabriken – etwa im selben Masse wie das Welt-BIP gewachsen ist, haben sich die Kredite seit 1995 vom Bruttoinlandprodukt abgekoppelt. Während 1995 das Kreditvolumen 13 Prozent grösser war als das BIP, überstiegen die Kredite an den Privatsektor bis 2007 das BIP um 37 Prozent. Die Welt hat sich in den letzten Jahren somit zusätzlich verschuldet. Bemerkenswert ist, dass die Kreditvergabe bis zum Platzen der NewEconomy-Blase stark anstieg, dann zurückging, um ab 2002 wieder stark anzusteigen.

**Grafik 3:** Entwicklung der heimischen Kredite

a) Weltweite Entwicklung seit 1995



b) Durchschnittliches Wachstum seit 1995



Quelle: Weltbank und OECD.

Die zusätzliche Kreditvergabe ist zwar ein weltweites Phänomen, es gibt jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern. Grafik 3 (b) beschreibt das Wachstum der inländischen Kredite in einzelnen Ländern im Vergleich zum Wachstum des entsprechenden BIPs. Ein Nullwachstum bedeutet, dass die inländischen Kredite im Verhältnis zum BIP konstant geblieben sind. Praktisch für alle hier dargestellten Länder sind die heimischen Kredite im Vergleich zum BIP überproportional gewachsen. Einzige Ausnahme ist Japan, das seit 1995 ein Negativwachstum erlebte. Bemerkenswert ist Island, das ein durchschnittliches jährliches Wachstum von über 20 Prozent bei der heimischen Kreditvergabe hatte: Seit 1995 hat sich das Volumen versechsfacht. Für die Weltwirtschaft aber besonders relevant war die Entwicklung in den USA. Aus politischen Gründen wurden Kreditinstitute in den USA aufgefordert, gerade einkommensschwache Haushalte zu finanzieren. Seit 1995 manifestiert sich dieser politische Wille auch im Wachstum der Kreditvergabe auf dem Häusermarkt. Ebenfalls ab Mitte der 90er Jahre ist eine Vielzahl von Finanzderivaten mit extremen Hebelwirkungen (Leverage) entstanden, die den Zugang zu Kapital erleichterten.<sup>2</sup>

### Globalisierung und Welthandel

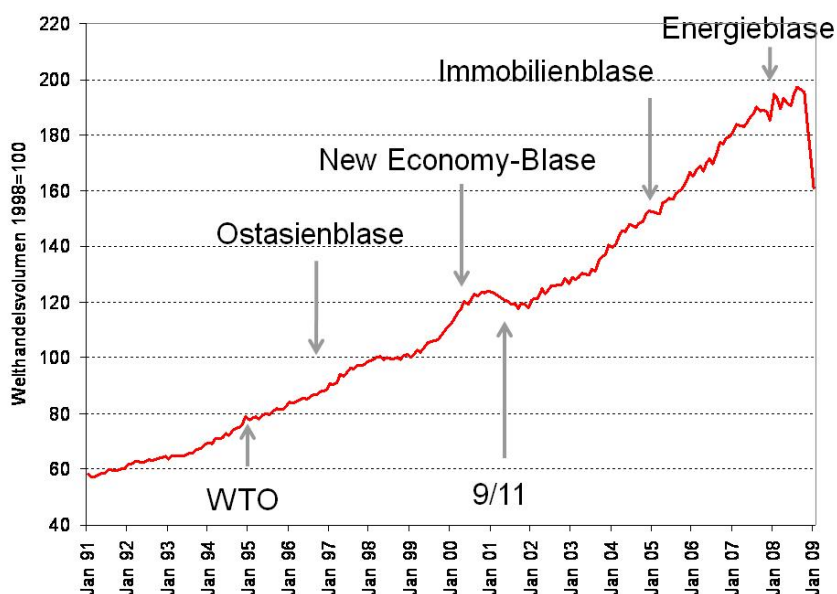
Zusätzliche Kredite wurden besonders in den USA nicht nur zu Investitions- sondern auch zu Konsumzwecken aufgenommen. Viele Privatpersonen in den USA überschuldeten sich. Die Sparquote der Haushalte sank und der aggregierte Konsum stieg. Bemerkenswert ist nun die Tatsache, dass nicht nur der Konsum anstieg, sondern auch dessen Anteil am BIP. Gerade global stark vernetzte Volkswirtschaften partizipieren an den ausländischen Spekulationsblasen und profitieren durch Exporte oder zusätzliche Kreditvergabe in diese Länder. Durch die überhöhte ausländische Nachfrage verlagern weltweit die Volkswirtschaften ihre Wirtschaftsaktivitäten in diese (kurzfristig) wertschöpfungsreichen Sektoren. Dass die jetzige Krise eine weltweite ist und praktisch alle Nationen davon betroffen sind, hat also damit zu tun, dass in den letzten Jahren alle Volkswirtschaften an der Spekulationsblase beteiligt waren, je nach wirtschaftlicher Ausrichtung aber in unterschiedlicher Weise. Zwar hat die finanz- und realwirtschaftliche Globalisierung den essenziellen Vorteil, dass Kapital, aber auch Güter und Dienst-

<sup>2</sup> CDS entstanden 1997, die CDOs erlebten durch das *Copula Modell* im Jahre 2001 einen Boom

leistungen, in diejenigen Wirtschaftssektoren und Volkswirtschaften transferiert werden, die am meisten dafür bezahlen. Aber dies birgt auch die Gefahr in sich, dass die höchsten Preise genau dort geboten werden, wo sich eine Spekulationsblase bildet. Auf der Suche nach höheren Renditen verstärkt die „vagabundierende Liquidität“ die Blase und erhöht die Güter- und Dienstleistungsimporte<sup>3</sup>.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung des Welthandelsvolumens seit 1991. Mit der Gründung der WTO 1995 weitete sich der Welthandel deutlich aus. Die Höhe der realen Exporte und Importe wurde jeweils positiv von Blasenbildungen beeinflusst: Nach dem Platzen jeder Blase reduzierte sich das Welthandelsvolumen etwas, um kurz darauf wieder durch eine neue Blasenbildung noch mehr an Fahrt zu gewinnen. Besonders eindrücklich ist das exponentielle Wachstum des Welthandels ab 2002. Im Januar 2009 erfolgte ein abrupter Rückgang des Handels. Wachstum und Rückgang des Welthandelsvolumens erinnert stark an eine Blasenentwicklung. Erleben wir derzeit das Platzen einer Weltwirtschaftsblase?

**Grafik 4**



#### Die Rezessionstreiber in den verschiedenen Ländern

Wie die bisherigen Überlegungen gezeigt haben, liegen die Ursachen der aktuellen Krise in den neunziger Jahren. Die Entwicklung auf den Immobilien- und Finanzmärkten blieb nicht ohne Folgen für die Wirtschaftsstrukturen, die sich seit 1995 in etlichen Ländern stark verändert haben. Diese Länder sind nun nach dem Platzen der Blase besonders exponiert: Ein überproportionales Wachstum von wirtschaftlichen Entwicklungen als Folge der zusätzlichen weltweiten Kreditvergabe erfordert erwartungsgemäss überproportionale Korrekturen. Aus Wachstumstreibern werden auf diese Weise Rezessionstreiber.

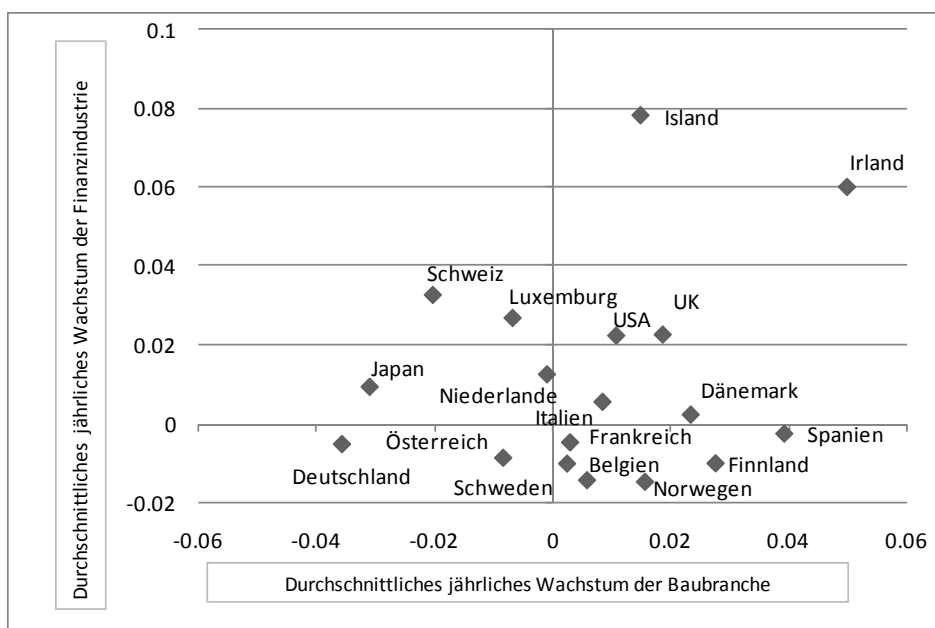
Je nach wirtschaftlicher Ausrichtung und Partizipation an der Immobilienblase in den USA können drei verschiedene Gruppen unterschieden werden: Die erste Gruppe umfasst Länder, die selbst durch eine Immobilienkrise betroffen sind. Sie sind die eigentlichen Epizentren der Krise. Die zweite Gruppe sind diejenigen Länder, die stark in den internationalen Finanzmärkten und in den globalen Kreditvergaben

<sup>3</sup> Schnabl, Gunther und Andreas Hoffmann, 2007, Monetary Policy, Vagabonding Liquidity and Bursting Bubbles in New and Emerging Markets, MPRA Paper 4019

involviert waren und sind; sie sind die eigentlichen „Financiers“ der Krise. Die dritte Gruppe betrifft die Exportländer. Sie haben in den letzten Jahren durch eine übersteigerte weltweite Nachfrage des Auslandes profitiert.<sup>4</sup>

Die Wirtschaftsaktivitäten haben sich in den drei Gruppen in unterschiedlicher Weise verlagert und konzentriert. Länder der ersten Gruppe exponierten sich stark im Immobilien- und im Bausektor. Länder der zweiten Gruppe bauten in den letzten Jahren ihren Finanzsektor massiv aus. Die Grafik zeigt einen Ländervergleich des durchschnittlichen jährlichen Wachstums in diesen zwei Branchen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt. In den Ländern, die sich im Zentrum mit Nullwachstumsraten in beiden Branchen befinden, ist das Wachstum der beiden Branchen im Einklang mit dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum erfolgt.

**Grafik 5:** Durchschnittliche jährliche Entwicklung seit 1995  
Finanzindustrie vs. Baubranche



Quelle: OECD. Entwicklung seit 1995.

Irland, zurzeit eines der am stärksten betroffenen Länder, erlebte in beiden Branchen ein enormes Wachstum. Das irische Wirtschaftswunder fusste somit wesentlich im überproportionalen Wachstum in der Finanz- und Bauindustrie. Auch in Island hatten der Bankensektor und die Bautätigkeiten einen überproportionalen Anteil am BIP-Wachstum. Spanien wuchs schnell im Bausektor, das Wachstum im Finanzsektor entwickelte sich aber unterdurchschnittlich. Diese Tatsache kann u.a. einer der Gründe dafür sein, dass die Bankenwelt Spaniens bisher vergleichsweise wenig von der Krise tangiert wurde. Weiter erlebten ebenfalls die USA und Grossbritannien sowohl im Bau- als auch im Finanzsektor ein überdurchschnittliches Wachstum, das allerdings im Vergleich zu Island oder Irland weit geringer ausfiel. Während die angelsächsischen Länder in beiden Sektoren ein überproportionales Wachstum aufwiesen, haben Länder wie die Schweiz oder Luxemburg seit 1995 zwar den Anteil des Bankensektors am BIP stark ausgebaut, bei den Bautätigkeiten verringerte sich jedoch der entsprechende Anteil. Die Immobilienblasen haben somit zu einer starken Verschiebung der Wirtschaftsstruktur in mehreren Län-

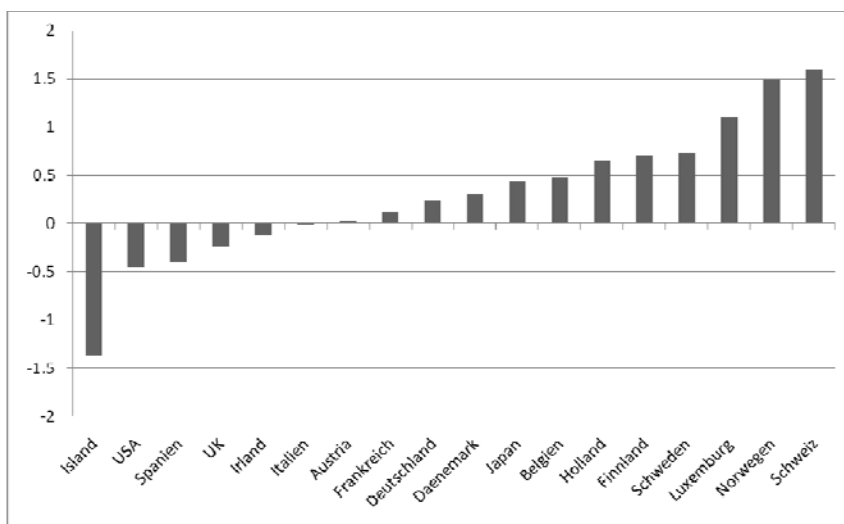
<sup>4</sup> Schliesslich können die Emerging Markets als vierte Gruppe angefügt werden, die aufgrund eines Überangebotes an Kapital von Investitionen profitiert haben.



dern geführt. Diejenigen Länder mit überproportionalem Wachstum in den beiden Branchen sind für die nächsten Quartale und Monate am stärksten gegenüber einer empfindlichen Korrektur exponiert.

Im Zuge der Immobilienblase verschoben sich auch die weltweiten Leistungsbilanzen der Volkswirtschaften. In Ländern, die direkt von einer Immobilienblase betroffen waren, wuchs der Anteil der Importe im Vergleich zu der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung überproportional an. Island, die USA, Spanien, UK und Irland importierten Güter und Dienstleistungen weit stärker, als sie im Gegenzug exportierten.

**Grafik 6:** Durchschnittliche jährliche Entwicklung der Leistungsbilanz<sup>5</sup> seit 1995



Quelle: OECD. Entwicklung seit 1995.

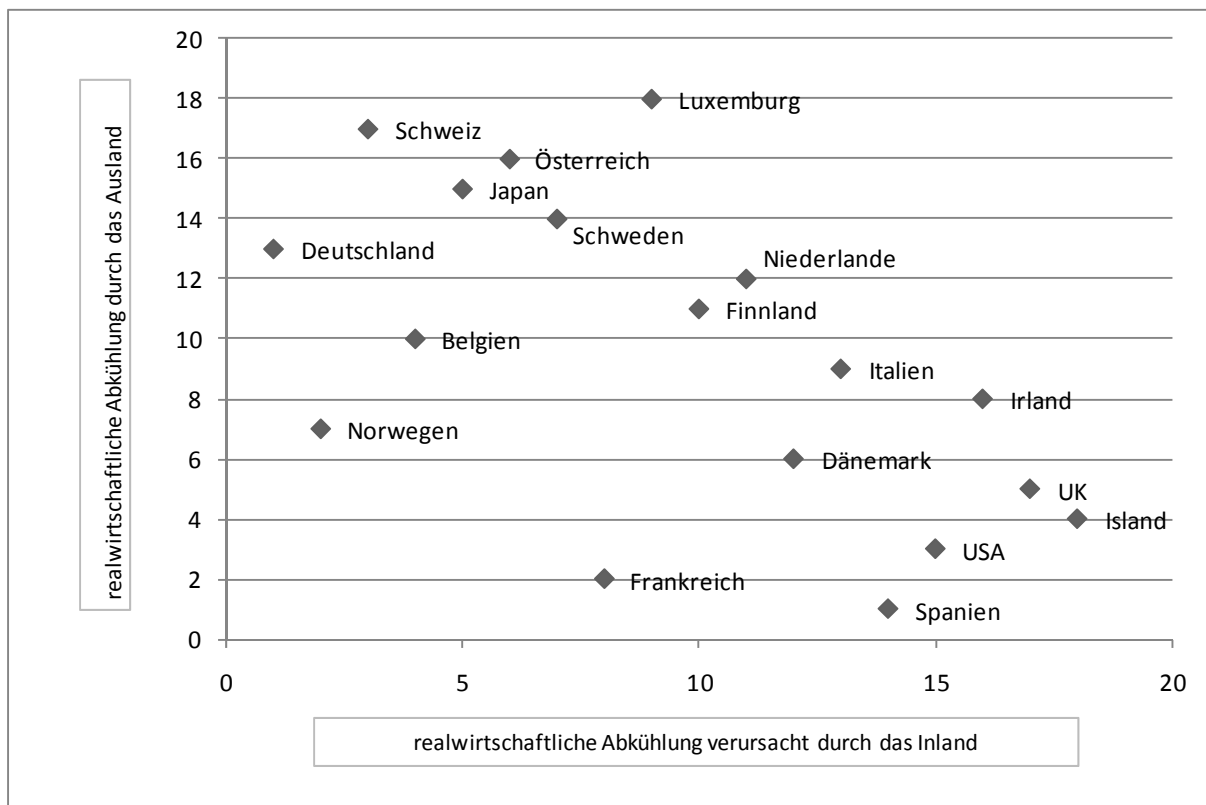
Die Schweiz, Norwegen und Luxemburg waren Länder, die von der weltweiten Nachfrage stark profitierten.<sup>6</sup> Ihre Exporte wuchsen weit stärker als die Importe. In diesen Ländern hat sich demnach der Leistungsbilanzüberschuss seit 1995 stark erhöht. Folglich sind diese Länder gegenüber dem durch die Finanzmarktkrise ausgelösten Nachfrageeinbruch besonders stark exponiert.

Je nach Land ist die Binnenwirtschaft oder die Aussenwirtschaft Ausgangspunkt der Rezession. (Grafik 7 beschreibt den Betroffenheitsgrad durch das In- und Ausland.) Die Ländergruppe „Immobilienblase“ leidet dabei vor allem unter den binnenwirtschaftlichen Folgen der Krise. Spanien, die USA, Island, Grossbritannien und Irland sind aufgrund der Entwicklungen der Finanz- und Bauindustrie in die gegenwärtige Wirtschaftskrise geschlittert. Diese Länder zeichnen sich auch dadurch aus, dass sie vom Ausland (durch Exporte) weit weniger betroffen sind. Demgegenüber werden die Exportländer (und zum Teil die Bankenländer) durch das Ausland in die Krise gestürzt. Länder wie die Schweiz, Luxemburg, Österreich, Schweden und Deutschland sind mit stark rückläufigen Exporten konfrontiert. Gerade Deutschland und die Schweiz haben dabei ein sehr geringes binnenwirtschaftliches „Eigenverschulden“.

<sup>5</sup> Die SNB verwendet im Gegensatz zum Ausland den Begriff Ertragsbilanz. Ein Minus bedeutet, dass die Importe stärker gewachsen sind als die Exporte. Im Falle der Schweiz sind die hohen Leistungsbilanzüberschüsse zu einem grossen Teil auf die Kapitaleinkommen und die Finanzdienste der Banken zurückzuführen. Auch die Warenexporte sind stärker gewachsen als die Importe.

<sup>6</sup> Norwegen ist aber insofern mit den anderen Ländern schlecht vergleichbar ist, weil Norwegen hauptsächlich durch den Ölexport starke Leistungsbilanzüberschüsse erzielt.

**Grafik 7** Woher kommt die Krise? Betroffenheit der Länder vom In- und Ausland



**Weltwirtschaft, quo vadis?**

Die zentrale Frage lautet: Wie lange dauert der Abschwung und wie tief wird er sein? Bis dato gehen die meisten Beobachter von einer Erholung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr aus. Gegenüber dieser Einschätzung ist jedoch Skepsis angebracht.

Vereinfacht gibt es zwei Szenarien, wie sich die Weltwirtschaft in den nächsten Jahren entwickeln kann. Im ersten sinkt die Wertschöpfung rasant auf einen Tiefpunkt zu; ist dieser erreicht, erholt sich die Volkswirtschaft zügig. In kurzer Zeit ist der Abschwung durch das erneute und schnelle Wachstum kompensiert. Die BIP-Entwicklung hätte somit eine V-Form. Trifft dieses V-Modell zu, wäre die Krise 2010 überstanden. Auch im zweiten Szenario entwickelt sich die Wirtschaft rapide negativ, bleibt jedoch für längere Zeit auf tiefem Niveau, bevor ein moderater Aufschwung statt findet. In diesem Falle würde es frühestens ab 2012 wieder moderat aufwärts gehen. Auch ist eine längere Stagnationsphase möglich. Die Entwicklung gleicht einer L-Form. Welches dieser beiden Szenarien ist wahrscheinlicher?

Die Immobilienkrise hat sich im September 2008 zu einer systemischen Banken- und Finanzmarktkrise ausgeweitet. Wie die historische Erfahrung lehrt, sind die realwirtschaftlichen Folgen einer solchen Krise gravierend. Reinhart und Rogoff (2008) haben die Auswirkungen in entwickelten Volkswirtschaften empirisch analysiert: Durchschnittlich sinken die realen Häuserpreise nach dem Platzen einer Blase während sechs Jahren. Der durchschnittliche Rückgang der realen Häuserpreise beträgt dabei 35.5 Prozent. Die Aktienpreise sinken weit stärker, wobei der Rückgang während rund dreieinhalb Jahren etwas weniger lange andauert als bei den Häuserpreisen. Der Preisrückgang auf den Immobilien- und Aktienmärkten führt zu hohen volkswirtschaftlichen Kosten: Das reale BIP sinkt in den ersten zwei Jahren nach der Krise um fast zehn Prozent, und die Arbeitslosenquote steigt während fünf

Jahren um sieben Prozentpunkte. Diese volkswirtschaftlichen Folgekosten haben auch starke Auswirkungen auf die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. In Ländern mit einer Finanzmarktkrise stiegen die (realen) Staatsschulden drei Jahre nach der Krise um 86 Prozent.

**Tabelle:** Die volkswirtschaftlichen Folgen von Finanzkrisen

	Durchschnittliche Veränderung	Durchschnittliche Dauer
Reale Häuserpreise	-35.5 Prozent	6 Jahre
Reale Aktienpreise	-55.9 Prozent	3.4 Jahre
Reales BIP	-9.3 Prozent	1.9 Jahre
Arbeitslosigkeit	7.0 Prozentpunkte	4.8 Jahre
Staatsverschuldung in den ersten drei Jahren nach der Krise	86.3 Prozent	

Quelle: Reinhart und Rogoff (2008)

Ist nun davon auszugehen, dass die Folgen der Finanzmarktkrise in den USA im Vergleich zu früheren Krisen vergleichbar sind? Wenn die Rezession rund zwei Jahre dauern würde wie der Durchschnitt der vergangenen Krisen, dann würde die Rezession im Herbst 2010 zu Ende gehen.<sup>7</sup> Mit einer gewissen Verspätung käme der Aufschwung wohl im Jahr 2011 in Europa an.

Im Gegensatz zu früheren Banken- und Finanzkrisen erschweren zwei Faktoren die Situation. Erstens ist mit den USA die mit Abstand grösste Volkswirtschaft der Welt betroffen und zweitens sind viele wirtschaftlich bedeutsame Länder gleichzeitig involviert. Auch wenn in den letzten Jahren die Bedeutung des amerikanischen Marktes für den internationalen Handel (leicht) abgenommen hat, sind die USA mit einem Anteil von rund 20 Prozent der weltweiten Importe immer noch die treibende globale Konjunkturlokomotive. Obwohl sich die globale Wirtschaft in den letzten Jahren diversifiziert hat, ist das Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern wie China, Russland oder Indien nicht von den Industriestaaten entkoppelt. Kein Land oder keine Region scheint derzeit in der Lage zu sein, die Weltkonjunkturlokomotive USA abzulösen. Dauer und Tiefe der Krise hängen also – auch für die Schweiz – entscheidend davon ab, wie schnell die USA die Rezession überwunden haben. Die Initialzündung für den nächsten Aufschwung muss von Amerika aus kommen.

V- oder L-Szenario in den USA? Für eine V-Entwicklung spricht, dass die USA immer noch die wohl anpassungsfähigste Volkswirtschaft der Welt haben. Zudem fächern massive staatliche Impulsprogramme der Wirtschaft Luft zu. Während sich in den letzten Jahren die Privathaushalte stark verschuldet haben, springt der Staat nun als schuldenfinanzierter Nachfrager ein. Es scheint, dass die US-Regierung nun versucht, das offensichtliche Ungleichgewicht, das sich in den letzten Jahren gebildet hat, auszugleichen. Käme es zu einer raschen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageerhöhung, könnten aufgrund der reduzierten Lagerbestände kurzfristig gar Kapazitätsengpässe auftreten und entsprechende Preisaufschläge auslösen. Für das V-Szenario sprechen auch die enorme Liquiditätsausweitung und die Nullzinspolitik. Dies legt den Nährboden für die nächste Blase. Eine V-Entwicklung würde demnach

<sup>7</sup> Legt man die Definition des National Bureau of Economic Research (NBER) zugrunde, das den Beginn der Rezession in den USA auf Dezember 2007 determiniert, würde gemäss dieser Analogie der Aufschwung in den USA ein Jahr früher einsetzen.

auf denselben Säulen ruhen wie die letzte Hochkonjunktur: Erhöhung der Verschuldung und eine ungleichgewichtige Entwicklung auf einzelnen Märkten. Der Aufschwung gäbe den USA und der Welt eine Verschnaufpause, und die notwendige Strukturanpassung würde auf einen späteren Zeitpunkt vertagt. Mit der V-Entwicklung einhergeht dementsprechend aber das Risiko eines erneuten, vielleicht noch stärkeren Abschwungs in der Zukunft.

Einige Argumente sprechen aber gegen einen schnellen Rebound in den USA: Die Lösung der strukturellen Probleme in den USA – Stabilisierung des Bankensektors, Korrektur auf den Immobilienmärkten, Erhöhung der Sparquote der privaten Haushalte, Reduktion des Leistungsbilanzdefizits und der Konsumquote – sind mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten verbunden. Aufgrund der stark steigenden Staatsverschuldung schwindet auch der Interventionsspielraum des Staates. Eine längere Phase mit negativen oder tiefen Wachstumsraten ist plausibel. Wenn es aber gelingt, die strukturellen Probleme zu beseitigen, ist aufgrund der Anpassungsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft ein nachhaltiges Wachstum zu erwarten. Statt einer L- folgt die US-Wirtschaft in diesem Fall eher einer U-Entwicklung.

Vieles spricht dafür, dass ein starker Wachstumsimpuls aus den USA noch längere Zeit auf sich warten lassen wird. Die früheren Wachstumstreiber Bau-, Finanzindustrie und der private Konsum sind klare Rezessionstreiber. Auch aufgrund der globalen Dimension der Krise kann vermutet werden, dass die realwirtschaftlichen Auswirkungen länger anhalten, als der historische Durchschnitt von Krisen vermuten lassen würde. In der aktuellen Abschwungsphase werden nun die seit Jahren aufgebauten Ungleichgewichte mit grosser Schnelligkeit abgebaut. Nach der Immobilien- und Finanzkrise haben wir es heute mit einer globalen Wirtschaftskrise zu tun.

### Zusammenfassende Thesen

Während der letzten Jahre haben einzelne Branchen überproportional von den Übertreibungen an den Immobilien- und Finanzmärkten profitiert. Das überproportionale Wachstum dieser Branchen war der eigentliche Wachstumstreiber für die Gesamtwirtschaft, wobei die Wirkungen in den einzelnen Ländern aber unterschiedlich waren. Die Wachstumstreiber der Vergangenheit werden nun zu Rezessionstreibern. Aufgrund der voran stehenden deskriptiven Analyse lassen sich folgende Thesen ableiten:

- Der Finanzindustrie stehen weitere Korrekturen bevor. Der aktuelle Einbruch der Wertschöpfung in der Finanzindustrie hat zu einem grösseren Teil permanenten Charakter. Besonders in Ländern mit einem überproportionalen Wachstum der Finanzindustrie in Relation zum BIP wie in der Schweiz, in Irland, Luxemburg oder in den USA wird der Abbau der Arbeitsplätze deutlich ausfallen.
- Der Abbau der Überkapazitäten in der arbeitskräfteintensiven Bauwirtschaft führt in den Immobilienländern zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit. Spanien oder Irland sind dabei besonders betroffen.
- Der Rückgang des Konsums wird in denjenigen Ländern am stärksten ausfallen, die den Konsum über Kredite ausgedehnt haben. Neben der USA und Grossbritannien betrifft dies auch Spanien und einige Länder in Osteuropa.
- Das Platzen der Weltwirtschaftsblase wird diejenigen Länder am stärksten belasten, in denen während der letzten Jahre der Leistungsbilanzüberschuss deutlich angestiegen ist.
- Der Zeitpunkt des weltweiten Wiederaufschwungs hängt wie in der Vergangenheit von der Entwicklung in den USA ab. Die vergangenen Wachstumstreiber Bau- und Finanzindustrie und der private Konsum belasten die Konjunktur. In den USA ist daher nicht mit einem raschen und nachhaltigen Wiederaufschwung, sondern mit einer längeren Strukturbereinigungsphase zu rechnen.

Kurzfristige Strohfeuer aufgrund der Konjunkturimpulse, der tiefen Lagerbestände und der hohen Liquidität sind aber nicht ausgeschlossen.

- Mit den Rezessionstreibern werden auch vor- und nachgelagerte Branchen erfasst, und die steigende Arbeitslosigkeit belastet generell den Konsum. Dies wiederum reduziert die weltweiten Exporte. Die Schweizer Exportwirtschaft kann daher nicht mit einer raschen und dauerhaften Erholung der Weltmärkte und folglich nicht mit einem schnellen Wiederanstieg der Exporte auf Vorkrisenniveau rechnen.
- Die Rückkoppelungen führen dazu, dass die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise länger anhalten wird als vielfach erwartet. Die wirtschaftliche Korrektur nach dem Platzen der Blasen wird nicht innerhalb weniger Monate beendet sein. Ohne zusätzliche Innovation oder Technologiefortschritt kann die Konsolidierung Jahre dauern, bis sich die Volkswirtschaften wieder im Gleichgewicht befinden und nachhaltig wachsen. Statt eines Vs oder eines Ls: Vieles spricht für eine U-Entwicklung.
- Die Schweiz muss sich darauf einstellen, dass die Wachstumsraten mittelfristig, d.h. während mehr als zweier Jahre, tief bleiben. Die importierte Rezession wird nicht rasch in einen importierten Konjunkturaufschwung münden. Nach dem starken exportbedingten Abschwung in diesem Jahr wird zunehmend auch die Binnenkonjunktur (Konsum, Bauinvestitionen) vom Konjunkturrückgang erfasst. Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz wird dementsprechend auch für mehr als zwei Jahre deutlich ansteigen.

## Jahresmedienkonferenz economiesuisse

Montag, 6. April 2009

Es gilt das gesprochene Wort

# Fokus Wachstum – Vertrauen zurückgewinnen

Gerold Bührer, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Lassen Sie mich kurz einen Blick zurückwerfen. Über den positiven Ausgang der wirtschaftsrelevanten Abstimmungen zur Unternehmenssteuerreform II, zur AHV-Initiative sowie natürlich zur Personenfreizügigkeit mit der EU sind wir sehr zufrieden. Bezüglich der Stabilität unserer Sozialwerke sowie der Fortsetzung des bewährten bilateralen Wegs sind mit den erwähnten Abstimmungen wichtige Weichen gestellt worden.

Das Fundament des Wirtschaftsstandorts Schweiz ist im internationalen Vergleich nach wie vor sehr gut. Da mehr als jeder zweite Franken aus dem Export stammt, erfasst jedoch der globale Wirtschaftseinbruch auch unser Land mit voller Wucht. Angesichts der schweren Rezession sowie der grösseren Schwierigkeiten für marktwirtschaftliche Reformen wird economiesuisse auch im laufenden Jahr gefordert bleiben. Die Geschäftsleitung unter der Führung von Dr. Pascal Gentinetta ist inzwischen mit Dr. Jan Atteslander, Bereichsleiter Aussenwirtschaft, und Dr. Christoph Schaltegger, Bereichsleiter für Finanz- und Steuerpolitik, erneuert worden. Als Leiterin Büro Bern fungiert neu alt Nationalrätin Regina Ammann. François Baur leitet neu das Büro in Brüssel. Wir sind somit für die Herausforderungen auch personell gerüstet.

Der unter grosser Erwartung gestandene G-20-Gipfel von London hat zwar positive Elemente hervorgebracht, jedoch keinesfalls eine neue Weltfinanzordnung begründet. Die Stärkung des Internationalen Währungsfonds zur Stützung von Entwicklungs- und Schwellenländern sowie die Beaufsichtigung von Hedge Funds verdienen unsere Unterstützung. Ebenfalls positiv zu bewerten ist, dass dem Druck nach weiteren riesigen, nachfrageorientierten Konjunkturprogrammen widerstanden werden konnte. Insgesamt überzeugt die Substanz jedoch nicht. Das Übereinkommen von London wird keine nachhaltige Lösung der anstehenden weltwirtschaftlichen Probleme bringen. Insbesondere mangelt es an verbindlichen Übereinkommen gegen die gefährlichen protektionistischen Tendenzen. Die daraus resultierenden Gefahren sind nach wie vor erheblich. Als Ablenkungsmanöver müssen die nach fragwürdigen Kriterien zusammengestellten grauen und schwarzen Listen bewertet werden. Dass die Schweiz trotz

Anerkennung der OECD-Standards zusammen mit Ländern wie Österreich, Luxemburg und Singapur auf eine solche – selbst wenn nur graue – Liste gesetzt wurde, kann nicht akzeptiert werden und ist primär Ausdruck einer machtpolitischen Demonstration. Unser Land erfüllt hohe internationale Standards – im Gegensatz zu USA und Grossbritannien – im Kampf gegen die Geldwäscherei und unsere Rechtsordnung ist direkt demokratisch legitimiert. Gegen weitere Pressionen müssen wir uns mit Nachdruck zur Wehr setzen.

Wie Sie den Ausführungen unseres Chefökonom Prof. Dr. Rudolf Minsch entnehmen konnten, kann sich auch die Schweiz der weltweit schweren Rezession nicht entziehen. Entscheidende Wachstumstreiber der vergangenen Jahre haben rasch vom Positiven ins Negative gedreht. Ich erwähne dabei:

1. das weltwirtschaftliche Wachstum und die Globalisierung
2. die Wechselkurslage
3. die Finanzbranche
4. die Investitionsgüterindustrie

Parallel dazu ist die Bereitstellung von Kapital und Krediten schwieriger geworden.

**Nachdem das letzte Jahr als „Annus horribilis“ für die Finanzbranche in die Geschichte eingegangen ist, müssen wir für 2009 mit einem „Annus horribilis“ für weite Teile der Industrie rechnen.** Die rekordhohe Vernichtung von Vermögenswerten sowie der Umstand eines weltweit synchronen Abschwungs machen es auch schwierig, die Wirkungen der mannigfachen Konjunktur- und Rettungspakete abzuschätzen. Parallelen zu früheren fiskalischen und monetären Ankurbelungsprogrammen gibt es kaum. Zahlreiche Fragen nach dem Übermorgen bleiben im Raum stehen. Beispielsweise ob es den Geldbehörden der massgeblichen Länder gelingen wird, nach der massiven Ausweitung der monetären Aggregate rechtzeitig die Vorkehrungen für ein inflationsfreies Wachstum zu schaffen. Auch die Kapitalmärkte zeigen hier einige Skepsis. Anders jedenfalls ist es nicht zu erklären, dass zwar nach der Ankündigung der Englischen Zentralbank zum massiven Kauf von Staatsanleihen zunächst die Renditen am Obligationenmarkt gesunken, bald danach jedoch wieder angestiegen sind.

Es ist vielleicht politisch nachvollziehbar, dass in Zeiten einer massiven Schrumpfung der Wirtschaftsleistung und stark steigender Arbeitslosigkeit Konjunktur- und Rettungsprogramme en vogue sind. Lassen Sie mich aber zu diesem Thema einige grundsätzliche Bemerkungen anbringen.

**Gerade für eine offene Volkswirtschaft** wie in der Schweiz muss der Fokus weiterhin auf einer langfristig orientierten Wachstumspolitik bleiben. Eine politische Vernachlässigung der entscheidenden Wachstumstreiber zugunsten eines Konjunkturaktivismus würde früher oder später dem Standort Schweiz schaden. Allein schon der Umstand, dass beispielsweise 2008 der Güter- und Dienstleistungsexport zusammen gegen 300 Mrd. Franken ausmachten, zeigt die beschränkte Wirksamkeit klassischer Konjunkturprogramme deutlich auf.

Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass die zwar populären Strukturerhaltungsprogramme langfristig vielfach zu einem Bumerang verkommen. Und schliesslich darf mit Bezug auf den finanziellen Rahmen nicht vergessen werden, dass eine massive Verschuldung heute letztlich in Form von Zinsen und höheren Steuern die Wachstumskräfte von übermorgen belastet. Eine überbordende Verschuldung beeinträchtigt zudem das Vertrauen von Konsumenten und Unternehmen. **Es ist daher nach wie vor unsere Überzeugung, dass die Konjunkturpolitik nur eine subsidiäre, die Folgen einer schweren Rezession abfedernde Bedeutung haben kann.** Der konjunkturpolitische Schwer-

punkt muss auch zukünftig bei den automatischen Stabilisatoren und der Geldpolitik liegen. **Es ist zu vermeiden, dass Präjudizien geschaffen werden, welche die marktwirtschaftliche Funktionsfähigkeit tangieren.**

Diese Aspekte sind konjunkturpolitisch zu berücksichtigen. Um für das Ende der Krise gerüstet zu sein, müssen insbesondere folgende Herausforderungen im Rahmen einer langfristig orientierten Wachstumspolitik angegangen werden:

- 1 Aussenwirtschaftlich** stehen die Umsetzung des bewährten bilateralen Wegs mit der EU sowie der Abschluss von weiteren Freihandelsabkommen ausserhalb Europas im Vordergrund. Auch für die Landwirtschaft mit ihren Qualitätsprodukten ist die Öffnung weiterer Märkte wichtig. Deshalb unterstützen wir nach wie vor die Verhandlungen zugunsten eines Agrarfreihandelsabkommens mit der EU. Im Rahmen der WTO sind alle Bestrebungen gegen aufkeimende protektionistische Tendenzen zu unterstützen. Nimmt diese Tendenz einzelner Nationalstaaten nämlich überhand, droht eine gefährliche wirtschaftliche Abwärtsspirale.
- 2 Bildungs- und forschungspolitisch** stehen wichtige Weichenstellungen für den Wissensstandort Schweiz an. In der Hochschulförderung darf die zentrale Stellung von ETH und Fachhochschulen keinesfalls gefährdet werden. Das revidierte Forschungsgesetz ist raschmöglichst einzuführen, damit die KTI ihre geforderte Eigenständigkeit wahrnehmen kann. Neben dem Hochschulbereich wird sich economiesuisse für die obligatorische Schulzeit vor allem für verbindliche Lehrpläne zugunsten von Naturwissenschaften und Technik engagieren. Der Beseitigung des Nachholbedarfs von Ingenieuren ist weiterhin Priorität einzuräumen.
- 3 Die Sicherstellung einer preislich kompetitiven und umweltfreundlichen Energieversorgung** ist ein weiterer Schlüssel zugunsten eines wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandorts. Neben Verbesserungen der Energieeffizienz und der Weiterentwicklung alternativer Energieträger ist der zeitgerechte Ersatz auslaufender Kernkraftwerke zu gewährleisten. Bezüglich der besseren Nutzung der Wasserkraft ist alles daran zu setzen, dass hängige Projekte deblockiert werden. In der Stromversorgung ist mit Blick auf die sich abzeichnende Versorgungslücke in Westeuropa ein hoher Autonomiegrad anzustreben.
- 4 Wettbewerbspolitisch** unterstützen wir generell weitere Marktöffnungen. Insbesondere ist es zu begrüßen, dass die Cassis-de-Dijon-Vorlage im Ständerat nicht mit weiteren Ausnahmeregelungen belastet worden ist. Zur Beseitigung möglicher Inländerdiskriminierungen unterstützen wir in entsprechenden Branchen auch die Zulassung von EU-Standards im Inland. Aus wettbewerbspolitischen Gründen – gleich lange Spiesse – sind wir daher nach wie vor der Auffassung, dass eine Postbank nur dann ihre Berechtigung hat, wenn sie privat kapitalisiert und vollständig ausgegliedert ist und somit Quersubventionen ausgeschlossen bleiben. Die Anordnung des Preisüberwachers zur Senkung der Brieftarife ist ein Signal in die richtige Richtung und unterstützt unsere Forderung nach einer umfassenden Öffnung des Briefmarktes.
- 5 Die steuerliche Konkurrenzfähigkeit für Unternehmen** ist gegen den Druck von aussen zu verteidigen. Der wohlstandsfördernde Steuerwettbewerb darf nicht zur Disposition gestellt werden. Die Art der Aufteilung der Besteuerung zwischen Bund und Kantonen ist Teil unserer Steuersouveränität. Die Spezialregimes sind für die Standortattraktivität unabdingbar und können letztlich auch nicht durch eine allgemeine Steuersenkung kompensiert werden.



- 6 Mit Rücksicht auf die **Optimierung der Standortinteressen des Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatzes** hat der Vorstand von economiesuisse einstimmig eine Resolution verabschiedet (siehe Beilage). Wir haben bekanntlich die Anerkennung der OECD-Richtlinien in Sachen Bankkundengeheimnis akzeptiert. Wir fordern den Bundesrat jedoch auf, sich strikte an die in diesem Zusammenhang abgegebenen Absichtserklärungen zu halten. In den anstehenden Verhandlungen über die Doppelbesteuerungsabkommen stehen dabei für uns im Vordergrund:
- Gleich lange Spiesse wie konkurrierende Finanzplätze (insbesondere im Kampf gegen die Geldwäscherei)
  - Eine strikte, auf begründbare Verdachtsmomente basierende Rechts- und Amtshilfe für klar identifizierte Einzelfälle
  - Ausschluss von „Fishing expeditions“ und automatischem Informationsaustausch
  - Abbau von Benachteiligungen beim Marktzugang für schweizerische Finanzprodukte sowie Verbesserungen im Rahmen der Zinsbesteuerung
  - Keine Änderung für Inländer bezüglich Bankkundengeheimnis
- 7 **Die Schweiz ist als international vernetzte Volkswirtschaft auf einen intensiven Dialog mit den Haupthandelspartnern angewiesen.** Dieser ist mit Blick auf zentrale Wirtschaftsthemen in der Vergangenheit zu kurz gekommen. Der Fokus in der Aussenpolitik ist daher wieder dezidiert auf die Wahrung der nationalen Wirtschaftsinteressen zu legen. Dazu ist ein geschlossenes und entschlossenes Auftreten der Landesregierung unabdingbar. Basierend auf der Aussenwirtschaftsstrategie sind die Kontakte mit den wichtigen Handelspartnern, den internationalen Organisationen sowie unseren Nachbarstaaten umfassend wahrzunehmen.

Noch einige Bemerkungen zum Thema **Regulierung der Märkte**: Angesichts der Turbulenzen im Finanzsystem und der massiven Auswirkungen auf die Wirtschaft hat sich der Ruf nach mehr Staatseinfluss und Regulierung verstärkt. Insbesondere die erhöhten Auflagen bei den Eigenmitteln, die Verbesserungen bei der Risikokontrolle und der Transparenz sowie die Erfassung bankähnlicher Finanzdienstleistungen verdienen im Interesse der Systemstabilität unsere Unterstützung. Bedingt durch die globale Vernetzung bleibt jedoch auch die internationale Zusammenarbeit gefordert. Mehr Regulierung allein ist jedoch nicht einer besseren Wirkung am Ziel gleichzusetzen. Im Vordergrund muss daher die Qualität stehen. Auch ist aus Konkurrenzgründen wenn immer möglich auf einen kostentreibenden Swiss-finish zu verzichten. Neben der gesetzlichen Ebene ist unseres Erachtens der Selbstregulierung auch in Zukunft genügend Raum zu gewähren.

**Märkte können auch bei der besten Regulierung nicht ohne Vertrauen funktionieren.** Dies hat uns gerade die Finanzmarktkrise vor Augen geführt. Der Versuch, mittels Detailvorschriften alle möglichen Sachverhalte erfassen zu wollen, hat sich in der Vergangenheit nicht als gangbarer Weg erwiesen. Wirkungsvoller sind eine gezielte Verbesserung festgestellter Systemschwächen sowie eine am langfristigen Erfolg orientierte Anpassung der Anreizsysteme. Entscheidend werden auch in Zukunft eine wirksame Corporate Governance und unternehmerisch die Verankerung eines gemeinsamen Nenners ethischer Werte sein. Die liberale Wirtschafts- und Rechtsordnung ist eine tragende Säule des Erfolgs der Schweizer Wirtschaft. **Vertrauen, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit sind daher für economiesuisse Werte, die für eine nachhaltige Wachstumspolitik über einzelne Rezepte hinaus entscheidend sind.** Es gilt, diese Werte bei Behörden und in der Wirtschaft wieder stärker zu verankern. Denn, jede Wachstumspolitik greift zu kurz, wenn es an Vertrauen in die Institutionen mangelt. Auch im gegenwärtig schwierigen Umfeld wollen wir uns im Dialog mit der Politik für die Aufrechterhaltung dieser für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen wichtigen Ordnung einsetzen.

## Medienmitteilung

Dienstag, 31. März 2009

# Wirtschaftsstandort Schweiz verteidigen

## Interessen von Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz wahren

**Der Vorstand von economiessuisse hat an seiner Klausursitzung von gestern intensiv die Lage der Gesamtwirtschaft diskutiert. Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth vermittelte eine umfassende Lagebeurteilung. Insbesondere exportorientierte Unternehmen sehen sich teilweise mit dramatischen Einbrüchen bei der Nachfrage konfrontiert. Einstimmig hat der Vorstand die beiliegende Resolution zur Verteidigung des Wirtschaftsstandorts und Finanzplatzes Schweiz verabschiedet.**

Die Schweizer Wirtschaft ist mit der stärksten Rezession seit dem 2. Weltkrieg konfrontiert. Das Welthandelsvolumen ist innert kurzer Frist um rund einen Fünftel eingebrochen. Somit sinken auch Exporte und Investitionen in vielen Unternehmen unseres Landes massiv. Die treibenden Faktoren des Wachstums der letzten Jahre haben ins Negative gedreht. Der Finanzplatz ist unter Druck, aber auch weite Kreise der Exportwirtschaft werden durch die globale Krise in Mitleidenschaft gezogen.

Als Reaktion auf die Wirtschaftskrise werden weltweit rekordhohe Konjunktur- und Rettungspakete beschlossen. Mit Blick auf die Schweiz warnt economiessuisse-Präsident Gerold Bühler: „Aktionismus löst die Probleme nicht nachhaltig. Nach wie vor muss die wirtschaftspolitische Priorität bei einer langfristigen Wachstumspolitik liegen, damit die Schweiz aus der Krise gestärkt hervorgeht. Konjunkturpolitik kann nur subsidiär zur Abfederung schwerer konjunktureller Einbrüche dienen.“ Der Fokus für die Konjunkturstabilisierung soll in erster Linie bei der Geldpolitik, den automatischen Stabilisatoren und einem Verzicht auf Steuererhöhungen liegen. Zentrale Richtschnur für subsidiäre, schuldenbremskonforme konjunkturpolitische Massnahmen sind folgende drei Kriterien: Die Massnahmen müssen zeitgerecht wirken, zielorientiert zum Einsatz kommen und bedürfen einer zeitlichen Befristung, um eine unkontrollierte Schuldenwirtschaft zu verhindern.

Der Vorstand hat darüberhinaus – mit Blick auf die Angriffe auf den Finanzplatz Schweiz - einstimmig die beiliegende Resolution zur Wahrung unserer Standortinteressen verabschiedet. Sie fasst die Position von economiessuisse im Zusammenhang mit dem Bankkundengeheimnis und der Amtshilfe in Steuerfragen zusammen.

Rückfragen:

Gerold Bühler

Telefon: 079 406 60 13

Pascal Gentinetta

Telefon: 044 421 35 35

## Resolution zur Verteidigung von Schweizer Standortinteressen

### Interessen der Schweiz selbstbewusst wahren und ohne Aufgabe der Privatsphäre kooperieren

**economiesuisse sieht den gezielten Ausbau der Amtshilfe in Steuerfragen bei gleichzeitigem Bekenntnis zum Bankkundengeheimnis als akzeptablen Ansatz für eine internationale Kooperation in Steuersachen. Die Kooperationsbereitschaft darf nicht zum „gläsernen Bürger“ und einem automatischen Informationsaustausch führen. Gleichzeitig müssen für alle konkurrierenden Finanzplätze gleiche Spielregeln gelten. Die Wirtschaft erwartet zudem von unseren Behörden die selbstbewusste Widerlegung ungerechtfertigter Angriffe aus dem Ausland und die Verfolgung einer Aussenpolitik zur Wahrung nationaler Wirtschaftsinteressen.**

Im Lichte der bevorstehenden Diskussionen im internationalen Umfeld (G-20-Gipfel und OECD) hat economiesuisse eine weitere Lagebeurteilung zur internationalen Kooperation in Finanz- und Steuerfragen vorgenommen und mögliche Handlungswege aus einer gesamtheitlichen Perspektive von Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz geprüft. Alle im Vorstand von economiesuisse vertretenen Branchen und kantonalen Industrie- und Handelskammern sind sich einig. Der Vorstand verabschiedete deshalb am 30. März 2009 folgende Resolution einstimmig:

1. Die Wirtschaft steht zur Kooperation mit dem Ausland. Dies betrifft auch die Zusammenarbeit bei Steuerdelikten. In eine Lösung sind allerdings alle massgebenden Finanzplätze der Welt (London, Kanalinseln, US-Bundesstaaten wie Delaware, Bahamas, Singapur, Hongkong, Luxemburg usw.) zwingend miteinzubeziehen. Sie haben bezüglich der Bekämpfung der Geldwäscherei und „know your customer“-Verpflichtungen die gleichen internationalen Standards umzusetzen, wie die Schweiz.
2. Das Bankkundengeheimnis gilt nicht für deliktische Handlungen, sondern schützt die legitime Privatsphäre. Die Ausdehnung der Amtshilfe auf Tatbestände ist entsprechend im Rahmen der Revision von Doppelbesteuerungsabkommen nach den geltenden OECD-Regeln vorzunehmen. Die Vereinbarungen müssen verbindlich und abschliessend ausgestaltet werden. Sie sollen auch den Marktzugang ab der Schweiz für die betroffenen Aktivitäten miteinschliessen.
3. Ein automatischer Informationsaustausch zwischen Behörden sowie pauschale Anfragen („fishing expeditions“) werden entschieden abgelehnt. In einem Rechtsstaat basiert die Amtshilfe auf konkreten Verdachtsmomenten für klar identifizierbare Fälle. Der „gläserne Bürger“ ist mit den Grundwerten der Schweiz nicht vereinbar. Die Privatsphäre der Bürger ist zu wahren.
4. Die Verfahren bei Amtshilfe müssen stark verkürzt werden, wobei eine rechtsstaatliche Überprüfung des ersten Entscheids gewahrt bleiben muss. Diese Verfahren müssen auch von den begünstigten Staaten vollumfänglich respektiert werden.
5. Eine Aufnahme der Schweiz auf eine „schwarze Liste nicht kooperativer Staaten“ oder von „Steuerparadiesen“ – nota bene ohne vorherige Konsultation seitens der OECD – ist nicht akzeptabel. Die Schweiz kennt ein umfassendes Netz bilateraler Abkommen und hält ihre Verpflichtungen vollumfänglich ein. Ungerechtfertigte und unhaltbare Druckversuche ausländischer Staaten sind entschlossen zurückzuweisen.
6. Die Schweizer Aussenpolitik muss sich vermehrt geschlossen und entschieden – gleich wie in Konkurrenzländern – auf die Verteidigung der nationalen Interessen unseres Wirtschaftsstandorts konzentrieren, ohne sich in Nebenaspekten zu verzetteln. Schweizer Unternehmen unterhalten weltweit 2,4 Millionen Arbeitsplätze. Entsprechend ihrer Bedeutung muss auf den berechtigten angemessenen Einbezug in die internationalen Entscheidungsprozesse beharrt werden.

## Jahresmedienkonferenz economieuisse

Montag, 6. April 2009

Es gilt das gesprochene Wort

# Konjunkturprogramme sind keine Patentrezepte

## Behutsamer Schweizer Weg statt internationaler Überbietungswettbewerb

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economieuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine langfristig orientierte Wirtschafts- und Wachstumspolitik hat für economieuisse oberste Priorität. Ökonomen sind sich einig, dass politisch erzwungene Konjunkturprogramme meist verpuffen oder gar kontraproduktiv sind, wenn sie nicht gezielt, verspätet oder strukturerhaltend wirken. Die kurzfristige Symptombekämpfung verursacht meist einen langfristigen Schuldenanstieg – eine Last für kommende Generationen!

Wird konjunkturpolitisch Handlungsbedarf festgestellt, wissen wir aus Theorie und Praxis: eine behutsame, präventive Geldpolitik, automatische Stabilisatoren wie die Arbeitslosenversicherung oder schuldenbremskonforme Defizite sowie der Verzicht auf drohende Steuer-, Abgaben- und Monopoltarifierhöhungen stellen letztlich den geeignetsten und effizientesten Weg dar, um die negativen Konsequenzen eines wirtschaftlichen Abschwungs aufzufangen. Wenn darüber hinaus der Staat intervenieren soll, dann gilt es, für die Auswahl der Massnahmen die drei Z-Kriterien zu berücksichtigen. Das heisst, dass die Massnahmen

- zielgerecht (dort, wo sie wirklich gebraucht werden),
- zeitgerecht (unmittelbar und nicht erst im Aufschwung) und
- zeitlich befristet (nur solange die Krise dauert) wirken müssen.

In diesem Sinne begrüssen wir – neben der gezielten Intervention der SNB – das stufenweise Vorgehen, das bis jetzt vom Bundesrat, insbesondere von der Volkswirtschaftsministerin, gewählt und vom Parlament unterstützt wurde. Dank diesem Vorgehen wird sichergestellt, dass die Ausgestaltung des Pakets der Situation angepasst wird. Nicht nur sind die Pakete 1 und 2 schuldenbremskonform und damit mit Blick auf den Schuldenstand der Schweiz vertretbar. Sie sind auch im Wesentlichen „ZZZ-kompatibel“: Vorhandene, nicht verwendete Unternehmensreserven werden sofort und einmalig freigegeben; die temporäre Erhöhung der Kurzarbeit auf 18 Monate ermöglicht unserer Exportwirtschaft wichtige Mitarbeiter im Arbeitsprozess zu behalten. Das trotz zum Teil massiver, hoffentlich vorübergehender Verkaufseinbrüche. Die Exportrisikogarantie wird gezielt ausgedehnt. Schliesslich werden

mögliche baureife Investitionen mit sofortiger Wirkung für 2009 vorgezogen. Aus den Erfahrungen mit diesen Massnahmen wird man auch eine erste Auswertung für allfällige spätere Massnahmen ziehen müssen.

Jeder von uns kann täglich die Verschlechterung der Lage mitverfolgen. Ob wir allerdings schon an dem Punkt sind, wo ein drittes Konjunkturprogramm unabwendbar wäre und ausgelöst werden sollte, muss zuerst durch offizielle Prognosen und Daten erhärtet werden. Für uns ist auf jeden Fall klar, dass erst die Aussicht auf eine dauerhafte Nicht-Erholung bzw. Nicht-Stabilisierung der Lage weitere Massnahmen rechtfertigen würde. Dabei ist zu betonen, dass dann das Schuldenbremsdispositiv für ausserordentliche Lagen zum Zuge käme. Das würde die Anwendung der soeben vom Parlament richtigerweise beschlossenen Ergänzungsregel zur Schuldenbremse ab 2010 nach sich ziehen. Ein zusätzliches Programm müsste demnach innert angemessener Frist amortisiert werden. Das zwingt zu Masshalten und Fokussierung auf das Wesentliche. Eine Aushebelung der Schuldenbremse, die zur Uferlosigkeit nach ausländischem Muster führt, wird von uns entschieden bekämpft.

Wenn über Höhe und Umfang der schweizerischen Massnahmen zur Stützung der Konjunktur diskutiert wurde, so wurde in den vergangenen Wochen und Monaten auch immer wieder der Vergleich mit Programmen anderer Staaten gesucht. Diese wurden in Relation zum BIP gesetzt. Meist kamen die – vornehmlich aus dem linken Lager stammenden – Urheber dieser Vergleiche zum Schluss, dass die Schweizer Pakete zu klein seien. Solche grob vereinfachenden und verzerrenden Vergleiche hinken aber, denn sie blenden die automatischen Stabilisatoren und den föderalen Charakter unserer Finanzen aus. Während in den meisten anderen Ländern die öffentlichen Finanzen von der Zentralregierung gesteuert werden, werden hierzulande doch zwei Drittel der frankennässigen Tätigkeit der öffentlichen Hand von Kantonen und Gemeinden festgelegt.

Die Staaten sind zudem aus ganz unterschiedlichen Gründen von der Krise betroffen. So sind etwa die USA, Grossbritannien und Irland ganz direkt von der Subprime-Krise erfasst worden. Entsprechend hohes Gewicht hat in diesen Ländern die Bankenrettung. Weil durch die Krise auch der inländische Konsum stark nachgelassen hat, können diese Staaten mit entsprechenden Massnahmen allenfalls etwas ausrichten. Dagegen sind die Schweiz und Deutschland vor allem vom Einbruch der Exporte betroffen. Ihr Augenmerk müsste deshalb auf der Stützung der Exportindustrien liegen. Spezielle Fördermassnahmen zu Gunsten der Binnenwirtschaft führen in diesen Ländern zumindest in der heutigen Situation vor allem zu Mitnahmeeffekten. Das bedeutet, dass Projekte, die ohnehin realisiert würden, staatliche Subventionen gerne annehmen werden. Für die effiziente Bekämpfung der Krise wäre die Konsequenz an sich klar: Umfang und Inhalt der Pakete müssten in jedem einzelnen Staat den Ursachen der Krise angepasst sein. Das zur Theorie. Die Realität sieht aber anders aus. Ohne auf Einzelländer eingehen zu wollen, was uns – mit Bezug auf die spezielle Situation der Exportnation Schweiz – besonders im heutigen internationalen Kontext Sorgen bereitet, ist der wieder erstarkende Protektionismus von konditionierten Staatsinterventionen à la „buy american“ oder „rapatrier vos activités en France“. Da ist die Schweiz nicht alleine. International müssen wir mit unseren Verbündeten – hier sitzen wir im selben Boot mit Deutschland – alles daran setzen, dass endlich die WTO-Doha-Runde zum Durchbruch gebracht wird. Der G-20-Gipfel hat leider diesbezüglich keine schlüssigen Antworten geliefert.

Im Inland müssen wir – auf behutsame Schweizer Art – allfällige weitere Konjunkturmassnahmen schwergewichtig auf die Verhinderung bzw. Verschiebung von geplanten bzw. beschlossenen Steuer-, Abgaben- und Monopoltariferhöhungen setzen. Hier besteht grosses Potenzial. Im Zentrum stehen die Erhöhungen der MWST für IV, der Wasserzinsen, der zweckentfremdeten CO<sub>2</sub>-Abgabe und weiterer Tarife staatsnaher Betriebe. All diese Massnahmen würden sofort auf das Konsum- und Investitions-

klima wirken, zumindest gegenwärtig keine äusserst unwillkommenen Negativwirkungen auslösen. Das wäre schon viel!

Viel entscheidender als Konjunkturprogramme ist für die Wirtschaft der ungestörte Zugang zu Kapital. Nachdem der Interbankenmarkt seit September 2008 praktisch zum Erliegen gekommen ist, hat sich die Situation mittlerweile etwas stabilisiert, jedoch ist das Vertrauen der Banken untereinander nach wie vor nicht hinreichend zurückgekehrt. In einigen benachbarten Ländern hatten Unternehmen teilweise erhebliche Schwierigkeiten, die betriebsnotwendigen Kredite zu erhalten. In der Schweiz ist es bis heute zu keiner systematischen Einschränkung der Kreditvergabe gekommen. Die gewährten Kredite sind auch im vierten Quartal 2008 gestiegen. Reibungslos funktioniert insbesondere die hypothekargesicherte Kreditvergabe. Auch KMU erhalten nach wie vor – ausser in vereinzelt Fällen – die erforderlichen Kredite. Allerdings planen einige Banken, ihre Kreditvergabestandards in den nächsten Monaten zu verschärfen. Besonders mittlere und grössere Unternehmen werden erwartungsgemäss mehr Schwierigkeiten haben, sich über den Kapitalmarkt bzw. für Exportkredite zu refinanzieren. Daher ist im binnenorientierten KMU-Bereich zurzeit kein Handlungsbedarf auszumachen. In diesem Sinne verfehlen die Rufe nach einer staatlichen Kreditversorgung der KMU durch eine Postbank ihr Ziel.

Überrissene Konjunkturprogramme und Politaktionismus mit ungezielten Massnahmen mögen gegenwärtig populär sein. Sie sind aber keine Patentrezepte. Auf keinen Fall dürfen wir Fehler aus dem Ausland kopieren. Die Schweiz muss weiterhin einen kühlen Kopf bewahren und wirtschaftspolitisch geschickt agieren. Ist das der Fall, kann sich das – in einer globalisierten Welt – mittelfristig sogar als Chance für unser Land erweisen. Nur so kann die Schweiz gestärkt aus der Krise hervorgehen.

**Jahresmedienkonferenz 2009**

Montag, 6. April 2009

## Aktuelle Themen economiessuisse

### **Aktienrecht**

Die über 180'000 Aktiengesellschaften in der Schweiz sind direkt betroffen von der laufenden Revision des Aktienrechts. Mit der Revision sollen die Aktionärsrechte gestärkt, den Betrieben aber auch die nötigen unternehmerischen Handlungsspielräume belassen werden. Dem steht die Initiative „gegen die Abzockerei“ gegenüber, die sowohl Unternehmen als auch Aktionäre in ein Korsett zwängen und die Attraktivität der Schweiz für die Ansiedelung international tätiger Firmen schwächen würde. Antworten zur Frage der Vergütung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sind im Rahmen der Aktienrechtsrevision zu finden. Deshalb unterstützt economiessuisse die Stossrichtung des indirekten Gegenvorschlags des Bundesrats. Dieser muss aber verbessert werden, um eine Diffusion von Kompetenzen und Verantwortung in den Schweizer Unternehmen zu verhindern. Insbesondere darf der Verwaltungsrat in seiner Aufsichtsfunktion gegenüber der Geschäftsleitung nicht geschwächt werden. Dies wäre kontraproduktiv.

### **Bankkundengeheimnis**

economiesuisse beurteilt die Entwicklungen zum Bankkundengeheimnis aus Sicht des Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatzes insgesamt. Mit der Anerkennung der OECD-Standards für Transparenz und Informationsaustausch in Steuerfragen wurde auf die drohende Aufnahme der Schweiz auf eine „schwarze Liste nicht kooperativer Staaten“ reagiert. Die Aufnahme auf eine solche Liste hätte für die schweizerische Gesamtwirtschaft gravierende negative Folgen. Einem automatischen Informationsaustausch und „fishing expeditions“ darf die Schweiz auch künftig nicht Hand bieten. Pauschalanfragen ohne konkrete, erhärtete Verdachtsmomente kommen nicht in Frage. So bleiben auch unter den OECD-Standards die Grundfesten des Bankkundengeheimnisses gewahrt. Auf internationaler Ebene fordert economiessuisse von den konkurrierenden Finanzplätzen (London, Luxemburg, Hongkong, Singapur, Bahamas, Guernsey, Jersey, Delaware usw.) ebenfalls die Einhaltung aller einschlägigen Standards inklusive der Regeln zur Bekämpfung der Geldwäscherei und der „know your customer“-Verpflichtungen. Auch ist in Vereinbarungen mit Drittstaaten der Marktzugang für Finanzdienstleistungen ab der Schweiz zu verbessern. Schliesslich ist das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU aufgrund der neuen Situation zu hinterfragen.

### **Steuerstreit Schweiz-EU**

Die Kantone sehen für Holding-, Verwaltungs- und gemischte Gesellschaften spezielle Steuerregimes vor. Mehr als 20'000 Unternehmen sind davon betroffen. Sie generieren rund 40 Prozent der Gewinnsteuern des Bund und stellen 150'000 Arbeitsplätze bereit.

Die EU fordert von der Schweiz die Abschaffung oder die wesentliche Änderung dieser kantonalen Steuerregimes. Eine Verletzung des Freihandelsabkommens von 1972 wird von der Schweiz zu Recht bestritten. Die Schweiz ist zudem nicht an die internen Regeln des EU-Binnenmarktes gebunden. Ein Dialog auf Expertenebene findet statt.

Generell muss die Schweiz in eigenem Interesse auch in Zukunft zu den Topstandorten für internationale Firmen und die Erbringung spezialisierter Dienstleistungen gehören. Ein kompetitives Steuersystem ist dafür die Voraussetzung. Der internationale Steuerwettbewerb wird heute massgeblich über die Gewinnsteuersätze geführt. Die Schweiz wird um eine weitere Absenkung ihrer Steuersätze nicht herumkommen. Die Besteuerungsregeln sind so auszugestalten, dass die hier ansässigen Unternehmen Rechtssicherheit und Schutz vor ausländischen Gegenmassnahmen haben.

Die Schweiz führt den Steuerreformprozess autonom. Massgeblich sind die internationale Dynamik im Steuerbereich und die sich daraus ergebenden Herausforderungen. Allfällige Anpassungen der kantonalen Steuerregimes dürfen die steuerliche Standortattraktivität der Schweiz nicht schmälern.

### **Klimapolitik**

Die Schweiz ist bezüglich Klimaschutz auf Zielkurs. Kernstück der Klimapolitik sind die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft. Allein die Leistungen der Energie-Agentur der Wirtschaft, der Stiftung Klimarappen und der Branchenvereinbarung der Zementindustrie ermöglichen das Kyoto-Ziel der Schweiz zur Reduktion von 4,1 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> bis ins Jahr 2012 zu erreichen. Die Wirtschaft setzt sich auch für den Zeitraum bis 2020 für einen aktiven Klimaschutz ein. economiesuisse unterstützt die Absicht des Bundesrates, in Anlehnung an die EU die Treibhausgase um 20 Prozent zu reduzieren. Bedingung ist die Beibehaltung der erfolgreichen Strategie des Vorrangs von freiwilligen Investitionen der Wirtschaft und der Flexibilität für Klimaschutz im In- und Ausland. Die Teilzweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe wird jedoch ebenso abgelehnt wie die Ausweitung der Abgabe auf Treibstoffe und andere Gase. Hingegen sollen Bund und Kantone mit steuerlichen Anreizen bis 2020 den Anteil emissionsarmer Fahrzeuge auf 10 Prozent des PW-Bestands erhöhen.

### **Mehr Sicherheit und Reisefreiheit dank biometrischer Pässe**

Weltweit führen Staaten moderne Pässe ein, die zusätzliche biometrische Daten enthalten und maschinenlesbar sind. Das erhöht den Schutz vor Fälschungen und gewährleistet die Reisefreiheit auch in Zukunft. Als assoziiertes Mitglied des Schengen-Abkommens ist die Schweiz verpflichtet, ebenfalls biometrische Pässe einzuführen. Gegen den Beschluss des Bundesrates und des Parlaments, das heutige Ausweisgesetz zu ändern, wurde das Referendum ergriffen.

economiesuisse unterstützt die Änderung des Ausweisgesetzes:

- Dank moderner Technik wird die Fälschungssicherheit verbessert.
- Der Datenschutz ist gewährleistet. Ausländische Behörden und private Organisationen dürfen und können nicht auf die gespeicherten Daten zugreifen.
- Im Rahmen eines befristeten Projekts stellt die Schweiz seit September 2006 bereits elektronische Pässe aus. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv.
- Ohne den neuen Pass würden Schweizer bei Reisen ins Ausland künftig strengeren Visa-Bestimmungen unterliegen. Auch der Tourismus- und Wirtschaftsstandort Schweiz würde beeinträchtigt, wenn ausländische Gäste auf ihrer Europareise zusätzlich zum Schengen- ein separates Visum für die Schweiz beantragen müssten.

Vor diesem Hintergrund hat economiesuisse die Ja-Parole beschlossen.





## Jahresmedienkonferenz economieuisse

6. April 2009



## Der weltweite Wirtschaftsabschwung V oder L?

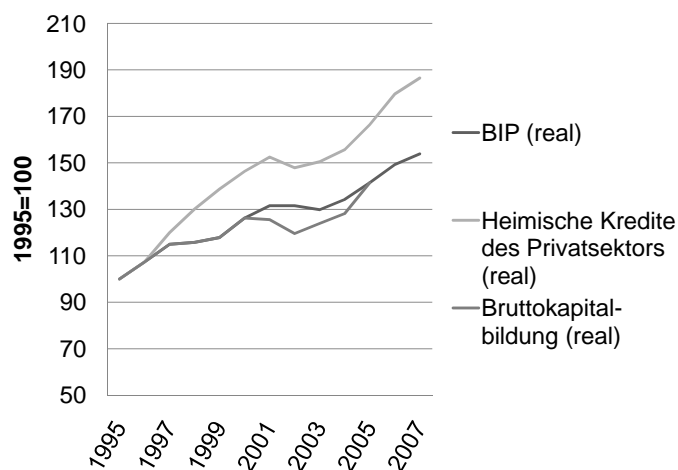
Rudolf Minsch, Chefökonom economieuisse  
6. April 2009

## Ursachen der Krise

- Tiefzinspolitik
- Mangelnde Bonitätsüberprüfung der Kunden
- „Chancengleichheit“: Kreditvergabe an Einkommensschwache
- Finanzmarktinnovationen (Verbriefung, neue Produkte)
- Rolle der Rating-Agenturen
- Kurzfristige Anreize

© economieuisse 05.04.2009 Seite 3

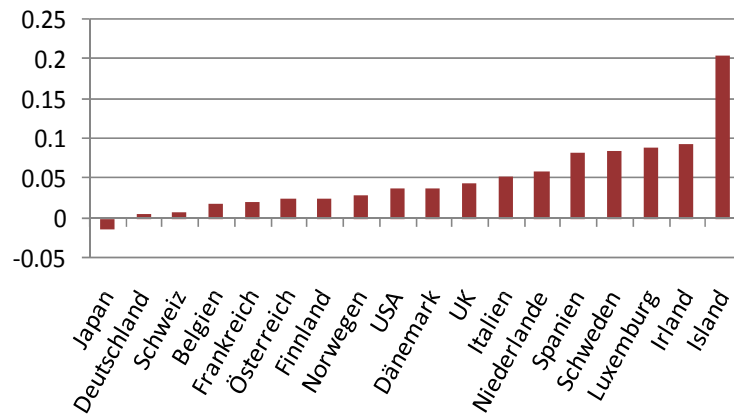
## Weltweite Kreditvergabe



Quelle: Weltbank

© economieuisse 05.04.2009 Seite 4

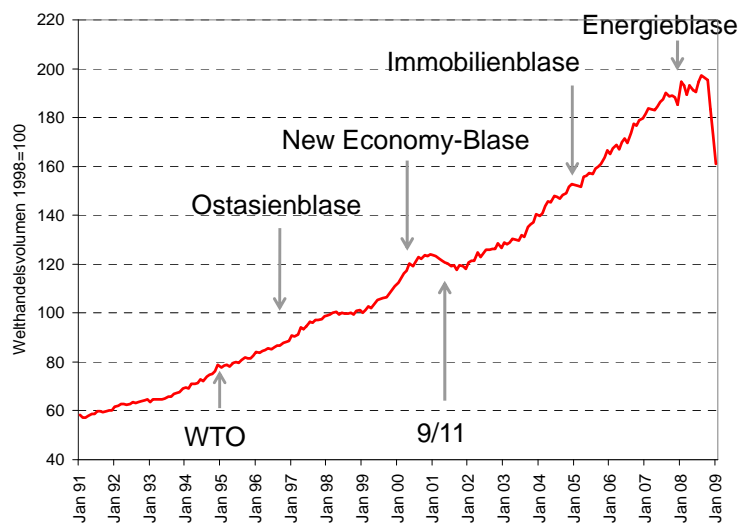
## Durchschnittliche Entwicklung der heimischen Kredite (in Prozent des BIP)



Quelle: OECD

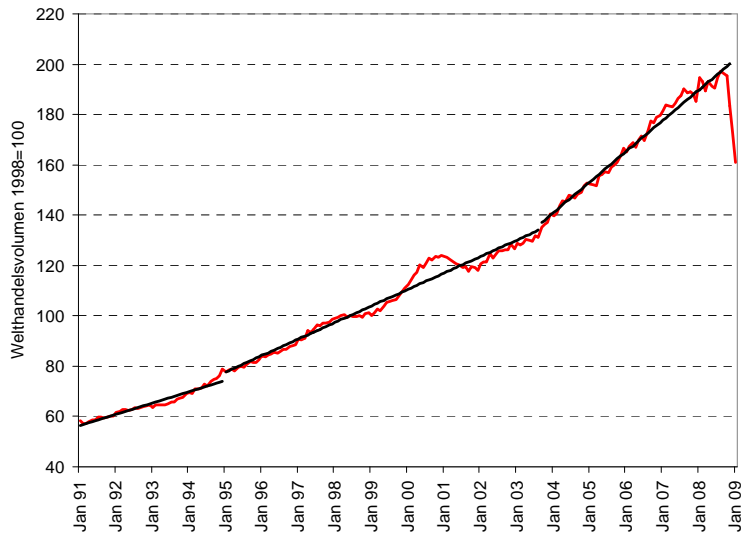
© economieuisse 05.04.2009 Seite 5

## Welthandelsvolumen



© economieuisse 05.04.2009 Seite 6

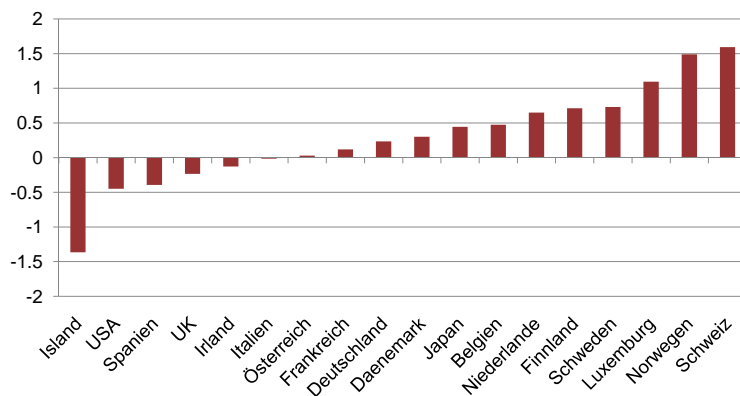
## Welthandelsvolumen: Trends



© economieuisse 05.04.2009 Seite 7

## Leistungsbilanz: Entwicklung 1995-2007

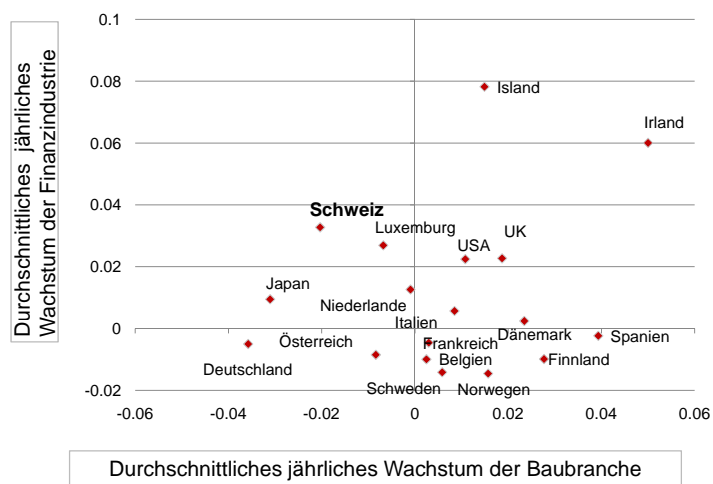
Durchschnittliche jährliche Entwicklung der Leistungsbilanz



Quelle: OECD

© economieuisse 05.04.2009 Seite 8

## Bau- und Finanzsektor: Entwicklung 1995-2007



Quelle: OECD, Wachstum im Verhältnis zum BIP

© economiesuisse 05.04.2009 Seite 9

## Wachstumsbremser = Rezessionstreiber

- Redimensionierung der Finanzbranche weltweit
- Redimensionierung der Baubranche in verschiedenen Ländern
  
- Konsumrückgang in 'Konsumländer',
- Exportrückgang in 'Exportländer'

© economiesuisse 05.04.2009 Seite 10

## V oder L?

USA bleibt Wachstumslokomotive (und Wachstumsbremser)  
Keine Entkoppelung der Wirtschaften in Asien

Für V spricht:

- Tiefe Zinsen, hohe Liquidität
- Konjunkturprogramme
- Tiefe Lagebestände

Ein rascher Rebound in diesem Jahr würde aber die Ungleichgewichte nicht beseitigen und die notwendige Strukturanpassung auf morgen vertagen.

Gefahr eines neuerlichen und vielleicht stärkeren Abschwungs

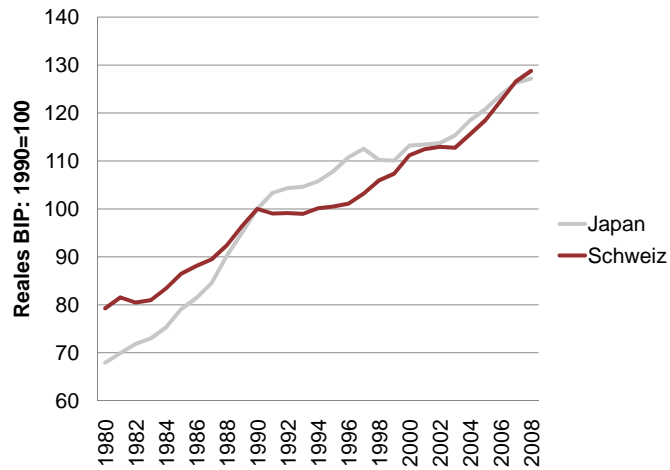
© economieuisse 05.04.2009 Seite 11

## L?

- Systemische Banken Krisen belasten Realwirtschaft über mehrere Jahre
- Kreditvergabe wird eingeschränkt
- Strukturanpassungen brauchen Zeit
- USA ist die wohl anpassungsfähigste Volkswirtschaft der Welt
- Statt V oder L: U

© economieuisse 05.04.2009 Seite 12

## L à la Suisse ou Japon?



Quelle: IMF

© economiesuisse 05.04.2009 Seite 13

## Mittelfristige Aussichten Schweiz?

Strukturanpassung Finanzindustrie

Rückgang der Exportindustrie: Kein rascher

Wiederaufschwung der Exporte auf Vorkrisenniveau

Belastung des Konsums

Belastung der Bauinvestitionen

Deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit

Tiefe Wachstumsraten während mehr als zwei Jahren

© economiesuisse 05.04.2009 Seite 14

## Fokus Wachstum – Vertrauen zurückgewinnen

Gerold Bühler, Präsident economiesuisse  
6. April 2009

## Neuerungen in der Geschäftsleitung



Regina Ammann



Jan Atteslander



François Baur



Christoph Schaltegger



## Ausgangslage

- Positive Abstimmungsergebnisse
- Wirtschaftsstandort mit gutem Fundament

Bisherige Wachstumstreiber drehen ins Negative

- das weltwirtschaftliche Wachstum und die Globalisierung
- die Wechselkurslage
- die Finanzbranche
- die Investitionsgüterindustrie

© economieuisse 05.04.2009 Seite 17

## Herausforderungen Wachstumspolitik

- 1. Aussenwirtschaftspolitik**  
Weiterführung bilateraler Weg EU  
Weitere Freihandelsabkommen  
Gegengewicht zu protektionistischen Tendenzen (WTO)
- 2. Bildungs- und Forschungspolitik**  
ETH und Fachhochschulen stärken  
Einführung revidiertes Forschungsgesetz  
Fokus auf Naturwissenschaften und Technik
- 3. Energiepolitik**  
Kompetitive und umweltfreundliche Energieversorgung sichern  
Zeitgerechter Ersatz Kernkraftwerke  
Hohen Autonomiegrad bei Stromversorgung anstreben

© economieuisse 05.04.2009 Seite 18

## Herausforderungen Wachstumspolitik II

- 4. Wettbewerbspolitik**  
Weitere Marköffnungen  
Cassis-de-Dijon ohne zusätzliche Ausnahmen
- 5. Steuerpolitik**  
Steuerwettbewerb steht nicht zur Disposition
- 6. Standortpolitik**  
Zentrale Forderungen bei Verhandlungen zu  
Doppelbesteuerungsabkommen
- 7. Aussenpolitik**  
Wahrung nationaler Wirtschaftsinteressen

© economieuisse 05.04.2009 Seite 19

## Erfolgsfaktoren nachhaltiger Wachstumspolitik

Vertrauen als zentraler Faktor:

- wirksame Corporate Governance
- Verankerung gemeinsamer ethischer Werte
  - Vertrauen
  - Verlässlichkeit
  - Berechenbarkeit



Erfolgreiche Wachstumspolitik braucht Vertrauen in unsere Institutionen

© economieuisse 05.04.2009 Seite 20










## Konjunkturprogramme sind keine Patentrezepte

Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse  
6. April 2009

### Konjunkturprogramme: Zusammenfassung Haltung economiesuisse



- Vorrang langfristig orientierter Wirtschaftspolitik
- Konjunkturpolitik nur subsidiär, da
  - Schlechte Wirkung solcher Programme
  - Kurzfristige Symptombekämpfung bewirkt langfristigen Schuldenanstieg
- Effizienteste Massnahmen:
  - Geldpolitik, automatische Stabilisatoren, Verzicht auf Steuererhöhungen
- Wenn darüber hinaus: Prinzip „Schadenbegrenzung“
  - ZZZ: Zeitgerecht, Zielorientiert, Zeitlich befristet
- Stufenweise Vorgehen BR zu begrüßen
  - Pakete 1 und 2 noch innerhalb der Schuldenbremse
  - Falls Paket 3 unabwendbar: keine Aushebelung der Schuldenbremse, Unterstellung der Ergänzungsregel

## Umfang Konjunkturpakete: Hinkender Vergleich!

Staaten	Bankenrettung		Konjunkturstützung	
	in Mrd. Fr.	in % BIP	in Mrd. Fr.	in % BIP
	0	0.0%	690	26.0%
	3759	31.5%	909	7.6%
	399	10.0%	218	5.5%
	720	27.3%	123	4.7%
	540	26.5%	79	3.9%
	636	29.0%	36	1.6%
	90	5.4%	10	0.6%
	46	13.0%	1	0.3%
	743	374.3%	0	0.0%





© economieuisse 05.04.2009 Seite 23

## Beispiele Ursachen und Wirkung

Staaten	Ursache der Krise	Unmittelbare Wirkung
	Immobilienblase, Bankenkrise	Kreditverknappung, sinkender Konsum
	Exportorientierung	Rückgängiger Export und Investitionen

© economieuisse 05.04.2009 Seite 24

## Mitnahmeeffekte und Crowding Out

Staat	Beispiele Mitnahmeeffekte	Beispiele Crowding-out	Strukturerhaltung
	Programme für Energieeffizienz; Förderung Wissenschaft u. Technologie	Modernisierung Breitbandnetz	Unterstützung Automobilindustrie
	Energetische Gebäudesanierung; Höhere Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen	Kommunales, umfassendes Investitionsprogramm	Unterstützung der Landwirtschaft im Rahmen der Länderprogramme
	Finanzhilfe für die Baubranche und Hafeninfrastruktur; Finanzhilfen im Rahmen der Regionalpolitik	Staatseigener Energiekonzern EDF SUEZ investiert 200 Mio. Euro ins Gasverteilnetz	Schuldentilgung für Rüstungsindustrie
	Entlastung bei Energiekosten für KMU		Hilfen für Landwirtschaft und Fischerei

© economieuisse 05.04.2009 Seite 25

## Protektionismus und der G20: „do as I say, not as I do“

Ausschnitt Financial Times 1. April 2008

**Protectionism and the G20: do as I say, not as I do**

Barack Obama US president	Hu Jintao Chinese president	Susilo Bambang Yudhoyono Indonesian president	Silvio Berlusconi Italian prime minister	Dmitry Medvedev Russian president	Luiz Inácio Lula da Silva Brazilian president	Nicolas Sarkozy French president	Cristina Fernández Argentinian president
<b>What they say</b> "I have sent a very clear signal that now is not the time to offer hints of protectionism"	China "truly opposes" trade and investment protectionism, Hu Jintao told Barack Obama in a phone call on his inauguration	"The worst thing that any one of us can do is to become protectionist ... everyone will emerge a pitiful loser"	"Italy must not fall into the temptation of protectionism"	"What we absolutely cannot allow ... is primitive and meaningless protectionism, which would lead to trade wars (and) the building of walls between states"	"I compare protectionism to a drug. Why do people use drugs? Because they are in crisis and they think the drug will help them, but its effects pass quickly"	"The response to the crisis is not turning timely inward, it is not protectionism"	"Some G20 nations talk about our protectionism but they don't talk about their own monetary and fiscal protectionism"
<b>What they have done:</b> ● Buy American provisions in stimulus bill require federal money be spent on goods from US companies, though these were softened by the Senate ● Another amendment in the stimulus bill restricts the use of foreign worker visas by financial institutions being bailed out by the federal government	● Rejected a \$2.4bn bid by Coca-Cola to buy Chinese jockey club Huajuan, citing an anti-monopoly law, though experts say the legal argument is flimsy ● Has said it will support its struggling export sector by eventually reducing all export taxes to zero and providing hefty value-added tax rebates	● Passed a regulation requiring special licenses for imports of textiles, footwear, toys, electronics and food and beverages ● Has started enforcing an old regulation on food imports that makes it much harder to get food certified, prompting many traders to just give up importing certain food	● Blocked attempt by Air France-KLM to take over bankrupt airline Alitalia which was sold, through a special law, to Italian industrialists and financiers ● Resisted demands by European Commission that Ecu, which controlled by the Italian state, sell its stake in three strategic Trans-European gas pipelines	● Increased duties on imported cars in December ● Central bank has instituted what one analyst termed "capital controls in oil but name" to defend the rouble	● Put in place anti-dumping duties and initiated anti-dumping investigations ● Increased number of companies with access to government's export financing programme	● Unveiled G20 aid package for Renault and Peugeot-Citroen in February in return for guarantees on preserving jobs in France. The guarantees appear to be verbal undertakings rather than contractual ● Created a sovereign wealth fund to protect French companies from foreign investors' last October	● Has tightened non-tariff barriers, twice expanding the list of goods which require import licences in the past six months ● Eliminated export tariffs for dairy products in March

Sources: FT reporters, WFO

© economieuisse 05.04.2009 Seite 26

## Fragen



# jahresbericht

## 2008/2009

economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Fédération des entreprises suisses  
Federazione delle imprese svizzere  
Swiss Business Federation

#### **Impressum**

**Diese Publikation erscheint in Deutsch und Französisch  
Gestaltung und Produktion: Daniel Stähli, dast Visuelle Kommunikation, Zürich  
Redaktion: Vera Reinhard, economiesuisse  
Druck: Gebo Druck AG, Zürich  
Herausgabe: April 2009  
© economiesuisse 2009**



Vorwort	2
Retrospektive 2008	4
Wirtschaftspolitische Prioritäten 2009	6
<b>Organisation</b>	
Portrait	19
Mitglieder	20
Vorstandsausschuss	24
Vorstand	25
Permanente Kommissionen	28
Geschäftsleitung	29
Geschäftsstellen	30
Nationale und internationale Kontakte	31
Aktivitäten 2008	32
Agenda 2009	36

2008 wird als turbulentes Jahr in die Wirtschaftsgeschichte eingehen. Was in den USA als Subprime-Krise begann, weitete sich zu einer weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise aus. Betroffen war nicht nur der Finanzsektor, die gesamte Wirtschaft ist in den letzten Monaten ins Stocken geraten. Für die Schweiz ging ein ausserordentlich erfolgreicher fünfjähriger Konjunkturzyklus rapid zu Ende. Vor allem die Schweizer Exportwirtschaft leidet seit dem vierten Quartal massiv unter dem weltwirtschaftlichen Einbruch. Als Folge dieser Entwicklung haben sich die Ausrüstungsinvestitionen ebenfalls deutlich zurückgebildet. Und auch die Binnenwirtschaft wird zunehmend vom internationalen Konjunkturabschwung erfasst. Die Arbeitslosigkeit ist vor allem in der zweiten Jahreshälfte gestiegen.

Ein schnelles Ende der Krise ist trotz der rekordhohen Konjunkturpakete in vielen Ländern nicht in Sicht. Angesichts dessen ist die Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz gross. Obwohl sich die Schweiz nicht von der globalen Krise abkoppeln kann, ist economiesuisse überzeugt davon, dass unser Land im Vergleich zu anderen Wirtschaftsnationen besser gerüstet ist. Das politische Umfeld mit einer im internationalen Vergleich liberalen und wirtschaftsfreundlichen Marktordnung kommt den hiesigen Unternehmen auch in Krisenzeiten zugute. Der flexible Arbeitsmarkt, tiefe Steuern, eine hohe Innovationskraft und gute Rahmenbedingungen für die Aussenwirtschaft verschaffen den nötigen Spielraum, um wirksam auf die Situation zu reagieren. Ausserdem sind viele Schweizer Unternehmen weltweit diversifiziert und gut kapitalisiert, was ihnen in der Konjunkturabschwächung zugutekommt.

economiesuisse bleibt auch in stürmischen Zeiten einer liberalen Wirtschaftspolitik verpflichtet: Eine an der nachhaltigen Stärkung der Wettbewerbskraft ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss im Vordergrund bleiben. Massnahmen zur Konjunkturstützung haben nur einen subsidiären Charakter und sollten daher massvoll ausfallen. Freihandelsabkommen und eingeleitete Marktöffnungen müssen weiter vorangetrieben werden. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen darf nicht zur Disposition gestellt werden.

Angesichts der weltweiten Vertrauenskrise ist auch die schweizerische Wirtschaft gefordert, Antworten darauf zu haben, welche Konsequenzen aus der Finanzkrise gezogen werden sollen. Nur so wird es gelingen, wieder eine breite Akzeptanz für marktwirtschaftliche Anliegen im Interesse eines starken Wirtschaftsstandorts Schweiz zurückzugewinnen. Denn nur der marktwirtschaftliche Weg fördert Wachstum und Beschäftigung nachhaltig und schafft somit die Grundlage, um auch der sozialen Dimension gerecht zu werden.

Die 2007 verabschiedete Strategiereform sowie die revidierte Beitragsordnung haben sich im Berichtsjahr bewährt. Am Tag der Wirtschaft konnte mit FASMED der 100. Branchenverband aufgenommen werden. Damit und mit dem Beitritt vier weiterer Verbände konnte das durch economiesuisse abgedeckte Spektrum weiter verbreitert werden. All unseren Mitgliedern danken wir für die offene und konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.



**Gerold Bühler**  
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'G. Bühler'.

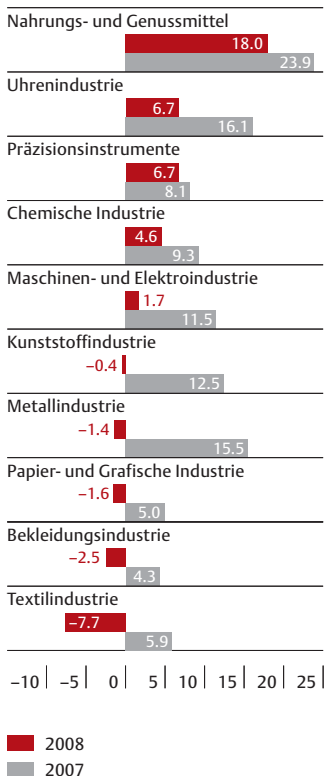


**Pascal Ginetta**  
Vorsitzender der Geschäftsleitung

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'P. Ginetta'.

## Exporte nach Branchen, Vergleich gegenüber Vorjahr

Nominale Veränderungen in Prozent



Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung 2009



## Jähres Ende des Aufschwungs

Im Verlauf des Jahres 2008 ging ein für die Schweizer Wirtschaft ausserordentlich erfolgreicher fünfjähriger Konjunkturzyklus zu Ende. Das Bruttoinlandprodukt wuchs nur noch um 1,6 Prozent. Damit ist die Wachstumsrate des BIP erstmals seit 2003 unter das Wachstum des Potenzialoutputs von rund 1,9 Prozent gesunken. In den letzten Monaten des vergangenen Jahres haben die Auswirkungen der Finanzmarktkrise die Schweizer Export- und Binnenwirtschaft erreicht und einige Branchen, etwa die Autozuliefer- und die Textilindustrie, mit voller Wucht getroffen. Die Exporte brachen im vierten Quartal 2008 in einigen Branchen regelrecht ein. Immer noch gut behaupteten sich die Exporte von Nahrungs- und Genussmitteln, Präzisionsinstrumenten und pharmazeutischen Produkten im international raueren Konjunkturklima. Deutlich positiv verlief es auch für den Detailhandel und ihm vorgelagerte Branchen. Der Konsum ist insgesamt wie in den Vorjahren gewachsen.

Die dramatische Entwicklung auf den Finanzmärkten hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Wertschöpfung in der Finanzindustrie. Die Aktienbaisse führte zu sinkenden Werten der Kundenportefolios und zu tieferen Handels- und Kommissionseinnahmen. Während die Finanzdienstleister im Aufschwung rund einen Drittel zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigesteuert hatten, wirkte sich die Reduktion der Sektorwertschöpfung letztes Jahr negativ auf die Entwicklung des Bruttoinlandprodukts aus. Der Investitionsbereich hielt sich 2008 insgesamt gut. Während in der ersten Hälfte die Inflationsrate als zu hoch taxiert worden ist, entschärfte sich die Preissteigerung durch den starken Fall des Ölpreises und mit der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik gegen Ende des Jahres spürbar. Mit der Abkühlung der Wirtschaftsleistung ist auch die Arbeitslosenquote im zweiten Halbjahr 2008 angestiegen und lag im Jahresmittel bei 2,6 Prozent.

## Erfolge von economiesuisse

### Bilateraler Weg mit der EU gesichert

2008 führte economiesuisse zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Schweizerischen Gewerbeverband bei Schweizer Unternehmen eine repräsentative Umfrage zum Personenfreizügigkeitsabkommen durch. Diese ergab, dass die Wirtschaft klar hinter der Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit mit der EU steht. Das Abkommen erleichtert den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt und trägt aus Sicht der Unternehmen massgeblich zu Wachstum und Wohlstand in der Schweiz bei. Mit vollem Engagement hat economiesuisse das Referendum gegen die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit bekämpft. Mit grosser Befriedigung nahm die Wirtschaft zur Kenntnis, dass am 8. Februar 2009 knapp 60 Prozent des Stimmvolks ein Ja in die Urne legten. Die erneute Bestätigung der bilateralen Abkommen mit der EU stärkt den Wirtschaftsstandort Schweiz und ist im nationalen Gesamtinteresse.

### Engagement in weiteren wichtigen Politikbereichen

In Sorge über die Auswirkungen der angekündigten Strompreiserhöhungen hat Gerold Bühler im September die Vertreter der Stromkonsumenten der Wirtschaft und der Elektrizitätswirtschaft an einen runden Tisch gebracht. Gemeinsam präsentierten die Teilnehmer Massnahmen, wie den angekündigten Preiserhöhungen im Interesse des Standorts Schweiz durch den neuen Ordnungsrahmen für den Strommarkt per 1. Januar 2009 entgegengewirkt werden kann. Darüber hinaus einigten sich die beiden Seiten auf Massnahmen zur Sicherstellung einer ausreichenden Stromversorgung.

In der Finanzpolitik setzt sich economiesuisse konsequent für eine Strategie der tiefen Staats- und Fiskalquote ein. Im Vordergrund steht, die Schuldenwirtschaft unter Kontrolle zu halten. Für die Wirtschaft ist klar: Zusätzlich zur Schuldenbremse ist die vom Bun-



desrat vorgeschlagene Ergänzungsregel und auch die von economiesuisse und dem Schweizerischen Arbeitgeberverband entwickelte Nachhaltigkeitsregel für die Sozialversicherungen nötig.

Im Dezember 2008 publizierte economiesuisse erstmals den Finanzmonitor. Damit soll in Zukunft jährlich die finanzpolitische Befindlichkeit in der Bevölkerung erhoben werden. Die Ergebnisse zeigen: 80 Prozent der Befragten befürworten eine optimale Anordnung der bestehenden öffentlichen Mittel sowie Ausgaben- und Steuersenkungen. Die Schweizer Bevölkerung sendet damit ein starkes und seit Jahren konsistentes Bild an die Politik, das sich 2008 auch in den Ergebnissen zweier wichtiger Abstimmungen widerspiegelte. Im Februar entschied der Souverän im Sinne der Wirtschaft und sagte Ja zur KMU-Steuerreform. Ebenso wurde im November die Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter» abgelehnt.

Ein funktionierender Wettbewerb ist Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Deshalb gehört die Wettbewerbspolitik zu den Kernbereichen liberaler Wirtschaftspolitik und aller Bestrebungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Schweiz. In diesem Sinne wurde ein Positionspapier mit zehn wettbewerbspolitischen Grundsätzen als Rahmen für die Arbeiten von economiesuisse verabschiedet. economiesuisse engagiert sich für den freien Warenverkehr und befürwortet das Cassis-de-Dijon-Prinzip. Erfreulich ist, dass Bundesrat und Parlament die Anliegen der Wirtschaft bei der Einführung des Prinzips weitgehend aufgenommen haben.



2008 publizierte economiesuisse ein Positionspapier zur schweizerischen Bildungspolitik. Auf den Grundlagen der Arbeit der Kommission Bildung und Forschung wurden darin die aus Sicht der Wirtschaft notwendigen Weichenstellungen in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation formuliert.

Im Bereich Corporate Governance setzt sich economiesuisse für eine Stärkung der Aktionärsrechte im Rahmen der anstehenden Aktienrechtsrevision ein. Bereits im Anhang zum 2007 aktualisierten «Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance» hat economiesuisse empfohlen, die Aktionäre in die Salärdebatte einzubeziehen. Bei der Aktienrechtsrevision gilt es, die notwendige Flexibilität der Unternehmen im internationalen Standortwettbewerb zu wahren. Der Verwaltungsrat darf in seiner Verantwortung nicht geschwächt werden. Die klare Trennung der Aufgaben von Verwaltungsrat und Generalversammlung ist ein wichtiges Element guter Corporate Governance. Auch sollen die Aktionäre in Zukunft bei der Entschädigung des Verwaltungsrats mitbestimmen können.

economiesuisse setzt sich konstant für eine möglichst rasche Öffnung des Postmarktes ein. In einem ersten, zaghaften Schritt hat der Bundesrat im Sommer 2008 beschlossen, das Briefmonopol auf Mitte 2009 auf 50 Gramm zu senken. Die Wirtschaft wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass diesem bescheidenen Öffnungsschritt weitere folgen.

## In eigener Sache

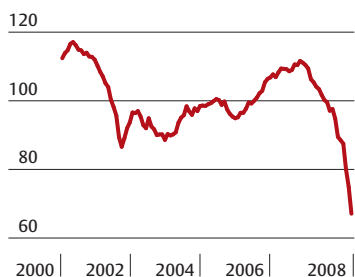
Im Jahr 2008 konnte economiesuisse fünf neue Mitglieder aufnehmen. Es sind dies: Der Verband Privatkliniken Schweiz (PKS), der Verband Schweizerischer Vermögensverwalter (VSV), FASMED, der Dachverband der Schweizerischen Handels- und Industrievereinigungen der Medizinaltechnik, kmuNEXT, eine Vereinigung zur Förderung eines verantwortungsvollen Unternehmertums in der Schweiz, und die Associazione Industrie Ticinesi (AITI).

Der Vorstand von economiesuisse hat im März 2008 die Bildung einer Kommission für Rechtsfragen beschlossen und sein Mitglied David Frick zu deren Vorsitzenden gewählt. Die Rechtskommission hat eine Klammerfunktion über die bestehenden Arbeitsgruppen im Bereich Recht. Sie setzt Schwerpunkte in Regulierungsfragen und bringt diese in die Beschlussfassung von Vorstand und Vorstandsausschuss ein. Im November beschloss der

Vorstand eine Stärkung der Infrastruktursektoren, indem die bisherige Verkehrskommission durch eine neue statutarische Infrastrukturkommission abgelöst wurde. Die neue Kommission unter der Leitung von Hanspeter Rentsch entwickelt die Grundsätze für eine vernetzte Sichtweise der Infrastruktursektoren (Schiene- und Strassenverkehr, Luftfahrt, Telekommunikation und Post). Die Leitung der Kommission für Aussenwirtschaft übernahm neu Rudolf Wehrli.

Im Bereich «Finanzen und Steuern» kam es zu einem Führungswechsel bei economiesuisse. Am 1. April 2009 übernahm Christoph Schaltegger die Leitung dieses Bereichs und wurde Mitglied der Geschäftsleitung. Schaltegger war bisher stellvertretender Leiter des Bereichs «Finanzen, Steuern und Infrastrukturen». Er löst Martin Kaiser ab, der eine leitende Funktion im Bundesamt für Sozialversicherungen übernimmt. Gleichzeitig wurde der Bereich «Energie und Infrastruktur» geschaffen. Dieser Bereich wird ad interim von Urs Näf, unserem Energiespezialisten, geführt. Im Jahr 2008 sind ausserdem verschiedene neue Mitarbeitende zu economiesuisse gestossen. Cristina Gaggini übernahm die Leitung der Geschäftsstellen Genf und Tessin. Sie ist Mitglied der Geschäftsleitung. Vor Ort verantwortlich für die italienischsprachige Schweiz ist ab dem 1. Mai 2009 Angelo Geninazzi. Jan Atteslander folgt als Bereichsleiter Aussenwirtschaft und neues Geschäftsleitungsmitglied auf Gregor Kündig, der in Pension ging. Auch die Geschäftsstelle Bern wurde neu besetzt: Regina Ammann löste Theo Zijdenbos ab, der eine neue Herausforderung in der Privatwirtschaft annahm. Neuer Delegierter in Brüssel ist François Baur. Sein Vorgänger Florent Roduit wechselte zur Westschweizer Wirtschaftsförderung Promove. Bedauernswerterweise verstarb im Frühling 2008 nach kurzer, schwerer Krankheit unser Leiter Administration, Martin Ramel. Seine Nachfolge hat Urs Geissbühler angetreten.

**EU-Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Eurozone/EU-15)**  
Index – saisonbereinigt

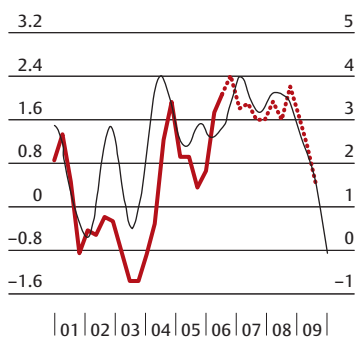


Quelle: Eurostat, 2008

## Allgemeine Wirtschaftsaussichten

Die Wirtschaft erwartet ein äusserst schwieriges 2009. Für die ersten beiden Quartale 2009 zeichnet sich ein starker Rückgang der wirtschaftlichen Entwicklungen ab. Die aktuelle Konjunkturabschwächung betrifft vor allem die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen, die aufgrund der unsicheren Zukunftserwartungen der Firmen stark sinken werden. Der synchrone Wirtschaftsabschwung in unseren wichtigsten Handelspartnerländern führt auch in der Schweiz zu einer deutlichen Rezession. Ein zentraler Vorteil der Schweiz ist, dass im Gegensatz zu ausländischen Staaten zumindest bis anhin keine Kreditklemme auszumachen ist. Es muss alles unternommen werden, damit dies auch weiterhin so bleibt. Die Achillesferse für die konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Monaten bleibt der Export. Besonders negativ wirkt sich der generelle Abschwung in Europa aus. Hinzu kommt die Aufwertungstendenz des Schweizer Francs gegenüber dem Euro. Während die Aussichten für verschiedene Branchen äusserst negativ sind, gibt es aber auch Exportbereiche, die weniger unter der Krise zu leiden haben. Neben der chemisch-pharmazeutischen Industrie sind das die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, die Medizinaltechnik und Unternehmen, die im Bereich Energie tätig sind. Die breite Diversifikation der Schweizer Wirtschaft erweist sich in der aktuellen Situation als besondere Stärke. Trotzdem werden die Exporte insgesamt im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgehen. Im weiteren Jahresverlauf wird auch die Binnenwirtschaft tangiert werden. Stützend wirkt die höhere Kaufkraft dank der Realloohnerhöhung. Ebenfalls positiv auf die Konjunktur wirkt sich die starke Senkung des Zielbands für den Libor auf null bis 0,75 Prozent aus. Das stützt den Konsum und entlastet die Unternehmer kostenseitig. Als Folge des wirtschaftlichen Abschwungs wird die Arbeitslosenquote deutlich steigen. Die Inflationsrate bleibt aufgrund der sinkenden Rohstoffpreise weiterhin tief.

**KOF Konjunkturbarometer und BIP**



— KOF Konjunkturbarometer (multisektorales Design), linke Skala  
— Reales BIP (Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent), rechte Skala  
..... Provisorische BIP-Werte: 2006/07 (Bfs/SECO), 2008 (KOF)

Quelle: KOF Konjunkturforschungsstelle, 2008

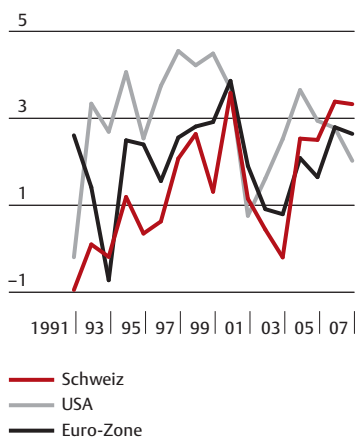
Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise werden in der Weltwirtschaft noch weit über das Jahr 2009 hinaus spürbar bleiben. Nach den massiven Notmassnahmen im Bankensektor wird nicht nur Zeit, sondern auch ein geschicktes Vorgehen aller involvierten Akteure (Staat, Zentralbanken, Banken) nötig sein, um die Funktionsfähigkeit des Sektors wiederherzustellen und Vertrauen zurückzugewinnen. Die Zentralbanken werden gefordert sein, die riesige Liquidität rechtzeitig aus dem System zu entfernen, um im nächsten Aufschwung die Preisstabilität gewährleisten zu können. Die weltwirtschaftliche Erholung wird dadurch erschwert, dass das Wachstum nicht mehr – wie in der jüngeren Vergangenheit – auf der Basis einer zunehmenden Verschuldung des Privatsektors erzielt werden kann. Mit Sorge beobachtet *economiesuisse* die Entwicklung in einigen europäischen Staaten. Besonders Spanien, Irland und Grossbritannien haben mit grossen Problemen im Immobiliensektor zu kämpfen und werden wohl über Jahre hinweg von den Korrekturen der Immobilienmärkte belastet. In einigen osteuropäischen Staaten könnten weitere Abwertungen der einheimischen Währungen zu Refinanzierungsproblemen der dortigen Banken führen. Es zeichnet sich demnach ab, dass die Schweizer Wirtschaft auch 2010 mit einem rauen internationalen Konjunkturklima zu kämpfen haben wird.

## Konjunktur und Wachstum

### Kurs halten in einem schwierigen Umfeld

Die Finanzmarktkrise belastet die weltweite Wirtschaftspolitik über die Konjunktur hinaus. Es ist ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Staatsinterventionismus festzustellen. In Sorge um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft darf kein kurzfristiger Aktionismus um sich greifen. Vielmehr ist weiterhin auf die bewährte liberale Wirtschaftspolitik zu setzen. Unbestritten sind die von der Schweizerischen Nationalbank und anderen Zentralbanken vorgenommenen Massnahmen zur Sicherstellung des Flusses im Geld- und Kreditmarkt. Der Teuerungsrückgang verschafft der Notenbank dazu den nötigen Handlungsspielraum. Auch *economiesuisse* befürwortet eine verbesserte Regulierung des Finanzsystems. Dabei muss aber die Qualität im Vordergrund stehen.

**Jährliche Wachstumsrate  
des realen Bruttoinlandprodukts**  
In Prozent



Quelle: OECD, 2008

Problematisch sind dagegen, nicht zuletzt auch aus Gründen einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik, die in verschiedenen Ländern in Gang gesetzten Subventionsspiralen. Die Gefahr ist erheblich, dass dadurch der zukünftige Handlungsspielraum in der Finanzpolitik eingeschränkt und die Glaubwürdigkeit in der Wettbewerbspolitik sowie in der multilateralen Handelsliberalisierung tangiert wird. Auch in der Schweiz bläst bei wettbewerbsorientierten Reformen eisiger Gegenwind. Eine Abkehr von wettbewerbsorientierten Reformen ist aber nicht im Interesse eines nachhaltigen Wachstums. Auch in Krisenzeiten darf die langfristige Entwicklung nicht aus den Augen verloren gehen. Aufgrund der hohen Importquote und der hohen Sparquote bewirken Konjunkturimpulse in Form von Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen in der Schweiz im Vergleich etwa zu den USA wenig. Unter dem Deckmantel «Konjunkturpolitik» segelnde Ausgabenerhöhungen, die nicht gezielt, befristet und rechtzeitig ausgelöst werden können, sind nicht nur ineffizient, sondern belasten über die zusätzliche Verschuldung die künftigen Generationen. Deswegen sollten allfällige Konjunkturprogramme subsidiär nur dann ins Auge gefasst werden, wenn sich im Lauf des Jahres die Konjunkturaussichten für nächstes Jahr deutlich verschlechtern. Möglich wären dann zeitlich befristete Abfindungsmassnahmen auf dem Arbeitsmarkt (Kurzarbeit). Ausserdem sollen nur Massnahmen getroffen werden, die früher oder später sowieso geplant sind. Dazu gehören Steuerreformen im Zusammenhang mit der Familienbesteuerung und der Ausgleich der kalten Progression, die von einer grossen politischen Mehrheit getragen werden und auch deshalb vorgezogen werden sollten. Demgegenüber ist es zweckmässig, die konjunkturbelastende Mehrwertsteuererhöhung zeitlich nach hinten zu verschieben. Schliesslich können auch Investitionen in Infrastruktur und Bildung vorgezogen werden, sofern daraus positive volkswirtschaftliche Effekte entstehen. Hier gilt: Auch wenn die konjunkturpolitische Effizienz von Investitionen nicht optimal ist, profitiert die nächste Generation von den getätigten Ausgaben. Andere Ausgabenerhöhungen lehnt *economiesuisse* entschieden ab. Zur Stärkung der Schweizer Wirtschaft wird sich *economiesuisse* nachdrücklich für die Weiterführung des bilateralen Wegs mit der EU einsetzen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Ausweitung des Netzes von Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Staaten. Steuerpolitisch steht die Gewährleistung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schweiz im Zentrum. Im Zusammenhang mit der Aktienrechtsrevision unterstützt *economiesuisse* die Stärkung der Aktionärsrechte sowie eine langfristige Ausrichtung der Anreizsysteme.

Vertiefte Informationen:

[www.economiesuisse.ch/web/de/themen/allg\\_wirtschaftspolitik/konjunktur](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/allg_wirtschaftspolitik/konjunktur)

## Finanzen

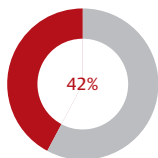
### Für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik

Eine solide Finanzpolitik ist ein wichtiger Erfolgsfaktor eines Landes im globalisierten Standortwettbewerb. Wesentliche Indikatoren sind Staats- und Verschuldungsquoten. Sie machen deutlich, dass die Schweiz ab 1990 stark an Terrain eingebüsst hat. Dank Entlastungsprogrammen und Schuldenbremse sind jedoch erste Fortschritte erkennbar. Die Weiterführung der Ausgabendisziplin bleibt aber, gerade auch im sich abzeichnenden schwierigen wirtschaftlichen Umfeld, ein zentrales Gebot. Die Finanzkrise und die nachfolgende gesamtwirtschaftliche Abkühlung führen weltweit zu teilweise wenig durchdachten, spontanen staatlichen Unterstützungsaktionen, deren Wirkung zu verpuffen droht. 2009 wird es deshalb von besonderer Bedeutung sein, den finanzpolitischen Pfad der Vernunft trotz des rauen Umfelds nicht zu verlassen und die hart erarbeiteten Fortschritte, die den Standort Schweiz stärken, nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

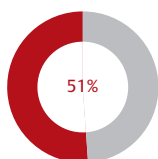


## Entwicklung der konsolidierten staatsquotenrelevanten Ausgaben in der Schweiz

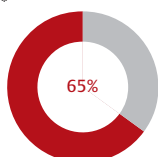
1990



2005



2025\*



■ Soziale Wohlfahrt und Gesundheit  
■ Übrige Aufgabenbereiche

\* eigene Schätzung, gemäss Trend 1990–2005

Quellen: EFV, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2005, BSV, Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2006, economiesuisse, Ausgabenkonzept, 2002

## Ergänzungsregel und Nachhaltigkeitsregel verankern

Bundesrat und Parlament haben mit der Schuldenbremse das nötige Instrumentarium, um adäquat auf das veränderte wirtschaftliche Umfeld reagieren zu können. Die konjunkturkonforme Ausrichtung des Instruments ermöglicht 2009, schuldenbremsenkonforme Mehrausgaben von ungefähr einer Milliarde Franken zu tätigen. Eine erste Tranche zur Stabilisierung ist ausgelöst. Eine zweite Tranche soll im Frühling 2009 für Investitionen in Infrastrukturprojekte folgen. economiesuisse wird darauf achten, dass alle ins Auge gefassten Massnahmen tatsächlich so ausgestaltet sind, dass sie kurzfristig und damit effektiv konjunkturstützend wirken. Investitionen in Infrastrukturen gelten als am ehesten geeignete Massnahmen zur Stützung des Wirtschaftswachstums, weil der Investition gleichzeitig auch ein Wert gegenübersteht und die Zinslast verkräftbar ist. Dies gilt jedoch auch nur, wenn es sich um Projekte handelt, die tatsächlich umgehend – das heisst im Moment der schwächelnden Konjunktur – realisiert werden können. Zudem geniesst die Verankerung der Ergänzungsregel für die Wirtschaft hohe Priorität. Damit kann eine zweite wesentliche Verschuldungsquelle gestopft werden. Zusätzlich muss die nachhaltige Sicherung der Finanzierung der Sozialwerke entschlossen angegangen und eine weitere Verdrängung der übrigen Staatsaufgaben durch die Sozialausgaben verhindert werden. Zu diesem Zweck muss die von economiesuisse und Arbeitgeberverband lancierte Idee der Nachhaltigkeitsregel umgesetzt werden.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/finanzen](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/finanzen)

## Steuern

### Reform der Mehrwertsteuer zielstrebig weiterführen

economiesuisse setzt sich für die Steuerattraktivität des Werk- und Dienstleistungsplatzes Schweiz ein. Ein Meilenstein dafür ist die zweiteilige Totalrevision des überholungsbedürftigen Mehrwertsteuergesetzes, die im ersten Teil eine Entlastung der Unternehmen und im zweiten eine Vereinfachung sowie einen Wachstumsbeitrag durch die Einführung eines Einheitssatzes bringen wird. Es ist wichtig, dass im Jahr 2009 der erste Teil der Mehrwertsteuerreform abgeschlossen werden kann. Gleichzeitig erachtet es economiesuisse für unabdingbar, dass die parlamentarische Diskussion über den zweiten Teil aufgenommen wird. Zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer fordert die Wirtschaft parallel zu gesetzgeberischen Massnahmen massgebliche Verbesserungen beim Vollzug. economiesuisse unterstützt eine enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung in Mehrwertsteuerfragen und fordert eine aktivere Rolle des Mehrwertsteuer-Konsultativgremiums.

### Steuerattraktivität hochhalten

Im Bereich der Besteuerung von Unternehmen geht es darum, ein Konzept für eine Unternehmenssteuerreform III zu erstellen. Die Reform soll wesentlich zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz beitragen. Dabei muss eine substanzielle Absenkung der Gewinnsteuersätze für alle Unternehmen im Vordergrund stehen. Ausserdem soll unter anderem die Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital beseitigt werden.

In der Steuerkontroverse mit der Europäischen Union unterstützt economiesuisse das Eidgenössische Finanzdepartement bei einer Lösung, die unsere volle Souveränität in Steuerfragen erhält. Die Steuerattraktivität der Schweiz ist nicht verhandelbar. Aus diesem Grund ist economiesuisse auch für die Beibehaltung der kantonalen Steuerautonomie und gegen Mindeststeuersätze. Die SP-Initiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb» ist konsequent zu bekämpfen.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/steuern](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/steuern)

## Freihandelsabkommen der Schweiz im Rahmen der EFTA oder bilateral\*

### In Kraft

Ägypten  
Chile  
EFTA  
EG\*  
Färöer-Inseln\*  
Israel  
Jordanien  
Südkorea  
Kroatien  
Libanon  
Marokko  
Mazedonien  
Mexiko  
Palästinensische Behörde  
Singapur  
Südafrikanische Zollunion SACU  
Tunesien  
Türkei

### Unterzeichnet

Japan\*  
Kanada  
Kolumbien

### In Verhandlung

Algerien  
Indien  
Kooperationsrat der Arabischen Golfstaaten  
Peru  
Thailand

### Verhandlungen in Vorbereitung

Albanien  
Indonesien  
Russland  
Serbien  
Ukraine

### Machbarkeitsstudie

China\*

Quelle: SECO  
Stand: März 2009

## Aussenwirtschaft und Globalisierung

### Multilaterales Regelwerk festigen

Die Schweiz ist einer der am stärksten in die Weltwirtschaft integrierten Staaten. Jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Für die Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen ist der möglichst ungehinderte grenzüberschreitende Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen eine wichtige Voraussetzung. Die Doha-Verhandlungen machen jedoch nur geringe Fortschritte. Nach wie vor bestehen Differenzen zwischen den grossen Handelsmächten. Die Anstrengungen, die WTO-Verhandlungen zu einem Abschluss zu bringen, müssen auch 2009 ungebrochen fortgesetzt werden. *economiesuisse* erwartet, dass sich die Schweiz entschlossen für ein substanzielles Ergebnis beim Marktzugang für Industriegüter und Dienstleistungen sowie beim Schutz des geistigen Eigentums und bei den Handelserleichterungen einsetzt und gleichzeitig Flexibilität beim Marktzugang für landwirtschaftliche Güter zeigt.

### Internationaler Wettbewerb statt Protektionismus

Neben freiem Handel sind offene Kapitalmärkte und Investitionsfreiheit zentrale Faktoren für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise häufen sich die Bestrebungen verschiedener Staaten, protektionistische Massnahmen zu ergreifen und ihre Volkswirtschaft abzuschotten. Solche Eingriffe können einen protektionistischen Wettlauf auslösen und sind kritisch zu beurteilen. Die Schweiz tut gut daran, sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Gewährleistung von Transparenz und Wettbewerb einzusetzen. Für die Schweiz gilt es darüber hinaus, die streng kontrollierte Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial auch in Zukunft zu gewährleisten. Ein Verbot würde nicht nur den direkt betroffenen Unternehmen Schaden zufügen, sondern auch die Innovationskraft der gesamten Schweizer Exportindustrie schwächen.

### Wirtschaftsstandort Schweiz stärken

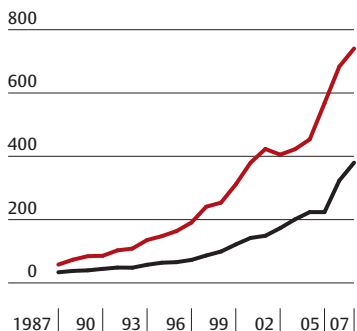
Zurzeit verzeichnen die wichtigsten Exportmärkte unserer Industrien einen starken Nachfragerückgang. Es ist daher zu begrüessen, wenn die Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV) und die Institutionen der Standort- und Exportförderung diesen Umständen Rechnung tragen und ihre Angebote entsprechend ausrichten. Grundsätzlich bleibt wichtig, dass die Schweiz ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingungen laufend verbessert, damit das Land im internationalen Standortwettbewerb für Unternehmen weiterhin attraktiv bleibt.

Die Frage der Sicherheit im grenzüberschreitenden Warenverkehr hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Ausgehend von unilateralen Massnahmen der USA wurde eine Vielzahl neuer Programme zur Verbesserung der Sicherheit der internationalen Wertschöpfungskette lanciert. Diese können bei Unternehmen hohe Transaktionskosten verursachen. Sicherheit ist wichtig, Sicherheitsmassnahmen dürfen aber nicht handelshemmend wirken. Beim Reisendenverkehr befürwortet *economiesuisse* die Einführung von biometrischen Pässen, da diese die Reisefreiheit gewährleisten.

### Instrument der bilateralen Abkommen gezielt nutzen

Parallel zu den Bestrebungen auf multilateraler Ebene bieten bilaterale und regionale Freihandelsabkommen die beste Möglichkeit, aussenwirtschaftliche Interessen der Schweizer Unternehmen zu sichern und Diskriminierungen zu vermeiden. Die notwendige Prioritätensetzung bei der Auswahl von Verhandlungspartnern muss unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Wirtschaft und nicht aus politischen Überlegungen erfolgen. Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Japan stellt einen Meilenstein für die Schweizer Wirtschaft dar. Der Abschluss der laufenden Verhandlungen mit Indien sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit China und Russland stehen als nächstes im Vordergrund. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den USA ist zu prüfen. Möglichst umfassende Abkommen, die nebst Waren- und Dienstleistungshandel auch das öffentliche Beschaffungswesen, Wettbewerbsfragen, geistiges Eigentum und Investitionen regeln, sind dabei der richtige Ansatz.

### Kapitalbestand Direktinvestitionen In Milliarden Franken



— Ausländische Direktinvestitionen in der Schweiz  
— Schweizer Direktinvestitionen im Ausland

Quelle: Schweizerische Nationalbank, 2009

Im Verhältnis zur EU bewährt sich der bilaterale Weg. Die bestehenden Abkommen ermöglichen eine lösungsorientierte, pragmatische Zusammenarbeit, erfüllen die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft und werden von der Mehrheit der Bevölkerung getragen. Dies zeigte sich in der Abstimmung vom 8. Februar 2009, in der das Stimmvolk die Ausdehnung und Weiterführung der Personenfreizügigkeit bejahte und damit den bilateralen Weg mit der EU zum fünften Mal bestätigte. Die Zeit der grossen Würfe in der Europapolitik, wie dies bei den Bilateralen I und II der Fall war, ist auf absehbare Zeit aber vorbei. Abgesehen von gewissen Einzelthemen drängt sich keine Vertiefung der Beziehung auf. Ein Rahmenabkommen, wie es zurzeit zur Diskussion steht, ist nicht prioritär und kritisch zu beurteilen. Der Steuerdialog mit der EU soll 2009 fortgesetzt werden. Die Steuersouveränität der Schweizer Kantone steht dabei allerdings nicht zur Diskussion.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/aussenwirtschaft](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/aussenwirtschaft)

## Wettbewerb und Binnenmarkt

### Importhindernisse beseitigen

economiesuisse setzt sich für die Beseitigung von Handelshemmnissen und für die Stärkung des Wettbewerbs ein. Die geplante Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips verdient Unterstützung, auch wenn das Prinzip zunächst einseitig eingeführt wird. Wichtig ist, dass Ausnahmen begrenzt und die erforderlichen Umsetzungsbestimmungen gefestigt werden – sonst bleibt es ein Papiertiger. Das Cassis-de-Dijon-Prinzip ist ein wichtiges Instrument im Kampf gegen technische Handelshemmnisse, aber die Erweiterung der Freihandelsabkommen und die Harmonisierung der Schweizer Vorschriften mit denjenigen unserer Handelspartner bleiben Prioritäten.

### Öffentliche Beschaffung vereinheitlichen und straffen

economiesuisse begrüsst die angestrebte Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen und setzt sich dafür ein, dass sich die Vorlage konsequent an den Zielen von Transparenz, Wettbewerb, Gleichbehandlung und Effizienz ausrichtet. Eine möglichst weitgehende Harmonisierung sowie eine verbesserte KMU- und Miliztauglichkeit müssen angestrebt werden. Die öffentliche Hand darf ihre Nachfragemacht nicht dazu missbrauchen, Bedingungen zu erzwingen, die nicht denjenigen des freien Wettbewerbs entsprechen. Vertraulichkeit und der Schutz des geistigen Eigentums sind auf jeden Fall zu gewährleisten, ebenso ein wirkungsvoller Rechtsschutz.

### Geistiges Eigentum wirksam schützen

Fälschungen verursachen einen hohen Schaden für die Schweizer Wirtschaft. Gemäss Schätzungen beläuft sich die Schadenssumme auf jährlich rund zwei Milliarden Franken. Der Schaden beschränkt sich nicht nur auf monetäre Elemente wie Umsatzeinbussen oder Bekämpfungskosten. Weit verheerendere Wirkung hat das «Trittbrettfahrer»-Verhalten der Fälscher: Dadurch schwinden Anreize für Investitionen in Originalprodukte. Gleichzeitig kann die missbräuchliche Nutzung einer Marke für die Hersteller der Originale zu nachhaltigen Imageschäden führen. Entsprechend unterstützt economiesuisse Massnahmen zur Bekämpfung von Fälschung und Raubkopien.

### Investitionshürden beseitigen

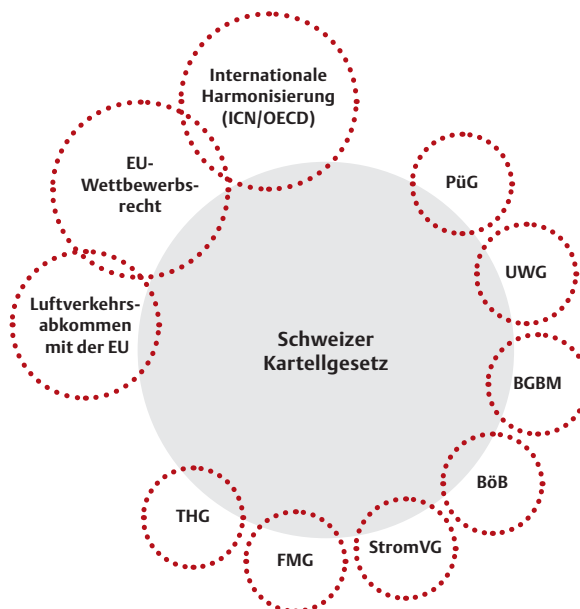
Auch nach der Inkraftsetzung der Beschlüsse zur Verwesentlichung des Verbandsbeschwerderechts bleiben hohe Hürden bestehen. Diese sind nicht nur in den komplexen Verfahren, die beschwerdeberechtigten Organisationen nach wie vor eine Sonderstellung gerade auch gegenüber Parlaments- und Volksentscheiden einräumen, sondern auch im materiellen Recht zu finden. Investitionshürden und Kostentreiber sind aber auch die kantonal höchst unterschiedlichen Bauvorschriften. Den wirtschaftlichen Folgen ist gerade auch bei der Neuordnung der Raumplanung besser Rechnung zu tragen.

## Evaluation des Kartellrechts zeigt Handlungsbedarf

Ein funktionierender Wettbewerb ist Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Deshalb gehört die Wettbewerbspolitik zum Kern liberaler Wirtschaftspolitik. Sie stützt und verbessert die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Dies setzt eine auf die Sicherung des freien Zugangs zu ausländischen Märkten ausgerichtete Aussenwirtschaftspolitik, eine aktive Forschungspolitik und die klare Orientierung aller standortrelevanten Politikbereiche an den Besten weltweit voraus. Der Bundesrat muss dem Parlament 2009 einen Bericht über die Wirkung des Kartellgesetzes unterbreiten. Aus Sicht der Wirtschaft zeigt das geltende Kartellrecht Wirkung und die Unternehmen tätigen grosse Anstrengungen zur Erfüllung der verschärften Auflagen. *economiesuisse* legt eine eigene Evaluation des Kartellrechts vor, die aufzeigt, in welchen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht: Schweizer Unternehmen bemängeln vor allem die fehlende Rechtssicherheit und Berechenbarkeit. Zur Verbesserung drängen sich praxisnahe Bekanntmachungen der Wettbewerbsbehörden auf. Grundsätzlich muss es immer darum gehen, den Wettbewerb und nicht einzelne Wettbewerber zu schützen. Die Bekämpfung unzulässiger Wettbewerbsabreden sollte sich weniger an rein strukturalistischen Kriterien orientieren, sondern vermehrt die Konkurrenzsituation berücksichtigen. Fusionskontrollen sollen sehr zurückhaltend durchgeführt werden. Auch bei verfahrensrechtlichen Aspekten gibt es Mängel, die behoben werden müssen. Kritisch betrachtet wird auch die mangelnde Unabhängigkeit der Wettbewerbskommission (WEKO) von politischen Instanzen. Die Einsitznahme von Praktikern in die Kommission soll hingegen beibehalten werden. Es ist schliesslich zu prüfen, ob die WEKO mit anderen Regulatoren mit Eingriffskompetenzen in die sektorale Wettbewerbspolitik (zum Beispiel mit der ECom, ComCom, PostReg, dem Preisüberwacher usw.) zusammengelegt werden kann.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/wettbewerb](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/wettbewerb)

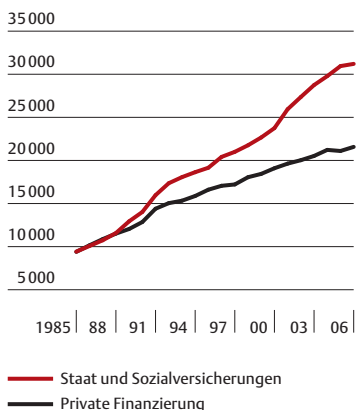
## Kartellgesetz im Umfeld weiterer wettbewerbsrelevanter Gesetze und internationaler Regeln



ICN: International Competition Network (Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden); OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; THG: Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse; FMG: Fernmeldegesetz; StromVG: Stromversorgungsgesetz; BöB: Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen; BGBM: Binnenmarktgesetz; UWG: Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb; PüG: Preisüberwachungsgesetz

Quelle: eigene Darstellung

**Direktfinanzierung im schweizerischen Gesundheitswesen: Die private Finanzierung erodiert stetig**  
In Millionen Franken



Quelle: Bundesamt für Statistik, 2007

### Libérale Gesundheitspolitik in Bedrängnis

2008 wurden wichtige gesundheitspolitische Dossiers behandelt. Die Verordnungsänderungen bei der Spitalfinanzierung sind ein Schritt in die richtige Richtung: Die leistungsbezogenen Pauschalen beruhen auf gesamtschweizerischen Strukturen. Damit wird eine wichtige Grundlage für Wettbewerb in der Spitallandschaft Schweiz geschaffen. Die einheitlichen Kriterien für die Spitalplanung sind der Wirtschaft zwar zu rigide, sind aber zumindest auf dem Papier für öffentliche und private Spitäler identisch. Ob private und öffentliche Spitäler tatsächlich gleich behandelt werden, muss sich in der Praxis jedoch erst noch zeigen. Ohne dieses zentrale Anliegen der Wirtschaft ist kein funktionierender Wettbewerb möglich.

Die Vorlage des Bundes für ein neues Präventionsgesetz wird von der Wirtschaft stark kritisiert, weil sie weit über ihr Ziel hinausschiesst. Deshalb verlangt *economiesuisse* vom Bund eine umfassende Neubeurteilung. Insbesondere soll auf das geplante Präventionsinstitut verzichtet und die jetzigen Strukturen sollen optimiert werden. Die Wirtschaft unterstützt jedoch Massnahmen zur Verbesserung der Koordination im Präventionsbereich.

Mit Sorge beobachtet die Wirtschaft den Hang des Bundes, alle Gesundheitsbereiche zunehmend übermässig zu regulieren. Verbote aller Art sollen die Bevölkerung von schädlichen Produkten fernhalten. Gesund zu leben wird immer mehr zu einem staatlichen Imperativ. Dabei ist oft unklar, was für das Individuum schädlich ist und wie genau der Einzelne zu leben hat, damit er gesund bleibt. Gerade in Gesundheitsfragen gibt es keine allgemeingültigen Patentlösungen. Ein liberales Gesundheitssystem vermag den spezifischen Bedürfnissen der einzelnen Personen besser gerecht werden als generelle Verbote.

Der Mythos «Gesundheit» verhindert seit Jahren liberale Reformen im schweizerischen Gesundheitswesen. Der Richtungsstreit zwischen zentralstaatlicher Planung und wettbewerblichen Konzepten behindert die Arbeit im Parlament. Das Jahr 2008 endete mit einer Ernüchterung: Der Ständerat verwarf die Vorlage zur Lockerung des Vertragszwangs zwischen Ärzten und Krankenkassen, ohne einen Alternativvorschlag zu präsentieren. Im schweizerischen Gesundheitswesen muss jedoch ein regulierter Wettbewerb installiert werden, damit die zukünftigen Herausforderungen gemeistert werden können.

Vertiefte Informationen:

[www.economiesuisse.ch/web/de/themen/allg\\_wirtschaftspolitik/gesundheitspolitik](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/allg_wirtschaftspolitik/gesundheitspolitik)

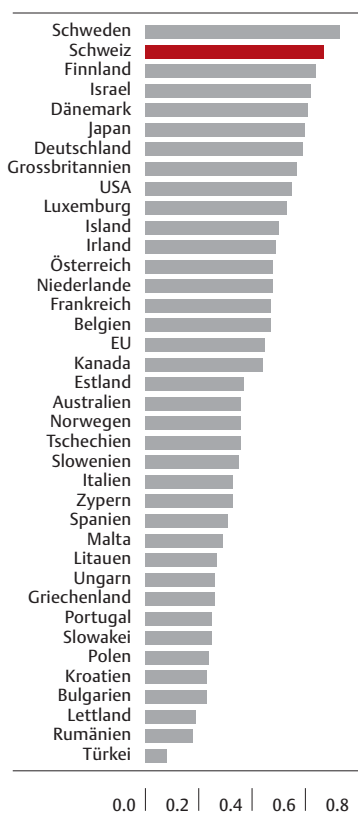
### Bildung und Forschung

Bildung und Forschung leisten einen entscheidenden Beitrag zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prosperität. Kompetenzen zu fördern und Talente zu stärken, sind die Eckpfeiler von Innovation und Fortschritt. Da Fähigkeiten und Kompetenzen sehr früh gefördert werden müssen, hat *economiesuisse* zusammen mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband im Juni 2008 die Arbeitsgruppe «Bildungsfragen und obligatorische Schulzeit» ins Leben gerufen, die sich um verschiedene Aspekte der Volksschule und der vorschulischen Erziehung kümmert. Eine Vielzahl heutiger Probleme, sei es im Arbeitsmarkt oder an den Hochschulen, hat ihren Ursprung in der zu späten Förderung von Kindern. Der Mangel an qualifizierten Fachkräften, zum Beispiel an Ingenieuren, oder fehlendes Interesse an Naturwissenschaften sind die Folgen. Mit ihrem neuen Fokus hat *economiesuisse* die Absicht, den Bildungsbegriff ganzheitlich zu fassen und möglichst früh auf die Ausbildung und den beruflichen Werdegang von Kindern und Jugendlichen Einfluss zu nehmen.

### HarmoS schafft Transparenz

Ein erster Beitrag dazu ist die Unterstützung des Konkordats HarmoS. Das Konkordat schafft die Grundlagen für eine bessere Vergleichbarkeit und Evaluation der obligato-

## Innovationsindex 2007



Der auf 25 Indikatoren beruhende Index misst die Innovationsleistung eines Landes. Je höher der Indexstand, desto grösser die Innovationsleistung.

Quelle: ILO 2007

rischen Schule in der Schweiz. Die 26 verschiedenen kantonalen Schulsysteme haben den Nachteil, dass identische schulische Leistungen von Kindern und Jugendlichen von Kanton zu Kanton unterschiedlich beurteilt werden. Dies führt zu Selektionsfehlern beim Übergang in weiterführende Schulen und bei der Lehrlingsauswahl. Durch die mit Har- moS eingeführten überprüfbaren Bildungsstandards können die unbegründeten Bewertungsunterschiede und ihre negativen Folgewirkungen stark reduziert werden. Der Wettbewerb in der Volksschule kann damit gesteigert werden.

### Mehr Wettbewerb für die Bildungseinrichtungen

Daneben engagierte sich *economiesuisse* auch 2008 stark im Hochschulbereich. In den Leitlinien für Bildung und Forschung wurde der Fokus für die nächsten drei Jahre gelegt: Erstens soll der Wettbewerb zwischen den Hochschulen weiter gestärkt werden, indem die Anreize richtig gesetzt werden. Gefordert ist dabei mehr Autonomie für Bildungsinstitutionen in der Wahl ihrer Professoren, in den Selektionskriterien für das Masterstudium oder bei Forschungsk Kooperationen. Zweitens muss das Bildungswesen leistungsorientierter werden. Auf Masterstufe sollen die Studiengebühren leistungsabhängig gestaltet werden. Gleichzeitig soll die Finanzierung der Hochschulen gezielt und sparsam sein. Drittens sollen Verwaltung und Politik möglichst wenig in die Innovations- und Forschungs- politik des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) oder der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) eingreifen. Die öffentliche Hand hat vielmehr die Aufgabe, den Wis- sens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft zu gewährleisten.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/bildung\\_forschung](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/bildung_forschung)

## Recht und Regulierung

### Corporate Governance im Aktienrecht regeln

Die laufende Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts ist von grosser Tragweite. Sie verfolgt vier Hauptziele: die Verbesserung der Corporate Governance, die Neuregelung der Kapitalstrukturen, die Aktualisierung der Vorschriften über die Generalversammlung und die Modernisierung der Rechnungslegung. *economiesuisse* begrüsst die Revision. Ein zeitgemässes Aktienrecht zeichnet sich durch gute Corporate Governance unter Wahrung einer genügenden Flexibilität für unternehmerische Tätigkeiten aus. Wo es nötig ist, muss der Staat gesetzliche Leitplanken setzen. Übertriebene Eingriffe in die Organisationsfreiheit schwächen aber die Standortattraktivität. Ein wichtiges Element guter Corporate Governance ist die klare Trennung der Aufgaben von Verwaltungsrat und Generalversammlung. Eine Vermischung der Verantwortlichkeiten zwischen diesen Gremien, wie sie die sogenannte «Initiative gegen die Abzockerei» vorsieht, würde zu Unklarheiten und Rechtsunsicherheit führen und die Unternehmen destabilisieren. Auch die vielen Verbote der Initiative würden unserer Wirtschaft nichts nützen. Im Gegenteil: Wegen der übertriebenen Einschränkungen in der Organisationsautonomie würden die Unternehmen in der Schweiz gegenüber jenen im Ausland stark benachteiligt. Andererseits besteht ein klarer gesetzlicher Handlungsbedarf zur künftigen Verhinderung von Exzessen. So sollen die Aktionäre in Zukunft bei der Entschädigung des Verwaltungsrats mitbestimmen können. Dieses Mitbestimmungsrecht und zahlreiche weitere Massnahmen sind Gegenstand des indirekten Gegenvorschlags des Bundesrats zur Initiative. Die Behandlung dessen im Rahmen der Aktienrechtsrevision wird begrüsst.

### Augenmass in der Konsumpolitik behalten

Konsumpolitische Anliegen müssen differenziert und unter Beachtung von Marktmechanismen beurteilt werden. Schutzvorschriften sollen dort gezielt verbessert werden, wo es nötig und wirksam ist. Pauschale staatliche Eingriffe unter der Annahme einer generellen Schutzbedürftigkeit von Konsumenten würden hingegen zu einer Reduktion und Verteuerung des Angebots an Produkten und Dienstleistungen führen. Bei der Regelung allgemeiner Geschäftsbedingungen muss auch das Prinzip der Vertragsfreiheit beachtet werden. Unter dem Titel «Deklarationsvorschriften» bestehen heute nach wie vor tech-

nische Handelshemmnisse, die beseitigt werden sollen. Beim neuen Produktsicherheitsgesetz ist ebenfalls darauf zu achten, dass keine neuen Handelshemmnisse aufgebaut werden.

### Unternehmen von «Generalverdacht» entlasten

Die Unternehmen sind zunehmend mit Fragen des Wirtschaftsstrafrechts konfrontiert. Dies betrifft im Besonderen Tatbestände wie Geldwäscherei, Korruption, aber auch Börsendelikte. In allen Bereichen sind gesetzliche Regelungen angestrebt oder wurden kürzlich beschlossen. Klare Regeln in diesem Bereich tragen zum guten Ruf des Wirtschaftsstandorts bei. Sie dürfen aber nicht dazu führen, dass Unternehmen und andere Wirtschaftsakteure gleichsam unter «Generalverdacht» und genereller Schuldvermutung stehen, mit unverhältnismässigem Aufwand belastet oder auf den internationalen Märkten benachteiligt werden. *economiesuisse* engagiert sich für eine verhältnismässige, wirksame und international koordinierte Korruptionsbekämpfung. Rechtssicherheit und faire Wettbewerbsbedingungen sind unerlässliche Voraussetzungen für die im Ausland tätigen Schweizer Unternehmen.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/wettbewerb](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/wettbewerb)

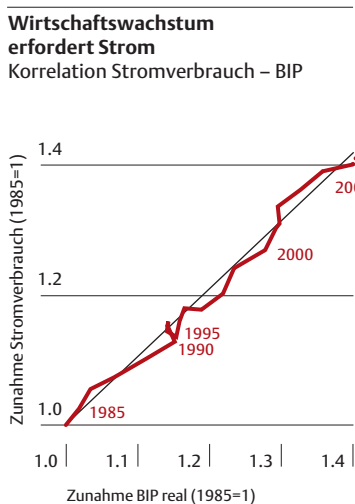
## Energie und Umwelt

### Stromversorgung langfristig sichern

Für die Schweizer Wirtschaft hat eine ausreichende, sichere und wirtschaftliche Energieversorgung weiterhin höchste Priorität. Es ist deshalb von grosser Bedeutung, die im Zuge der Öffnung des Strommarktes angekündigten Strompreiserhöhungen wieder einzudämmen. Die vom Bundesrat beschlossenen Verordnungsänderungen basierend auf dem von Strombranche und Wirtschaft organisierten runden Tisch und deren Anwendung durch die Stromregulierungsbehörde ElCom müssen sich in der konkreten Umsetzung bewähren. Vor allem stehen Lösungen für die Grossverbraucher der energieintensiven Industrien noch aus. Längerfristig muss die Strommarktliberalisierung durch eine Revision des Gesetzes auf eine neue Basis gestellt werden und sich an dem in mehreren EU-Staaten bewährten Modell der anreizorientierten Regulierung ausrichten. Für einen funktionierenden Strommarkt und für die Sicherstellung der Versorgung muss weiterhin ein ausreichendes Angebot an elektrischer Energie vorhanden sein. Zur Vermeidung der mittelfristig drohenden Stromversorgungslücke ist es wichtig, dass die Weichen richtig gestellt werden. Die Nutzung und der Ausbau der Wasserkraft sowie ein verzugsloses Bewilligungsverfahren für den Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke müssen erste Priorität haben. Denn trotz der hoch subventionierten Förderung der erneuerbaren Energien wird ihr Anteil auf absehbare Zeit nicht ausreichen, um die Stromlücke zu füllen. Ein verstärkter Import von Strom aus dem Ausland ist angesichts der drohenden Stromangebotsverknappung in Europa ebenfalls keine Alternative.

### Bewährten Weg in der Klimapolitik weiterführen

Die Schweiz zählt mit ihren geringen Treibhausgasemissionen pro Einwohner und pro Wirtschaftsleistung zu den effizientesten und am wenigsten emissionsintensiven Industrieländern. Die spezifischen Emissionen sind ungefähr halb so hoch wie im Durchschnitt der EU-15-Länder. Da unsere Stromerzeugung nahezu CO<sub>2</sub>-frei ist und die Industrie im Klimaschutz schon sehr viel erreicht hat, ist das Reduktionspotenzial im Vergleich zu anderen Staaten wesentlich geringer. Die Anfang 2009 von McKinsey vorgestellte Studie, *Swiss Greenhouse Gas Abatement Cost Curve*, zu den Kosten der CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktion in der Schweiz hat gezeigt, dass viele Klimaschutzinvestitionen rentabel sind. Dass sie trotzdem nur zögerlich getätigt werden, hat mit Faktoren zu tun, die mit staatlichen Instrumenten der Klimapolitik praktisch nicht beseitigt werden können. Der Erfolg der schweizerischen Klimapolitik, insbesondere die Erreichung des Kyoto-Ziels, beruht im Wesentlichen auf den freiwilligen Anstrengungen der Wirtschaft. Dieser Weg muss daher ohne Abstriche weitergegangen werden. Neue ausgreifende staatliche Interventi-



Zwischen 1985 und 2007 stieg der Stromverbrauch um ein Prozent pro Anstieg des BIP von einem Prozent.

Quellen: BFS, Elektrizitätsstatistik 2007 BFE



onen und Alleingänge sind klar abzulehnen. Nebst der Effektivität muss weiterhin auch die Kosteneffizienz des Klimaschutzes im Vordergrund stehen. Grösstmögliche Flexibilität und der Einbezug von ausländischen Emissionszertifikaten sind deshalb für die Klimapolitik nach 2012 notwendig. Gerade im Hinblick auf die schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen müssen langfristige Wachstumsmöglichkeiten verbessert und nicht durch rigide klimapolitische Einschränkungen zunichtegemacht werden.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/energie\\_umwelt](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/energie_umwelt)

### Infrastrukturen

#### **Marktöffnung mit klaren Rahmenbedingungen**

Moderne und leistungsfähige Infrastrukturen sind ein wesentlicher Standortfaktor. Die Öffnung der Infrastrukturmärkte führt zu einer Verbesserung des Preis-Leistungs-Verhältnisses und somit zu mehr gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt. Der Weg hin zu offenen Infrastrukturmärkten ist deshalb mit Nachdruck weiterzuerfolgen. Zentrale Wirkungen der Liberalisierungen sind insbesondere Innovationsförderung und Qualitätsentwicklung. Marktöffnungen erhöhen die Transparenz. In geöffneten Märkten sind Quersubventionierungen zwischen einzelnen Produkten nur noch schwer durchsetzbar. In der Schweiz mangelt es praktisch in allen Infrastruktursektoren an Transparenz. Damit besteht die Gefahr falscher Priorisierung von Investitionen und von dementsprechend suboptimalem Mitteleinsatz. Das wirkt sich langfristig als Standortnachteil aus. economiesuisse setzt sich deshalb konsequent für bessere Transparenz ein. Aus der Produktion marktfähiger Dienstleistungen soll sich der Staat wo immer möglich zurückziehen. Der Rückzug des Staates aus den Infrastruktursektoren geschieht demnach einerseits über die Öffnung der Märkte (Liberalisierung), andererseits über die schrittweise Privatisierung der staatlichen Betriebe. Damit die erwünschten Wohlfahrtsgewinne tatsächlich eintreten, sind richtige Rahmenbedingungen entscheidend. Es braucht einen entsprechenden regulatorischen Rahmen: so wenig Regulierung wie möglich, soviel wie nötig. Der Staat hat heute in den Infrastruktursektoren häufig noch eine ordnungspolitisch fragwürdige Kumulierung der Rollen als Eigentümer, Anbieter, Finanzierer, Aufseher und Regulierer. Es zeigt sich sowohl in der Schweiz als auch international immer deutlicher, dass für eine erfolgreiche Öffnung der Infrastruktursektoren parallel dazu zwingend starke verwaltungsunabhängige Regulatoren eingesetzt werden müssen, die für die Einhaltung der Spielregeln sorgen. Gerade diesbezüglich besteht in der Schweiz in allen Sektoren Nachholbedarf. Klare Kompetenzen der Regulatoren kombiniert mit raschen Verfahren müssen für Rechtssicherheit aller Beteiligten sorgen und helfen, unnötig hohe Kosten für die Unternehmen zu verhindern. Wo der Staat als Besteller von Leistungen auftritt, soll er vermehrt auf das Instrument der Ausschreibung setzen. Dieses Instrument ermöglicht die Förderung des Wettbewerbs und eine effektive und effiziente Ressourcenallokation.

#### **Schiene: verursachergerechte Finanzierung des weiteren Infrastrukturausbaus**

economiesuisse unterstützt den Weiterausbau des Schienenverkehrs. Notwendig sind jedoch klare Kriterien und ein transparenter Ausweis der Rentabilitäten der einzelnen Projekte. Dadurch wird eine klare Priorisierung und zeitliche Staffelung ermöglicht. Priorität hat die Finanzierung der Vorhaben, deren Nutzen ausgewiesen ist. Um die zusätzliche Alimentierung in Grenzen zu halten, muss die Bahnpolitik entschlossener als bisher auf die Optimierung der vorhandenen Systeme und des Betriebs ausgerichtet werden. Dazu zählt die rasche Umsetzung der grundlegenden Trassenpreisreform – ein langjähriges Anliegen von economiesuisse, das mittlerweile auch die Unterstützung des Bundesrats genießt. Wie in der Aufgabenüberprüfung angedacht, ist aber auch die Umstellung weiterer regionaler Bahnstrecken auf Busbetrieb ins Auge zu fassen. Dies dort, wo es ökonomisch, häufig aber auch ökologisch sinnvoll ist. Generell ist die Bahnreform voranzutreiben. Eine Klärung und systematische Trennung der verschiedenen Rollen des Staates ist zwingend. Im Personenverkehr müssen die rechtlichen Lücken geschlos-



sen werden, damit endlich auch dort Ausschreibungen, wie sie seit vielen Jahren im Gesetz vorgesehen sind, zum Standard werden. Braucht es darüber hinaus für den weiteren Ausbau der Infrastruktur zusätzliche Mittel, kommt für economiesuisse nur eine verursachergerechte Lösung in Frage. Im Vordergrund steht dabei insbesondere ein Zuschlag auf Bahnbillette.

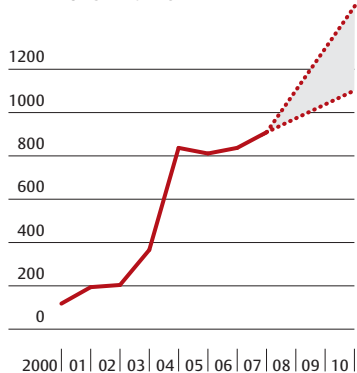
#### **Strasse: Beseitigung von Engpässen**

Deutlich besser ist die Transparenz im Bereich der Strasse. Zur Steigerung des volkswirtschaftlichen Nutzens sind Investitionen dort zu tätigen, wo dieser am grössten ist. Dies trifft vor allem auf Engpässe in den Agglomerationen zu. Eine entsprechende Priorisierung ist zwingend. Der Einführung einseitiger fiskalischer Abschöpfungsinstrumente mit der Absicht der künstlichen Verknappung des Strassenraums ohne entsprechende Kompensation ist entschieden entgegenzutreten. Road-Pricing-Versuche in der Schweiz würden ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweisen und kaum die gewünschten Wirkungen der Verkehrsentlastung entfalten. Auch für die Strasse soll der Grundsatz der verursachergerechten Finanzierung gelten. Bestrebungen nach zusätzlichen Quersubventionierungen der Schiene durch die Strasse wird economiesuisse deshalb ablehnen.

#### **Luft: Stärkung der Stellung der Landesflughäfen**

Für die Wirtschaft ist die interkontinentale Anbindung im Luftverkehr von grosser Bedeutung. Die Stellung der Landesflughäfen ist deshalb weiter zu stärken, die Grundsätze des Luftfahrtberichts sind umzusetzen. Die Änderung von Artikel 86 Bundesverfassung (Verwendung der Kerosinerträge) muss deshalb 2009 die Hürde der Volksabstimmung nehmen und die erste Vorlage zur Revision des Luftfahrtgesetzes ist besser auf die angestrebten Ziele auszurichten.

**Konzerngewinn der Schweizerischen Post mit Prognosen bis 2010**  
in Millionen Franken



Quellen: Die Post, Geschäftsberichte 2001, 2003, 2004, 2006, 2007; Trendentwicklung: Berechnungen economiesuisse

#### **Postpolitik: Marktöffnung vorantreiben**

In Sachen Postmarktöffnung ist die Schweiz das Schlusslicht in Europa. Während das Briefmonopol in Europa seit 2006 bei höchstens 50 Gramm liegt und die Europäische Union soeben beschlossen hat, dieses 2011 vollständig aufzuheben, gilt in der Schweiz unverändert ein Briefmonopol von 100 Gramm, was etwa 90 Prozent der adressierten Briefe entspricht. Wirtschaft und Konsumenten bezahlen praktisch die höchsten Brieftarife und die Monopolrente der Schweizerischen Post bleibt unverändert überhöht. 2009 geht es endlich einen Schritt in die richtige Richtung: Der Bundesrat plant die Senkung des Monopols für Mitte des Jahres. economiesuisse setzt sich zudem für die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen für die vollständige Briefmarktöffnung im Rahmen der parlamentarischen Behandlung der Totalrevision der Postgesetzgebung ein.

#### **Telekommunikation: Stärkung des Wettbewerbs im Interesse der Wirtschaft**

Die Öffnung des Telekommunikationsmarktes zeigt positive Wirkungen sowohl in Bezug auf Innovationen und Versorgungsqualität wie auch in Bezug auf die Preisentwicklung. Der spürbare steigende Wettbewerbsdruck wird Wirtschaft und Konsumenten 2009 weiter sinkende Preise bringen, zum Beispiel im Bereich der im internationalen Vergleich noch hohen Terminierungsgebühren in der Mobiltelefonie. economiesuisse unterstützt die Stärkung eines funktionierenden Wettbewerbs im Telekommunikationsmarkt und einen geordneten Rückzug des Staates aus dem Eigentum an der Swisscom.

Vertiefte Informationen: [www.economiesuisse.ch/web/de/themen/infrastruktur](http://www.economiesuisse.ch/web/de/themen/infrastruktur)



economiesuisse vertritt als Spitzenorganisation der Schweizer Wirtschaft deren Interessen im politischen Prozess. Der Dachverband vereinigt 30 000 Schweizer Unternehmen aller Grössen und aus allen Sektoren. Zusammen beschäftigen diese 1,5 Millionen Personen in der Schweiz. Direktmitglieder von economiesuisse sind über 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern sowie einige Einzelunternehmen.

Unser Auftrag ist es, optimale Rahmenbedingungen für die Schweizer Unternehmen zu schaffen. Entscheidend hierbei sind der Erhalt des unternehmerischen Freiraums für alle Firmen, die kontinuierliche Verbesserung des Produktions- und Forschungsstandorts Schweiz im globalisierten Wettbewerb sowie die Förderung des nachhaltigen Wachstums als Voraussetzung für eine hohe Beschäftigung und die Sicherung des Wohlstands in der Schweiz.

economiesuisse nimmt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Politik und Öffentlichkeit in allen Aspekten der Wirtschaftspolitik wahr. Unsere Kernbereiche sind die allgemeine Wirtschafts-, die Aussenwirtschafts-, die Wettbewerbs- und Regulierungs-, die Finanz- und Steuer-, die Bildungs- und Forschungs-, die Energie- und Umwelt- sowie die Infrastrukturpolitik. Bei der Mitgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene sind wir den Grundsätzen einer freiheitlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung sowie der sozialen und ökologischen Verantwortung verpflichtet.

economiesuisse pflegt enge und regelmässige Kontakte zu Regierung, Verwaltung und Parlament. So ist es die Aufgabe des Dachverbands, wirtschaftspolitisch relevante Themen frühzeitig zu erkennen und sich in der Meinungsbildung auf allen Stufen des Gesetzgebungsprozesses zu engagieren. Dies geschieht durch Einsitznahme in Expertengruppen, Vorbereitung von Erlassen, Teilnahme an Vernehmlassungen, laufende Beobachtung der Entscheide von Bundesrat und Parlament oder durch Beteiligung an Volksabstimmungen. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen gleicher Interessenlage und die daraus resultierenden Synergien sind von zentraler Bedeutung. economiesuisse arbeitet eng mit dem Schweizerischen Arbeitgeberverband zusammen.

Der Hauptsitz von economiesuisse ist in Zürich. Weitere Geschäftsstellen befinden sich in Bern, Genf, Lugano und Brüssel.

## Industrie- und Handelskammern

**Aargauische Industrie- und Handelskammer**  
Entfelderstrasse 11, Postfach, 5001 Aarau  
[www.aihk.ch](http://www.aihk.ch)

**Camera di commercio dell'industria e dell'artigianato del cantone Ticino**  
Corso Elvezia 16, Casella postale, 6901 Lugano  
[www.cci.ch/ticino/index.html](http://www.cci.ch/ticino/index.html)

**Chambre de Commerce et d'Industrie du Jura**  
23, rue de l'Avenir, Case postale 274, 2800 Delémont 1  
[www.cci.j.ch](http://www.cci.j.ch)

**Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève**  
4, boulevard du Théâtre, Case postale 5039, 1211 Genève 11  
[www.ccig.ch](http://www.ccig.ch)

**Chambre de commerce Fribourg**  
37, route du Jura, Case postale 304, 1701 Fribourg  
[www.cfcis.ch](http://www.cfcis.ch)

**Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie**  
4, rue de la Serre, Case postale 2012, 2001 Neuchâtel  
[www.ncni.ch](http://www.ncni.ch)

**Chambre valaisanne de commerce et d'industrie**  
6, rue Pré-Fleuri, Case postale 288, 1951 Sion  
[www.cci-valais.ch](http://www.cci-valais.ch)

**Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie**  
47, avenue d'Ouchy, Case postale 315, 1001 Lausanne  
[www.cvci.ch](http://www.cvci.ch)

**Glarner Handelskammer**  
Spielhof 14a, 8750 Glarus  
[www.glhk.ch](http://www.glhk.ch)

**Handels- und Industrieverein des Kantons Bern**  
Gutenbergstrasse 1, Postfach 5464, 3001 Bern  
[www.bern-cci.ch](http://www.bern-cci.ch)

**Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz**  
Bahnhofstrasse 4, Postfach 762, 6431 Schwyz  
[www.h-i-sz.ch](http://www.h-i-sz.ch)

**Handelskammer beider Basel**  
Aeschenvorstadt 67, Postfach, 4010 Basel  
[www.hkbb.ch](http://www.hkbb.ch)

**Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden**  
Hinterm Bach 40, 7002 Chur  
[www.hkgr.ch](http://www.hkgr.ch)

**Handelskammer und Arbeitgebervereinigung Winterthur**  
Neumarkt 15, Postfach, 8401 Winterthur  
[www.haw.ch](http://www.haw.ch)

**Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Appenzell**  
Gallusstrasse 16, Postfach, 9001 St. Gallen  
[www.ihk.ch](http://www.ihk.ch)

**Industrie- und Handelskammer Thurgau**  
Schmidstrasse 9, Postfach 396, 8570 Weinfelden  
[www.ihk-thurgau.ch](http://www.ihk-thurgau.ch)

**Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer**  
Altenbach 8, 9490 Vaduz  
[www.lihk.li](http://www.lihk.li)

**Solothurner Handelskammer**  
Grabackerstrasse 6, Postfach 1554, 4502 Solothurn  
[www.sohk.ch](http://www.sohk.ch)

**Zentralschweizerische Handelskammer**  
Kapellplatz 2, Postfach 3142, 6002 Luzern  
[www.hkz.ch](http://www.hkz.ch)

**Zürcher Handelskammer**  
Bleicherweg 5, Postfach 3058, 8022 Zürich  
[www.zurichcci.ch](http://www.zurichcci.ch)

## Verbände

**Aerosuisse Dachverband der schweizerischen Luftfahrt**  
Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern  
[www.aerosuisse.ch](http://www.aerosuisse.ch)

**AITI Associazione Industrie Ticinesi**  
Corso Elvezia 16, Casella postale 5130, 6901 Lugano  
[www.aiti.ch](http://www.aiti.ch)

**ASCO Association of Management Consultants Switzerland**  
Weinbergstrasse 31, Postfach, 8006 Zürich  
[www.asco.ch](http://www.asco.ch)

**Association des Armateurs Suisses**  
7, avenue des Baumettes, Case postale 48, 1020 Renens VD 1

**Association Patronale de l'Horlogerie et de la Microtechnique APHM**  
7, rue de la Gare, Case postale 16, 2501 Biel/Bienne

**Association Suisse des Fabricants et Commerçants de Métaux Précieux**  
42, boulevard des Eplatures, Case postale,  
2300 La Chaux-de-Fonds

**asut Schweizerischer Verband der Telekommunikation**  
Klösterlistutz 8, 3013 Bern  
[www.asut.ch](http://www.asut.ch)

**Aussenwerbung Schweiz AWS**  
Bahnhöheweg 82, Postfach, 3018 Bern  
[www.aussenwerbung-schweiz.ch](http://www.aussenwerbung-schweiz.ch)

**auto-schweiz Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure**  
Mittelstrasse 32, Postfach 5232, 3001 Bern  
[www.auto-schweiz.ch](http://www.auto-schweiz.ch)

**AVIA Vereinigung unabhängiger Schweizer Importeure von Erdölprodukten**  
Badenerstrasse 329, Postfach, 8003 Zürich  
[www.avia.ch](http://www.avia.ch)

**BISCOSUISSE Schweizerischer Verband der Backwaren- und Zuckerwaren-Industrie**  
Münzgraben 6, Postfach 259, 3011 Bern 7  
[www.biscosuisse.ch](http://www.biscosuisse.ch)

**cemsuisse Verband der Schweizerischen Cementindustrie**  
Marktgasse 53, 3011 Bern  
[www.cemsuisse.ch](http://www.cemsuisse.ch)

**CHOCOSUISSE Verband Schweizerischer Schokoladefabrikanten**  
Münzgraben 6, Postfach 1007, 3000 Bern 7  
[www.chocosuisse.ch](http://www.chocosuisse.ch)

**Dachverband Schweizerischer Müller**  
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
[www.dsm-fms.ch](http://www.dsm-fms.ch)

**Dachverband Schweizerischer Spezialmühlen**  
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6

**Electrosuisse**  
Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf  
[www.electrosuisse.ch](http://www.electrosuisse.ch)

**Erdöl-Vereinigung**  
Spitalgasse 5, 8001 Zürich  
[www.erdoel.ch](http://www.erdoel.ch)

**FASMED Schweizerische Medizinaltechnik**  
Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern  
[www.fasmed.ch](http://www.fasmed.ch)

**Fédération de l'industrie horlogère suisse FH**  
6, rue d'Argent, Case postale 560, 2502 Biel/Bienne  
[www.fhs.ch](http://www.fhs.ch)

**Fédération des Entreprises Romandes Genève**  
98, rue de St-Jean, Case postale 5278, 1211 Genève 11  
[www.fer-ge.ch](http://www.fer-ge.ch)

<b>hotelleriesuisse</b> Monbijoustrasse 130, Postfach, 3001 Bern <a href="http://www.hotelleriesuisse.ch">www.hotelleriesuisse.ch</a>	<b>Schweizerisches Verpackungsinstitut</b> Brückfeldstrasse 18, 3000 Bern 9 <a href="http://www.svi-verpackung.ch">www.svi-verpackung.ch</a>
<b>IFPI Schweiz</b> Toblerstrasse 76a, 8044 Zürich <a href="http://www.ifpi.ch">www.ifpi.ch</a>	<b>SGCI Chemie Pharma Schweiz</b> Nordstrasse 15, Postfach, 8006 Zürich <a href="http://www.sgci.ch">www.sgci.ch</a>
<b>IGFV Geschäftsstelle Interessengemeinschaft Flexible Verpackungen</b> Tödistrasse 47, Postfach 1507, 8027 Zürich	<b>SIBA Verband Schweizerischer Versicherungsbroker</b> Kreuzstrasse 42, 8008 Zürich <a href="http://www.siba.ch">www.siba.ch</a>
<b>Interessengemeinschaft Tee, Gewürze und verwandte Produkte</b> Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6	<b>simsa – swiss interactive media and software association</b> Seefeldstrasse 301, Postfach 1211, 8032 Zürich <a href="http://www.simsa.ch">www.simsa.ch</a>
<b>kmNEXT Geschäftsstelle</b> Palmstrasse 19, 8400 Winterthur <a href="http://www.kmunext.ch">www.kmunext.ch</a>	<b>SIX Management AG</b> Selnaustrasse 30, Postfach 1758, 8021 Zürich <a href="http://www.six.ch">www.six.ch</a>
<b>Kunststoff Verband Schweiz (KVS)</b> Schachenallee 29 C, 5000 Aarau <a href="http://www.kvs.ch">www.kvs.ch</a>	<b>SPEDLOGSWISS Verband schweizerischer Speditions- und Logistikunternehmen</b> Elisabethenstrasse 44, Postfach, 4002 Basel <a href="http://www.spedlogswiss.com">www.spedlogswiss.com</a>
<b>Privatkliniken Schweiz</b> Worbstrasse 52, Postfach 160, 3074 Muri b. Bern <a href="http://www.privatehospitals.ch">www.privatehospitals.ch</a>	<b>SWICO</b> Technoparkstrasse 1, 8005 Zürich <a href="http://www.swico.ch">www.swico.ch</a>
<b>Promarca Schweizerischer Markenartikelverband</b> Spitalgasse 9, Postfach, 3000 Bern 7 <a href="http://www.promarca.ch">www.promarca.ch</a>	<b>Swiss Cigarette</b> Monbijoustrasse 14, Postfach 5236, 3001 Bern <a href="http://www.swiss-cigarette.ch">www.swiss-cigarette.ch</a>
<b>Schweizer Brauerei-Verband</b> Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8027 Zürich <a href="http://www.bier.ch">www.bier.ch</a>	<b>Swiss Convenience Food Association</b> Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3006 Bern 6 <a href="http://www.swissfoodind.ch">www.swissfoodind.ch</a>
<b>Schweizer Casino Verband</b> Marktgasse 50, Postfach 593, 3000 Bern 7 <a href="http://www.switzerlandcasinos.ch">www.switzerlandcasinos.ch</a>	<b>Swiss Engineering STV</b> Weinbergstrasse 41, 8006 Zürich <a href="http://www.swissengineering.ch">www.swissengineering.ch</a>
<b>Schweizer Fleisch-Fachverband SFF</b> Steinwiesstrasse 59, Postfach, 8032 Zürich <a href="http://www.carnasuisse.ch">www.carnasuisse.ch</a>	<b>Swiss Funds Association SFA</b> Dufourstrasse 49, Postfach, 4002 Basel <a href="http://www.sfa.ch">www.sfa.ch</a>
<b>Schweizer Werbung SW</b> Kappelergasse 14, Postfach 3201, 8001 Zürich <a href="http://www.sw-ps.ch">www.sw-ps.ch</a>	<b>Swiss International Airports Association SIAA</b> Postfach, 8058 Zürich <a href="http://www.siaa.ch">www.siaa.ch</a>
<b>Schweizerische Bankiervereinigung</b> Aeschenplatz 7, Postfach 4182, 4052 Basel <a href="http://www.swissbanking.org">www.swissbanking.org</a>	<b>Swiss Retail Federation</b> Marktgasse 50, Postfach 575, 3011 Bern 7 <a href="http://www.swiss-retail.ch">www.swiss-retail.ch</a>
<b>Schweizerische Normen-Vereinigung</b> Bürglistrasse 29, 8400 Winterthur <a href="http://www.snv.ch">www.snv.ch</a>	<b>Swisscable Verband für Kommunikationsnetze</b> Kramgasse 5, Postfach 515, 3011 Bern 8 <a href="http://www.swisscable.ch">www.swisscable.ch</a>
<b>Schweizerischer Baumeisterverband</b> Weinbergstrasse 49, Postfach, 8006 Zürich <a href="http://www.baumeister.ch">www.baumeister.ch</a>	<b>SwissCham Verband Schweizerischer Aussenwirtschaftskammern</b> Wiesenstrasse 10, Postfach 1073, 8032 Zürich <a href="http://www.swisscham.ch">www.swisscham.ch</a>
<b>Schweizerischer Energie-Konsumenten-Verband von Industrie + Wirtschaft</b> Freie Strasse 38/Pfluggässlein 2, Postfach 309, 4001 Basel	<b>swisselectric</b> Seilerstrasse 3, Postfach 7950, 3001 Bern <a href="http://www.swisselectric.ch">www.swisselectric.ch</a>
<b>Schweizerischer Hefeverband</b> Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6	<b>SwissHoldings Verband der Industrie- und Dienstleistungskonzerne der Schweiz</b> Nägelligasse 13, Postfach 402, 3011 Bern 7 <a href="http://www.swissholdings.ch">www.swissholdings.ch</a>
<b>Schweizerischer Kosmetik- und Waschmittelverband</b> Breitingenstrasse 35, Postfach 2138, 8002 Zürich <a href="http://www.skw-cds.ch">www.skw-cds.ch</a>	<b>Swissmem</b> Kirchenweg 4, Postfach, 8008 Zürich <a href="http://www.swissmem.ch">www.swissmem.ch</a>
<b>Schweizerischer Leasingverband SLV</b> Rämistrasse 5, Postfach, 8001 Zürich <a href="http://www.leasingverband.ch">www.leasingverband.ch</a>	<b>SwissOlio</b> Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3006 Bern 6
<b>Schweizerischer Obstverband</b> Baarerstrasse 88, Postfach 2559, 6300 Zug <a href="http://www.swissfruit.ch">www.swissfruit.ch</a>	<b>SwissPasta Vereinigung der Schweizerischen Teigwarenindustrie</b> Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6
<b>Schweizerischer Reisebüro-Verband</b> Etzelstrasse 42, Postfach, 8038 Zürich <a href="http://www.srv.ch">www.srv.ch</a>	<b>Swissplay Verband der schweizerischen Spielautomatenbranche</b> Bahnhofzentrum, Postfach 10, 3186 Dürnten <a href="http://www.swiss-play.ch">www.swiss-play.ch</a>
<b>Schweizerischer Versicherungsverband SVV</b> C. F. Meyer-Strasse 14, Postfach 4288, 8022 Zürich <a href="http://www.svv.ch">www.svv.ch</a>	

---

**TELESUISSE Verband der Schweizer Regionalfernsehen**

Via Carona 6, 6815 Melide  
www.telesuisse.ch

---

**Treuhand-Kammer**

Limmatquai 120, Postfach 1477, 8001 Zürich  
www.treuhand-kammer.ch

---

**TVS Textilverband Schweiz**

Beethovenstrasse 20, Postfach 2900, 8022 Zürich  
www.tv.s.ch

---

**Union des Industriels Valaisans**

Case postale 2106, 1950 Sion 2

---

**usic Schweizerische Vereinigung**

**Beratender Ingenieurunternehmungen**  
Aarberggasse 16/18, 3011 Bern  
www.usic.ch

---

**Verband der Schweizer Druckindustrie**

Schosshaldenstrasse 20, 3006 Bern  
www.druckindustrie.ch

---

**Verband der Schweizerischen Gasindustrie**

Grütlistrasse 44, Postfach, 8002 Zürich  
www.erdgas.ch

---

**Verband der Schweizerischen Schmelzkäseindustrie SESK**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3006 Bern 6

---

**Verband der Schweizerischen Zellstoff-,  
Papier- und Kartonindustrie**

Bergstrasse 110, Postfach, 8032 Zürich  
www.zpk.ch

---

**Verband des Schweizerischen Versandhandels VSV**

General Wille-Strasse 144, 8706 Meilen  
www.vsv-versandhandel.ch

---

**Verband Schweizer Presse**

Konradstrasse 14, Postfach, 8021 Zürich  
www.schweizerpresse.ch

---

**Verband Schweizerischer Aufzugsunternehmen VSA**

Postfach 21, 6047 Kastanienbaum  
www.aufzuege.ch

---

**Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen**

Hintere Bahnhofstrasse 10, Postfach, 5000 Aarau  
www.vse.ch

---

**Verband Schweizerischer Filialunternehmungen**

Frohburgstrasse 98, 8006 Zürich  
www.vsf-schweiz.ch

---

**Verband Schweizerischer Generalunternehmer VSGU**

Effingerstrasse 13, 3011 Bern  
www.vsgu.ch

---

**Verband Schweizerischer Glacé- & Eiscream-Fabrikanten**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
www.swissfoodind.ch

---

**Verband Schweizerischer Hersteller  
von Suppen und Saucen**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**Verband Schweizerischer Kantonalbanken**

Wallstrasse 8, Postfach, 4051 Basel  
www.vskb.ch

---

**Verband Schweizerischer Kreditbanken  
und Finanzierungsinstitute**

Toblerstrasse 97/Neuhausstrasse 4, Postfach 382,  
8044 Zürich  
www.vskf.org

---

**Verband Schweizerischer Lack- und Farbenfabrikanten**

Rudolfstrasse 13, 8400 Winterthur  
www.vslf.ch

---

**Verband Schweizerischer Mineralquellen  
und Softdrink-Produzenten**

Engimattstrasse 11, Postfach 2124, 8001 Zürich  
www.mineralwasser.ch

---

**Verband Schweizerischer Privatschulen**

Hotelgasse 1, Postfach 316, 3000 Bern 7  
www.swiss-schools.ch

---

**Verband Schweizerischer Stahlröhrenwerke**

Rämistrasse 29, 8001 Zürich

---

**Verband Schweizerischer Vermögensverwalter VSV**

Bahnhofstrasse 35, 8001 Zürich  
www.vsv-asg.ch

---

**Verband Schweizerischer Werbegesellschaften VSW**

12, avenue des Toises, Case postale 7203, 1002 Lausanne  
www.vsw-assp.ch

---

**Verband VAP Verlader**

**Anschlussgeleise Privatgüterwagen**  
Ringlikerstrasse 70, Postfach 31, 8142 Uitikon Waldegg  
www.cargorail.ch

---

**Vereinigung der Privaten Aktiengesellschaften**

St. Jakobs-Strasse 7, Postfach 2879, 4052 Basel  
www.vpag.ch

---

**Vereinigung der Schweizerischen Milchindustrie**

Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6  
www.milchindustrie.ch

---

**Vereinigung Exportierender Elektrounternehmen Rätia**

Via Clalt 307, 7742 Poschiavo

---

**Vereinigung Messen Schweiz VMS**

Bürgenstockstrasse 54, 6373 Ennetbürgen  
www.messenschweiz.ch

---

**Vereinigung Schweizerischer Glasfabriken**

Schützenmattstrasse 266, Postfach, 8180 Bülach

---

**Vereinigung Schweizerischer Hersteller von Diät-  
und Spezialnahrungen**

Elfenstrasse 19, Postfach 1009, 3000 Bern 6

---

**Vereinigung Schweizerischer Unternehmen  
in Deutschland**

Gellertstrasse 18, 4052 Basel  
www.vsud.ch

---

**VERKAUF SCHWEIZ Verband verkaufsorientierter  
Fachleute & Firmen**

Grünaustrasse 10, Postfach 130, 3084 Wabern  
www.verkaufschweiz.ch

---

**VISCOM Schweizerischer Verband  
für visuelle Kommunikation**

Speichergasse 35, Postfach, 3000 Bern 7  
www.viscom.ch

---

**VSIG Handel Schweiz**

Güterstrasse 78, Postfach 656, 4053 Basel  
www.vsig.ch

---

**Zuger Wirtschaftskammer**

Gubelstrasse 11, 6300 Zug  
www.zwk.ch

---

## Einzelmitglieder und andere Organisationen

---

**Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel)**

Bahnhofquai 12, Postfach, 4601 Olten  
www.atel.ch

---

**Accenture AG**

Fraumünsterstrasse 16, Postfach, 8022 Zürich  
www.accenture.ch

---

**Adecco management & consulting SA**

Sägereistrasse 10, Postfach, 8152 Glattbrugg  
www.adecco.com

---

**Axpo Holding AG**  
Parkstrasse 23, Postfach, 5401 Baden  
www.axpo.ch

---

**BIBUS Holding AG**  
Allmendstrasse 26, 8320 Fehraltorf  
www.bibus.ch

---

**BKW FMB Energie AG**  
Viktoriaplatz 2, Postfach, 3000 Bern 25  
www.bkw-fmb.ch

---

**Capital International SA**  
3, place des Bergues, 1201 Genève  
www.capgroup.com

---

**Centralschweizerische Kraftwerke AG**  
Hirschengraben 33, Postfach, 6002 Luzern  
www.ckw.ch

---

**Chemolio Holding AG**  
Seehofstrasse 6, 8008 Zürich

---

**Chocoladefabriken Lindt & Sprüngli (Schweiz) AG**  
Seestrasse 204, 8802 Kilchberg ZH  
www.lindt.com/switzerland

---

**Clear Channel Plakanda GmbH**  
Beckenhofstrasse 6, 8035 Zürich  
www.plakat.ch

---

**Dell SA**  
29, route de l'Aéroport, Case postale 216, 1215 Genève 15  
www.dell.ch

---

**Desco von Schulthess Holding AG**  
Brandschenkestrasse 2, 8001 Zürich  
www.desco-group.com

---

**DKSH Holding AG**  
Wiesenstrasse 8, Postfach 888, 8034 Zürich  
www.dksh.com

---

**eBay International AG**  
Helvetiastrasse 15/17, Postfach 133, 3000 Bern 6  
www.ebay.com

---

**EOS Holding**  
10, chemin de Mornex, Case postale 570, 1001 Lausanne  
www.eosholding.ch

---

**F. Hoffmann-La Roche AG**  
Postfach, 4070 Basel  
www.roche.com

---

**Firmenich SA**  
7, rue de la Bergère, Case postale 148, 1217 Meyrin  
www.firmenich.com

---

**FREI connect**  
Radgasse 3, Postfach, 8021 Zürich  
www.freiconnect.ch

---

**Frutiger AG**  
Frutigenstrasse 37, Postfach 2160, 3601 Thun  
www.frutiger.com

---

**Galenica AG**  
Untermattweg 8, Postfach, 3001 Bern  
www.galenica.ch

---

**GE Money Bank**  
Bändliweg 20, 8048 Zürich  
www.gemoney.ch

---

**Givaudan Suisse SA**  
5, chemin de la Parfumerie, 1214 Vernier  
www.givaudan.com

---

**Hapimag Verwaltungs- und  
Vertriebsgesellschaft Havag AG**  
Neuhofstrasse 8, 6349 Baar  
www.hapimag.com

---

**IBM Schweiz**  
Vulkanstrasse 106, Postfach, 8010 Zürich  
www.ibm.com

---

---

**IKEA Immobilien AG**  
Eiweg 10, 4460 Gelterkinden  
www.ikea.ch

---

**Implenia AG**  
Industriestrasse 24, 8305 Dietlikon  
www.implenia.com

---

**Intel Semiconductor AG**  
Leutschenbachstrasse 95, 8050 Zürich  
www.intel.com/ch

---

**Kabelwerke Brugg AG Holding**  
Klosterzelgstrasse 28, 5201 Brugg  
www.brugg.com

---

**Kudelski Group**  
22, route de Genève, Case postale 134,  
1033 Cheseaux-sur-Lausanne  
www.nagra.com

---

**McKinsey & Company, Inc. Switzerland**  
Alpenstrasse 3, Postfach, 8065 Zürich  
www.mckinsey.ch

---

**Microsoft Schweiz GmbH**  
Richtstrasse 3, 8304 Wallisellen  
www.microsoft.com/switzerland

---

**Nestlé Suisse SA**  
10, rue d'Entre-Deux-Villes, Case postale 352, 1800 Vevey  
www.nestle.ch

---

**Novartis International AG**  
Postfach, 4002 Basel  
www.novartis.com

---

**OMYA (Schweiz) AG**  
Baslerstrasse 42, Postfach 32, 4665 Oftringen  
www.omya.com

---

**Overpart GmbH**  
Neuhofstrasse 4, 6340 Baar

---

**Pfister Arco Holding AG**  
Bernstrasse Ost 49, Postfach, 5034 Suhr  
www.pfister.ch

---

**PubliGroupe SA**  
12, avenue des Toises, Case postale 7203, 1002 Lausanne  
www.publigroupe.ch

---

**Rätia Energie AG**  
Via da Clalt 307, 7742 Poschiavo  
www.repower.ch

---

**Roland Berger AG Strategy Consultants**  
Neumünsterallee 12, 8008 Zürich  
www.rolandberger.ch

---

**Schubarth+Co AG**  
Lange Gasse 90, Postfach, 4002 Basel  
www.schubarth.ch

---

**Société Générale de Surveillance SA**  
1, place des Alpes, Case postale 2152, 1211 Genève 1  
www.sgs.com

---

**Swiss International Air Lines Ltd.**  
Postfach, 4002 Basel  
www.swiss.com

---

**Swisscom AG**  
Postfach, 3050 Bern  
www.swisscom.ch

---

**Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich**  
Walchestrasse 19, Postfach, 8090 Zürich  
www.awa.zh.ch

---

Stand: 1. Januar 2009





**Gerold Bühler**  
Präsident  
Schaffhausen



**Johann N. Schneider-Ammann**  
Vizepräsident  
Ammann Schweiz AG,  
Langenthal



**Patrick Odier**  
Vizepräsident  
Lombard Odier Darier  
Hentsch & Cie., Genève



**Rolf Dörig**  
Quästor  
Swiss Life, Zürich



**Werner Hug**  
Hug AG, Malters



**Bernard Rüeeger**  
Rüeeger SA, Crissier



**Walter B. Kielholz**  
Credit Suisse Group, Zürich



**Anton Scherrer**  
Swisscom AG, Bern



**Christoph Mäder**  
Syngenta International AG,  
Basel



**Hans E. Schweickardt**  
EOS Holding, Lausanne



**Pierre Mirabaud**  
Mirabaud & Cie  
banquiers privés, Genève



**Rudolf Stämpfli**  
Stämpfli AG, Bern



**Hanspeter Rentsch**  
The Swatch Group AG,  
Biel/Bienne



**Christoph Tobler**  
Sefar Holding AG, Thal

Stand: März 2009



## Vorstand

---



**Hans-Peter Aebi**  
Waega-Group AG, Zürich



**Bruno Frick**  
Swiss Retail Federation,  
Bern



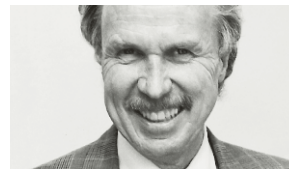
**Willy Balmer**  
V-ZUG AG, Zug



**David P. Frick**  
Nestlé SA, Vevey



**Guglielmo L. Brentel**  
H&G Hotel Gast AG,  
Altendorf



**Ronald Ganz**  
Erdöl-Vereinigung, Zürich



**Ph. Olivier Burger**  
PKZ Burger-Kehl & Co. AG,  
Zürich



**Frédéric Geissbühler**  
Chambre Neuchâteloise du  
commerce et de l'industrie,  
Neuchâtel



**Hans Büttiker**  
EBM, Münchenstein



**Bertrand Gros**  
Rolex, Genève



**Christian Casal**  
McKinsey & Company, Inc.  
Switzerland, Zürich



**Peter Grüschow**  
Swissmem, Zürich



**Aleardo Cattaneo**  
Ferriere Cattaneo SA,  
Giubiasco



**Max Theodor Herzig**  
Carl Spaeter AG, Basel



**Marco Fischer-Stocker**  
baag druck & verlag AG,  
Hochwald



**Martin Huber**  
Georg Fischer AG,  
Schaffhausen



**Walter Frey**  
Emil Frey Gruppe, Zürich



**Rudolf Hug**  
HT-Holding AG,  
Baden-Dättwil



**Thomas Isler**  
Gessner AG, Wädenswil



**Niklaus J. Lüthi**  
Lüthi Holding AG, Burgdorf



**Heinz Karrer**  
AXPO Holding AG, Baden



**Blaise Matthey**  
Fédération des Entreprises  
Romandes Genève, Genève



**Gottlieb A. Keller**  
F. Hoffmann-La Roche AG,  
Basel

**Didier Maus**  
Maus Frères SA, Genève



**Daniel Knecht**  
Knecht Bau AG, Brugg AG



**Werner Messmer**  
Schweizerischer  
Baumeisterverband, Zürich



**André Kudelski**  
Kudelski Group,  
Cheseaux-sur-Lausanne



**Armin Meyer**  
Ciba Spezialitätenchemie  
AG, Basel



**Paul Kurrus**  
Swiss International  
Airlines Ltd., Basel



**Markus R. Neuhaus**  
PricewaterhouseCoopers  
AG, Zürich



**Giovanni Lamarca**  
JT International AG Dag-  
mersellen, Dagmersellen



**Peter Quadri**  
Zürcher Handelskammer,  
Zürich



**Hajo Leutenegger**  
Wasserwerke Zug AG, Zug



**Urs B. Rinderknecht**  
UBS AG, Zürich



**Ulrich Jakob Looser**  
Accenture AG, Zürich



**Hans-Peter Rohner**  
PubliGruppe S.A., Lausanne



**Frank Ruepp**  
Perlen Papier AG, Perlen



**Franziska Tschudi**  
Wicor Holding AG,  
Rapperswil



**Daniel Rüthemann**  
IBM Schweiz, Zürich



**Rudolf Wehrli**  
SGCI Chemie Pharma  
Schweiz, Zürich



**Rolf G. Schmid**  
Mammut Sports Group AG,  
Seon



**Dieter Wemmer**  
Zurich Financial Services,  
Zürich



**Martin Scholl**  
Zürcher Kantonalbank,  
Zürich



**Kaspar E. A. Wenger**  
Holcim (Schweiz) AG,  
Zürich



**Rolf Schweiger**  
Fial, Bern



**Jost Wirz**  
Wirz Partner Holding AG,  
Zürich



**Thomas Staehelin**  
Handelskammer  
beider Basel, Basel



**Jürg Wolle**  
DKSH Holding AG, Zürich



**Jasmin Staiblin**  
ABB Schweiz AG, Baden

Stand: März 2009

## Die Kommissionsvorsitzenden

---



**Thomas Staehelin**  
Finanzen und Steuern



**Ulrich Jakob Looser**  
Wettbewerb



**Andreas Steiner**  
Bildung und Forschung



**Rudolf Wehrli**  
Aussenwirtschaft



**Rudolf Hug**  
Energie und Umwelt



**Hanspeter Rentsch**  
Infrastruktur



**David Frick**  
Recht





**Pascal Gentinetta**  
Vorsitzender  
der Geschäftsleitung



**Urs Rellstab**  
Stellvertretender Direktor,  
Kommunikation  
Deutschschweiz



**Jan Atteslander**  
Aussenwirtschaft



**Cristina Gaggini**  
Kommunikation  
Romandie, Tessin



**Rudolf Minsch**  
Allgemeine  
Wirtschaftspolitik, Bildung



**Urs Näf (ad interim)**  
Energie/Umwelt,  
Infrastruktur



**Thomas Pletscher**  
Wettbewerb,  
Regulatorisches



**Christoph Schaltegger**  
Finanzen, Steuern

## Zürich



Leitung: **Pascal Gentinetta**

economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47  
Postfach  
CH-8032 Zürich  
Telefon: +41 44 421 35 35  
Telefax: +41 44 421 34 34  
E-Mail: [info@economiesuisse.ch](mailto:info@economiesuisse.ch)  
[www.economiesuisse.ch/web/de](http://www.economiesuisse.ch/web/de)

## Genf



Leitung: **Cristina Gaggini**

economiesuisse  
Fédération des entreprises suisses  
Carrefour de Rive 1  
Case postale 3684  
CH-1211 Genève 3  
Telefon: +41 22 786 66 81  
Telefax: +41 22 786 64 50  
E-Mail: [geneve@economiesuisse.ch](mailto:geneve@economiesuisse.ch)  
[www.economiesuisse.ch/web/fr](http://www.economiesuisse.ch/web/fr)

## Bern



Leitung: **Regina Ammann**

economiesuisse  
Verband der Schweizer Unternehmen  
Spitalgasse 4  
Postfach  
CH-3001 Bern  
Telefon: +41 31 311 62 96  
Telefax: +41 31 312 53 50  
E-Mail: [bern@economiesuisse.ch](mailto:bern@economiesuisse.ch)

## Lugano



Koordination: **Angelo Geninazzi**

economiesuisse  
Federazione delle imprese svizzere  
Corso Elvezia 16  
Casella postale 5563  
CH-6901 Lugano  
Telefon: +41 91 922 82 12  
Telefax: +41 91 923 81 68  
E-Mail: [lugano@economiesuisse.ch](mailto:lugano@economiesuisse.ch)  
[www.economiesuisse.ch/web/it](http://www.economiesuisse.ch/web/it)

## Brüssel



Leitung: **François Baur**

economiesuisse  
Swiss Business Federation  
Avenue de Cortenbergh 168  
B-1000 Bruxelles  
Telefon: +32 2 280 08 44  
Telefax: +32 2 280 06 99  
E-Mail: [bruxelles@economiesuisse.ch](mailto:bruxelles@economiesuisse.ch)

### Energie-Agentur der Wirtschaft

Für die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) konnten Mitte 2008 erfreuliche Ergebnisse für das Jahr 2007 ausgewiesen werden. Mit den Massnahmen, die im Lauf der Jahre 2001 bis 2007 ergriffen wurden, ist der Energieverbrauch im Jahr 2007 um rund 3700 GWh vermindert worden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen wurden um gut 800 000 Tonnen reduziert – dies verglichen mit einer Entwicklung, bei der keine Massnahmen ergriffen worden wären. Etwa 40 Prozent dieser Wirkungen sind eine direkte Folge der Anstrengungen im Zusammenhang mit den EnAW-Zielvereinbarungen. Ein Teil der Massnahmenwirkungen wird durch das Wirtschaftswachstum wieder kompensiert, gleichwohl bleibt aber auch absolut eine deutliche Reduktionswirkung. Im Vergleich mit den in den Zielvereinbarungen mit dem Bund gesetzten Zielen zeigt sich, dass die in der EnAW engagierten Unternehmen auf sehr gutem Wege sind. Bei der Energieeffizienz sollten sie bis zum Jahr 2007 einen Wert von 107,5 Prozent erreichen, tatsächlich liegen sie aber bereits bei 113,6 Prozent. Noch besser ist das Ergebnis bei der sogenannten CO<sub>2</sub>-Intensität im Brennstoffbereich: Der Sollwert würde bei 87,2 Prozent liegen, effektiv wurde jedoch bereits der Wert von 78,5 Prozent erreicht.

Mit ihren rund 1850 Teilnehmern deckt die EnAW – zusammen mit der Cemsuisse – etwa 40 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen ab, die der Schweizer Wirtschaft zugeschrieben werden. Anfang 2008 wurde die erste Stufe der CO<sub>2</sub>-Lenkungsabgabe eingeführt. Unternehmen, die ihre freiwillige Zielvereinbarung in eine Verpflichtung umwandeln und mit ihren Massnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion auf Zielkurs sind, können sich davon befreien lassen. Für die Unternehmen ist also die im CO<sub>2</sub>-Gesetz vorgesehene Lenkungsabgabe nicht mehr mit finanziellen Nachteilen verbunden. Es kommt hinzu, dass im Rahmen einer zweiten Auktion die EnAW-Firmen ihre mutmasslich zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Reduktionen gegenüber der Zielvereinbarung der Stiftung Klimarappen anbieten können. Mit den von der Stiftung neu zur Verfügung gestellten 40 Mio. Franken können für die Firmen damit weitere Reduktionsmassnahmen rentabel bzw. umsetzbar werden. [www.enaw.ch](http://www.enaw.ch)

### BUSINESSEUROPE

Der Europäische Dachverband der Wirtschaft, BUSINESSEUROPE, vertritt die Interessen von rund 40 Industrie- und Arbeitgeberverbänden aus über 30 europäischen Ländern. *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband sind beide Vollmitglied. BUSINESSEUROPE gilt wegen seiner breiten Abstützung als die Stimme der Unternehmen in

Europa. Er strebt in seiner Arbeit namentlich Reformen des Wirtschaftsrechts zugunsten von Wirtschaftswachstum, Marktintegration, Effizienz der öffentlichen Hand, Kampf gegen Protektionismus, eine nachhaltige Energiewirtschaft und Reformen der europäischen Sozialsysteme an. [www.busineurope.eu](http://www.busineurope.eu)

### ICC

Die 1919 gegründete International Chamber of Commerce (ICC) vertritt die Interessen der Privatwirtschaft auf weltweiter Ebene. Sie verfolgt und beeinflusst die Entwicklung der internationalen Reglementierungen, erarbeitet Selbstregulierungen zur Erleichterung der internationalen Handelsgeschäfte und veröffentlicht Praxispublikationen zu Handel und Investitionen. Mittels eigenständiger Institutionen wie dem Internationalen Schiedsgerichtshof, dem «Commercial Crime Service» oder mittels Selbstregulierung (wie zum Beispiel den Incoterms) und zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen zu Praxisfragen vereinfacht ICC den Welthandel. 16 Kommissionen mit Experten aus allen Wirtschaftsbereichen arbeiten rund um den Globus für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen. Zu einem weiteren Schwerpunkt zählt die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. *economiesuisse* führt das Sekretariat des Schweizer Landesausschusses von ICC. ICC Switzerland führt auch das Sekretariat des Schweizer UN-Global-Compact-Netzwerkes und koordiniert die Beteiligung an der Sensibilisierungskampagne «Stop Piracy» gegen Warenfälschung. [www.icc-switzerland.ch](http://www.icc-switzerland.ch)

### BIAC

Das Business and Industry Advisory Committee to the OECD (BIAC) vertritt die Interessen der Wirtschaft bei der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD). Das BIAC wurde 1962 gegründet und wird von den Dachverbänden der Wirtschaft und den Arbeitgeberorganisationen in allen OECD-Ländern getragen. Seitens der Schweiz sind *economiesuisse* und der Schweizerische Arbeitgeberverband Mitglieder.

Wie die ICC ist auch das BIAC eine für die Schweiz bedeutungsvolle Organisation. Die beiden Gremien bieten der Schweizer Wirtschaft wichtige Einflussmöglichkeiten auf internationaler Ebene. Gerade in Zeiten der zunehmenden Regulierung infolge der Finanzkrise sind diese Organe von Wichtigkeit, um der Stimme der Schweizer Wirtschaft Gehör zu verschaffen. [www.biac.org](http://www.biac.org)

## Vernehmlassungen

---

### Geistiges Eigentum

Änderung Urheberrechtsverordnung (Januar 2008)

### Bildung

Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) (Januar 2008)

### Geistiges Eigentum

Änderung der Patentverordnung: Anhörung (Januar 2008)

### Umweltpolitik

Anhörung: Änderung der Luftreinhalte-Verordnung im Bereich Baustellen (Februar 2008)

### Europa, Personenfreizügigkeit

Protokoll II zur Ausdehnung des Abkommens über die Freizügigkeit auf die zwei neuen EU-Mitgliedsstaaten Rumänien und Bulgarien (Februar 2008)

### Europa, Personenfreizügigkeit

Genehmigung der Weiterführung des Abkommens über die Freizügigkeit zwischen der Schweiz und der EG und ihren Mitgliedsstaaten (Februar 2008)

### Umweltpolitik

Parlamentarische Initiative der UREK des Nationalrats: Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich (März 2008)

### Umweltpolitik

Verordnungen betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und Beschwerdeberechtigte Verordnungen (VBO) (März 2008)

### Sozialstaat

Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (März 2008)

### Forschung

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Forschung: Stellungnahme (März 2008)

### Geistiges Eigentum

Stellungnahme Gesetzgebungsprojekt «Swissness» (März 2008)

### Gesundheitspolitik

Totalrevision des Epidemiengesetzes (April 2008)

### Gesundheitspolitik

Entwurf des Nationalen Programms Tabak (NPT) 2008–2012 (April 2008)

### Gesundheitspolitik

Entwürfe der Teilrevisionen der Verordnungen VKL, KVV und KLV (Mai 2008)

### Umweltpolitik

Teilrevision von sieben Verordnungen des Chemikalienrechts (Mai 2008)

### Staats- und Verwaltungsrecht

Änderung des Obligationenrechts (Miete) (Mai 2008)

### Bildung

Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Juni 2008)

### Gesellschaftsrecht

Kotierungsreglement (Juni 2008)

### Post

Totalrevision der Postgesetzgebung (Juni 2008)

### Umweltpolitik

Schutz und Nutzung der Gewässer (UREK-S) (Juni 2008)

### Klima

Änderung CO<sub>2</sub>-Gesetz zur Abgabebefreiung von fossil-thermischen Kraftwerken (Juli 2008)

---

---

### Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse

Ergänzungsregel zur Schuldenbremse (Juli 2008)

### Bildung

Totalrevision der Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (August 2008)

### Umweltpolitik

Verordnung über den Nachweis einer positiven ökologischen Gesamtbilanz von Treibstoffen aus erneuerbaren Rohstoffen (Treibstoff-Ökobilanzverordnung) (August 2008)

### Prozessrecht

Revision Lugano-Übereinkommen – Vernehmlassungsantwort (September 2008)

### Öffentliche Finanzen

Sanierung der Pensionskasse SBB: Stellungnahme zur Vernehmlassungsvorlage (September 2008)

### Konsumentenpolitik

Revision des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb (UWG) (Oktober 2008)

### Strassenverkehr

Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz (Oktober 2008)

### Luftverkehr

Teilrevision des Luftfahrtgesetzes (Oktober 2008)

### Gesundheitspolitik

Bundesgesetz über Prävention und Gesundheitsförderung (Präventionsgesetz, PräVG) (Oktober 2008)

### Energiepolitik, Umweltpolitik

Anhörung zum Bundesgesetz über die Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheit (Sicherheitskontrollgesetz, SKG) (Oktober 2008)

### Bildung

Qualifikationsrahmen für den schweizerischen Hochschulbereich nqf.ch-HS (November 2008)

### Agrarreformen

Schaffung einer Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen zugunsten der Landwirtschaft (November 2008)

### Wettbewerbsrecht

Vernehmlassungsantwort Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (November 2008)

### Konsumentenpolitik

EG-kompatible Ausgestaltung des Schweizer Lebensmittelrechts (Dezember 2008)

### Gesundheitspolitik

«Strategie eHealth Schweiz» – Anhörung zu ersten Vorschlägen «Standards und Architektur» (Dezember 2008)

---

## Positionspapiere/Studien

---

### Corporate Governance

New edition Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance English

### Corporate Governance

Neuaufgabe Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance Deutsch

### Wettbewerbsrecht

Wettbewerbspolitische Grundsätze – Rahmen für die Arbeiten der Kommission für Wettbewerbsfragen

### Bildung, Forschung

Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik 2008 bis 2011 – Leitlinien der Wirtschaft

---



---

**Gesellschaftsrecht**  
Vorschlag Gesetzesänderung Dispoaktien Aktienrechtsrevision

---

**Europa, Personenfreizügigkeit**  
Studie Bewährter bilateraler Weg – Ergebnisse einer Umfrage in der Wirtschaft

---

**Schuldenbremse, Öffentliche Finanzen**  
Studie «Nachhaltige Finanzpolitik für Wachstum und Wohlstand»

---

**Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse**  
Meinungsumfrage zur erweiterten Schuldenbremse

---

**Corporate Governance, Gesellschaftsrecht**  
Initiative Minder aus Sicht der Wirtschaft

---

**Personenfreizügigkeit Europa**  
KOF-Studie: Auswirkungen der bilateralen Abkommen auf die Schweizer Wirtschaft

---

**Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse**  
Finanzmonitor 2008 – Souverän für eine nachhaltige Finanzpolitik

---

## Dossierpolitik

---

**Öffentliche Finanzen, Aufgabenüberprüfung**  
Legislaturfinanzplanung 2007–2011: Finanzpolitik als Hochseilakt

---

**Finanzmarkt, Globalisierung**  
Staatliche Investitionsfonds/Sovereign Wealth Funds (SWF)

---

**Europa, Personenfreizügigkeit**  
Personenfreizügigkeit: Für die Wirtschaft ein Muss

---

**Strafrecht**  
Kampf gegen Korruption: Herausforderung für die Unternehmen

---

**Post**  
Postmarkt – Rahmenbedingungen für Wettbewerb und Grundversorgung

---

**Öffentliche Finanzen, Schuldenbremse**  
Nachhaltige Finanzpolitik für Wachstum und Wohlstand

---

**Corporate Governance, Gesellschaftsrecht**  
Organisationsfreiheit der Unternehmen im Lichte der Aktienrechtsrevision

---

**Mehrwertsteuer**  
Weichenstellung für eine neue, moderne Mehrwertsteuer

---

**Bildung**  
HarmoS – Harmonisierung der obligatorischen Schule

---

**Regulatorisches Umfeld**  
Verbandsbeschwerde-Initiative: Wichtiger Schritt im Reformprozess

---

**Europa, Personenfreizügigkeit**  
Bilaterale Abkommen mit der EU: eine Schweizer Erfolgsgeschichte

---

**Sozialstaat**  
Gewerkschaftsinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter»

---

**Gesundheitspolitik**  
Nutzenorientierter Wettbewerb im schweizerischen Gesundheitswesen

---

**Klima**  
Klimapolitische Positionierung der Wirtschaft

---

---

**Wettbewerbsrecht, Parallelimporte**  
Cassis-de-Dijon-Prinzip: ein weiterer Schritt in Richtung freier Warenverkehr

---

**Öffentliche Finanzen**  
Budget 2009 und Finanzplan 2010–2012: Leitplanke Schuldenbremse

---

**Neuer Lohnausweis**  
ELM: Administrative Erleichterung dank elektronischem Datenaustausch

---

## Sessionsberichte

---

Vorschau und Wochenberichte zu jeder Parlamentssession

---

**Frühjahrsession**  
KVG-Revision, Pflegefinanzierung, Senkung Gewinnsteuer für Unternehmen, Initiative zum Verbandsbeschwerderecht, 11. AHV-Revision, Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter», IV-Zusatzfinanzierung, Spezialfinanzierung Luftverkehr, Finanzreferendum

---

**Sommersession**  
Kernenergiehaftpflichtgesetz, Personenfreizügigkeit Schweiz–EU, Emissionsabgabe auf Eigenkapital, Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik, Patentrecht, Gesundheitspolitik, Gesamtschau Finanzierung öffentlicher Verkehr, Geheimnisschutz für Unternehmensjuristen, Zivilprozessordnung, Koordination Raumplanung und Umweltschutz

---

**Herbstsession**  
Alpentransit-Finanzierungsbeschluss, zukünftige Entwicklung Bahninfrastruktur, direkter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin», Medikamentenpreise, Kompensation der CO<sub>2</sub>-Emissionen von Gaskombikraftwerken, Geldwäschereigesetz, Standortförderung, Patentanwaltsgesetz, Bucheffektengesetz, Volksinitiative «Lebendiges Wasser», Parallelimporte, Gesundheitspolitik

---

**Wintersession**  
Entwicklungshilfe, Stärkung des Einlegerschutzes, Güterverkehr, Patentrecht, Zivilprozessordnung, kalte Progression, Sondersession zur Finanzmarktkrise, Strompreiserhöhungen, Renaturierungsinitiative, Ergänzungsregelung zur Schuldenbremse, Parallelimporte aus dem EWR

---

## Medienmitteilungen

---

**Mehrwertsteuer**  
MWST-Reform: Weichen richtig gestellt (17. Januar 2008)

---

**Post**  
Post überzeichnet Kosten der Grundversorgung (4. Februar 2008)

---

**Klima**  
Kluge klimapolitische Entscheide des Bundesrats (21. Februar 2008)

---

**KMU-Steuerreform**  
Unternehmensstandort Schweiz weiter stärken (24. Februar 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Generalunternehmer neu Mitglied von economiesuisse (6. März 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Privatkliniken Schweiz neu Mitglied von economiesuisse (14. März 2008)

---

---

**Schienerverkehr**  
SBB Cargo: Richtige Weichenstellung statt weitere Steuer-  
gelder (18. März 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Ja zum Gesundheitsartikel, Nein zur Maulkorb-Initiative  
(31. März 2008)

---

**Energiepolitik**  
Bundesrat führt Energiestrategie folgerichtig weiter  
(2. April 2008)

---

**Wirtschaftspolitik**  
Jahresmedienkonferenz 2008 – Bilaterale Abkommen  
fortführen, steuerliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern  
(3. April 2008)

---

**Aufgabenüberprüfung**  
Aufgabenüberprüfung: kleinster gemeinsamer Nenner  
(9. April 2008)

---

**Europa, Personenfreizügigkeit**  
Bewährten bilateralen Weg weiterführen (16. April 2008)

---

**Bildung und Forschung**  
Für Höchstleistungen in Bildung und Forschung  
(23. April 2008)

---

**Öffentliche Finanzen Schuldenbremse**  
Schuldenbremse: Alle Schlupflöcher stopfen! (23. April 2008)

---

**Besteuerung Privatpersonen**  
Nein zum Steuerzentrismus der SP (6. Mai 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Vermögensverwalter neu Mitglied von economiesuisse  
(16. Mai 2008)

---

**Öffentliche Finanzen Sozialstaat**  
Klarer Auftrag für Reform der Sozialversicherungen  
(21. Juni 2008)

---

**Gesundheitspolitik**  
Gesundheitsartikel: Reformen trotz verpasster Chance  
vorantreiben (1. Juni 2008)

---

**Konjunktur**  
Trotz Abschwächung weiterhin moderates Wirtschaftswachstum (16. Juni 2008)

---

**Post**  
Briefmarkt – Reif für die vollständige Marktöffnung  
(16. Juni 2008)

---

**Personenfreizügigkeit Europa**  
Erfolgreiche Bilaterale sichern (16. Juni 2008)

---

**Mehrwertsteuer**  
Startschuss für eine wirtschaftsfreundliche Mehrwertsteuer  
(26. Juni 2008)

---

**Klima**  
Erfreuliche Beibehaltung der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf bisherigem  
Niveau – Absage an Pläne zur Teilzweckbindung der Abgabe  
(26. Juni 2008)

---

**Post**  
Briefpost: steigende Gewinne – überhöhte Tarife  
(1. Juli 2008)

---

**Öffentliche Finanzen Schienenverkehr**  
SBB-Pensionskasse: Keine neuen Steuergelder (2. Juli 2008)

---

**Öffentliche Finanzen Schuldenbremse**  
Mit nachhaltigen Finanzen die Zukunft sichern (4. Juli 2008)

---

**Öffentliche Finanzen Schuldenbremse**  
Bevölkerung unterstützt wirksamere Schuldenbremse  
(6. Juli 2008)

---



---

**economiesuisse intern**  
Jan Atteslander wechselt in die Geschäftsleitung von  
economiesuisse (11. Juli 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Regina Ammann wird neue Delegierte in Bern (17. Juli 2008)

---

**WTO**  
WTO-Verhandlungen am Scheideweg (18. Juli 2008)

---

**WTO**  
Negatives Signal für den internationalen Handel  
(29. Juli 2008)

---

**Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen**  
Klares Nein zur Initiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-  
Exporten» (27. August 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Fasmed ist 100. Verbandsmitglied (4. September 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Nein zur Senkung des Rentenalters (4. September 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Tag der Wirtschaft – Konkurrenzfähig dank Innovationen  
(5. September 2008)

---

**Bildung**  
Wirtschaft unterstützt HarmoS – Mehr Wettbewerb dank  
Transparenz und Vergleichbarkeit (10. September 2008)

---

**Öffentliche Finanzen**  
Sanierung SBB-Pensionskasse: Keine weiteren Steuergelder!  
(18. September 2008)

---

**Schuldenbremse**  
Richtiges Signal – zu zögerliche Umsetzung: economiesuisse  
zu den Beschlüssen des Bundesrats zur Schuldenbremse  
(19. September 2008)

---

**Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen**  
Meilenstein in den Wirtschaftsbeziehungen  
Schweiz – Japan (29. September 2008)

---

**Europa, Personenfreizügigkeit**  
Bilaterale nicht aufs Spiel setzen (2. Oktober 2008)

---

**Strassenverkehr**  
Mehraufwand des Bundes ist vollständig zu kompensieren  
(3. Oktober 2008)

---

**Mehrwertsteuer**  
Halbherziger Entscheid – economiesuisse zu den MWST-  
Beschlüssen der WAK-N (14. Oktober 2008)

---

**economiesuisse intern**  
Führungswechsel bei AITI und economiesuisse Tessin  
(16. Oktober 2008)

---

**Finanzmarkt**  
Notwendige Massnahmen in einer ausserordentlichen Lage –  
Zum Massnahmenpaket des Bundes zur Stabilisierung des  
Finanzsystems (16. Oktober 2008)

---

**Energiepolitik Energiemärkte**  
Widersprüche bei der Strompreispolitik (17. Oktober 2008)

---

**Energiepolitik Energieträger**  
Wirtschaft schlägt rasche und wirksame Massnahmen  
gegen angekündigte Strompreiserhöhungen vor  
(21. Oktober 2008)

---

**Post**  
Briefmarktöffnung – Politik der kleinsten Schritte  
(22. Oktober 2008)

---

**Luftverkehr**  
Luftfahrt – wichtiger Faktor der Gesamtwirtschaft /  
Klimaschutz im Zentrum des 3. Schweizerischen Luftfahrt-  
kongresses (28. Oktober 2008)

---

<p><b>Energieträger Energiepolitik</b> Wasserzinsen: unerwünschte Verteuerung des Stroms (5. November 2008)</p>
<p><b>Energieträger Energiepolitik</b> Sichere Standorte für Tiefenlagerung radioaktiver Abfälle (6. November 2008)</p>
<p><b>Sozialstaat</b> Signal für Nachhaltigkeit in den Sozialwerken – economiesuisse zur Ablehnung der AHV-Initiative (30. November 2008)</p>
<p><b>Konjunktur Wirtschaftspolitik</b> economiesuisse erwartet Nullwachstum – Konjunktur- aussichten 2009 und daraus folgende wirtschaftspolitische Konsequenzen (3. Dezember 2008)</p>
<p><b>Energieträger Energiepolitik</b> Zeitgerechter Ersatz der KKW Beznau und Mühleberg (4. Dezember 2008)</p>
<p><b>Corporate Governance Gesellschaftsrecht</b> Corporate Governance im Aktienrecht regeln (5. Dezember 2008)</p>
<p><b>Klima</b> CO<sub>2</sub>-Gesetz: mehr Raum für freiwillige Massnahmen (5. Dezember 2008)</p>
<p><b>Energieträger Energiepolitik</b> Massnahmen gegen hohe Strompreise greifen zu kurz (5. Dezember 2008)</p>
<p><b>Besteuerung Unternehmen</b> Erwarteter Schritt zur Stärkung der Standortattraktivität – economiesuisse zur geplanten Reform der Unternehmens- besteuerung (10. Dezember 2008)</p>
<p><b>Besteuerung Unternehmen</b> Widerstand gegen Vermögensteuererhöhung bekräftigt (11. Dezember 2008)</p>
<p><b>Personenfreizügigkeit Europa</b> KOF-Studie bestätigt positive Effekte der Personenfreizügig- keit (12. Dezember 2008)</p>
<p><b>Öffentliche Finanzen Schuldenbremse</b> Stimmberechtigte lehnen Schuldenwirtschaft ab – economiesuisse veröffentlicht erstmals den Finanzmonitor (17. Dezember 2008)</p>
<p><b>economiesuisse intern</b> AITI ist Neumitglied – Der Tessiner Industrie-Verband tritt economiesuisse bei (22. Dezember 2008)</p>

## Newsletter

<p><b>01/08</b> Personenfreizügigkeitsabkommen / KMU-Steuerreform / Energieversorgung / Drohende Mehrkosten bei den Sozial- werken</p>
<p><b>02/08</b> Annahme KMU-Steuerreform / CO<sub>2</sub>-Abgabe: keine Änderung der Regeln während des Spiels / Telekommunikation – Markt bringt Innovation und sinkende Preise</p>
<p><b>03/08</b> Mit weiteren Steuerreformen die Schweiz stärken / Personen- freizügigkeit wesentlich für unseren Wohlstand / Infrastruk- tur: mehr Transparenz und Wettbewerb</p>
<p><b>04/08</b> Wachstumsbericht: ein positiver Schritt / Bewährten bilate- ralen Weg weiterführen / Die Stromlücke kennt keine Landes- grenzen / Bundeshaushalt – Herausforderung Sozialausgaben</p>

<p><b>05/08</b> Bundesfinanzen: Euphorie fehl am Platz / Erneuerbare Energien im Widerspruch / Ja zu einem glaubwürdigen Patentschutz</p>
<p><b>06/08</b> Bilaterale: unser erfolgreicher Weg! / Nachhaltige Finanz- politik für Wachstum und Wohlstand / Neue Bestimmungen gegen Fälschungen und Raubkopien</p>
<p><b>07/08</b> Tag der Wirtschaft: Innovation – eine unternehmerische Verpflichtung / «Alte» Mehrwertsteuern haben keine Zukunft / Totalrevision der Verordnung über die Berufsmaturität – wenig sinnvoll</p>
<p><b>08/08</b> Runder Tisch Strompreise / Gewerkschafts-Initiative gefähr- det die AHV / Aktienrechtsrevision im Licht der Organisations- freiheit</p>
<p><b>09/08</b> Finanzkrise: keine falschen Rezepte! / Rasche und wirksame Massnahmen gegen Strompreiserhöhungen / Betriebsaufbau in Emerging Markets: SECO Start-up Fund SSF</p>
<p><b>10/08</b> economiesuisse erwartet Nullwachstum / Erfolgreiche Klima- politik dank freiwilliger Massnahmen / Heimliche Steuer- erhöhung für KMU</p>

## Abstimmungskampagnen

<p>Unternehmenssteuerreform II (24. Februar 2008)</p>
<p>Eidgenössische Volksinitiative «Für ein flexibles AHV-Alter» (30. November 2008)</p>
<p>Personenfreizügigkeit Schweiz – EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien (8. Februar 2009)</p>

## Medienkonferenzen

<p>Bilateraler Weg – Ergebnisse einer Umfrage in der Wirtschaft (16. April 2008)</p>
<p>Leitlinien Bildung und Forschung (23. April 2008)</p>
<p>Bachelor FH: Neuer Titel, bewährte Qualität (19. Mai 2008)</p>
<p>Nachhaltige Finanzpolitik für Wachstum und Wohlstand (4. Juli 2008)</p>
<p>«Runder Tisch Strompreise» (21. Oktober 2008)</p>
<p>Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschafts- politische Prioritäten 2009 (3. Dezember 2008)</p>
<p>Präsentation KOF-Studie: Auswirkungen der bilateralen Ab- kommen auf die Schweizer Wirtschaft (12. Dezember 2008)</p>
<p>Finanzmonitor 2008 (17. Dezember 2008)</p>

## Anlässe der Wirtschaft

---

Aktuelle Wirtschaftsanklässe unter [www.terminkalender.ch](http://www.terminkalender.ch)

---

**Jahresmedienkonferenz economiesuisse**

6. April 2009

---

**Geschäftsführerkonferenz**

5. Mai 2009

---

**Tag der Wirtschaft**

4. September 2009

---

## Sessionsdaten

---

**Frühjahrsession**

2. bis 20. März 2009

---

**Sommersession**

25. Mai bis 12. Juni 2009

---

**Herbstsession**

7. bis 25. September 2009

---

**Wintersession**

23. November bis 11. Dezember 2009

---

**Sondersession**

27. bis 30. April 2009

---

## Abstimmungstermine

---

**8. Februar 2009**

Personenfreizügigkeit Schweiz – EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien

---

**17. Mai 2009**

«Zukunft mit Komplementärmedizin»,  
Biometrischer Pass und Reisefreiheit

---

**27. September 2009**

---

**29. November 2009**

---



**economiesuisse**  
**Verband der Schweizer Unternehmen**  
**Hegibachstrasse 47**  
**Postfach**  
**CH-8032 Zürich**

**economiesuisse**  
**Fédération des entreprises suisses**  
**Carrefour de Rive 1**  
**Case postale 3684**  
**CH-1211 Genève 3**

**economiesuisse**  
**Verband der Schweizer Unternehmen**  
**Spitalgasse 4**  
**Postfach**  
**CH-3001 Bern**

**economiesuisse**  
**Federazione delle imprese svizzere**  
**Corso Elvezia 16**  
**Casella postale 5563**  
**CH-6901 Lugano**

**economiesuisse**  
**Swiss Business Federation**  
**Avenue de Cortenbergh 168**  
**B-1000 Bruxelles**

**[www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)**